

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Pazifismus

Dominique Miething
ZUR IDEENGESCHICHTE
DES PAZIFISMUS

Olaf L. Müller
ZWEIERLEI PAZIFISMUS

Herfried Münkler
KRITIK DES PAZIFISMUS

Bernd Oberdorfer
KIRCHLICHE FRIEDENSETHIK
IN KRIEGSZEITEN

Claudia Kemper
KLEINE GESCHICHTE DER
FRIEDENSBEWEGUNG

Arnd-Michael Nohl
DIE BÜNDNISGRÜNEN
ZWISCHEN KRIEG UND
FRIEDEN

Timo Graf
DER PAZIFISMUS DER
DEUTSCHEN IN DER
ZEITENWENDE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT

Pazifismus

APuZ 14-16/2026

DOMINIQUE MIETHING

ZUR IDEENGESCHICHTE DES PAZIFISMUS

Gewaltfreiheit, Demokratie, Recht und Weltföderation – diese Ideen konstituieren den Pazifismus. Doch nicht allein die Mehrdeutigkeit des Begriffs erklärt, weshalb der Pazifismus oft unverstanden bleibt oder gar durch den Antipazifismus attackiert wird.

Seite 04–09

OLAF L. MÜLLER

ZWEIERLEI PAZIFISMUS

Absolute Pazifisten lehnen jede kriegerische Handlung ab, relative Pazifisten sind weniger streng und verlangen stets eine hartnäckige Suche nach friedlichen Alternativen. Für letztere kommen kriegerische Handlungen nur als allerletzter Ausweg, als Ultima Ratio, infrage.

Seite 10–16

HERFRIED MÜNKLER

KRITIK DES PAZIFISMUS

Ob Frieden durch intentionale Moral gestiftet werden kann, ist keineswegs sicher. Uneingeschränkter Pazifismus hat den Krieg historisch praktisch nie verhindern können. Stattdessen sollten wir unsere Hoffnungen auf Ordnungen der funktionalistischen Friedenssicherung setzen.

Seite 17–22

BERND OBERDORFER

KIRCHLICHE FRIEDENSETHIK IN KRIEGSZEITEN

Friedfertigkeit ist dem Christentum programmatisch inhärent, aber es hat sich nie uneingeschränkt pazifistisch definiert. Prinzipieller Gewaltverzicht gehört ebenso zum christlichen Glaubenszeugnis wie militärische Friedenssicherung im Rahmen eines „gerechten Friedens“.

Seite 23–28

CLAUDIA KEMPER

KLEINE GESCHICHTE DER FRIEDENSBEWEGUNG

Die Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland ist eine wechselvolle. Kurzfristige Erfolge waren selten, doch hat sie langfristig zu gesellschaftlichen Umwälzungen in Ost wie West beitragen können. Angesichts neuer Kriege steht sie vor alten und neuen Herausforderungen.

Seite 29–34

ARND-MICHAEL NOHL

DIE BÜNDNISGRÜNEN ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Die Grünen haben sich von einer Partei der unbedingten Gewaltfreiheit zu einer Partei des bedingten militärischen Engagements gewandelt. Dabei kam es bisweilen zu heftigen Debatten, die sie auch stellvertretend für die Gesellschaft geführt haben.

Seite 35–40

TIMO GRAF

DER PAZIFISMUS DER DEUTSCHEN IN DER ZEITENWENDE

Die populäre Behauptung, dass die Deutschen im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vom Pazifismus abgerückt seien, ist falsch. Wie empirische Daten zeigen, waren sie schon zuvor mehrheitlich keine Pazifisten, sondern sicherheitspolitische Pragmatiker.

Seite 41–46

EDITORIAL

„Die ewigen Wahrheiten und ewigen Rechte haben stets am Himmel der menschlichen Erkenntnis aufgeleuchtet, aber nur gar langsam wurden sie von da herab geholt. (...) Eine jener Wahrheiten ist die, dass Frieden die Grundlage und das Endziel des Glückes ist, und eines jener Rechte ist das Recht auf das eigene Leben. Der stärkste aller Triebe, der Selbsterhaltungstrieb, ist gleichsam eine Legitimation dieses Rechtes, und seine Anerkennung ist durch ein uraltes Gebot geheiligt, welches heißt: ‚Du sollst nicht töten‘.“ Mit diesen Worten eröffnete die österreichische Pazifistin Bertha von Suttner am 18. April 1906 ihre Vorlesung anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises. Sie umriss damit die Kernprinzipien eines Pazifismus, der im Vorfeld des Ersten Weltkriegs nicht nur individuelle Haltungen, sondern auch staatliches Handeln im Sinne des Prinzips der Gewaltfreiheit beeinflussen wollte.

Dass die mit dem Pazifismus verbundenen „Wahrheiten und Rechte“ 120 Jahre später Wirklichkeit geworden wären, lässt sich angesichts einer Welt voller neuer und alter Kriege schwerlich behaupten. Stattdessen drehen sich die gesellschaftlichen Diskurse der Gegenwart notgedrungen um Kriegstüchtigkeit, Aufrüstung und Wehrhaftigkeit. Doch zeigt die Geschichte des Pazifismus, dass seine Ideen keineswegs so wirkungslos waren, wie man vielleicht meinen könnte. Die völkerrechtliche Ordnung des 20. Jahrhunderts ist ein in Institutionen gegossenes Gewaltverbot – und ein Versprechen, den Angriffskrieg zu ächten und Konflikte friedlich zu lösen.

Strittig bleibt gleichwohl, wie genau Frieden erreicht und Menschen vor Gewalt und Tod geschützt werden können – und ob dazu nicht doch mitunter Waffengewalt, Abschreckung und Gewaltandrohung vonnöten sind. Dass sich liberale Gesellschaften der damit verbundenen moralischen Dilemmata bewusst sind und mit diesen Fragen ringen, ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt. Sähe man nun noch – bei allem notwendigen Streit in der Sache – davon ab, Pazifistinnen und Pazifisten als „naiv“ und „gefährlich“ und ihre Kritiker als „kriegstreibend“ oder gar „kriegslüstern“ zu denunzieren: Man hätte ein bisschen mehr Erkenntnis vom Himmel herabgeholt.

Sascha Kneip

„ENTEHREN WIR DEN KRIEG“

Zur Ideengeschichte des Pazifismus

Dominique Miething

Der Begriff „Pazifismus“ ist jünger als die Ideen, die er bündelt. Geprägt wurde er im Sommer 1901 vom französischen Anwalt Émile Arnaud. Ihm gemäß litten die zeitgenössischen Akteure gegen Krieg darunter, dass ihnen ein verbindender, programmatischer Name fehlte. Arnands Neuprägung diene der Abgrenzung von den antidemokratischen Ideologien des Militarismus und Nationalismus und sollte theoretische Ebenbürtigkeit mit anderen Weltanschauungen signalisieren: „Und dieser Name, ganz naheliegend, aber unseres Wissens bisher noch nie verwendet worden, lautet: *Pazifismus*.“⁰¹

Von Anfang an war dieser Begriff jedoch umkämpft und unterlag raschen Bedeutungsverschiebungen. Mal bezeichnete Pazifismus eine breite Reformpolitik für eine neue internationale Ordnung zur Etablierung und Absicherung des „Ewigen Friedens“, dann wieder eine ethische Praxis individueller und kollektiver Gewaltfreiheit; der Begriff wurde positiv als Ausdruck von Fortschritt und Vernunft, negativ als Inbegriff politischer Naivität und Verantwortungslosigkeit verwendet.⁰² In dieser Ambiguität liegt eine Teilerklärung dafür, weshalb der Pazifismus häufig unverstanden blieb und noch immer attackiert wird durch den Antipazifismus, ein ideologisches Querschnittsphänomen, das uns in autoritären Varianten von links und rechts, aber auch im liberalen Denken begegnet.

Hier folgt nun weder eine Chronologie pazifistischer Ideen – vom chinesischen Philosophen Laozi über die jüdischen Propheten Micha und Jesaja bis zu den historischen Friedenskirchen der Brüder, Mennoniten und Quäker – noch eine Darstellung der europäisch-amerikanischen Friedensorganisationen. Stattdessen wird der Pazifismus rekonstruiert als eine moderne Konstellation aus vier konstitutiven Ideen: Gewaltfreiheit, Demokratie, Recht und Weltföderation. Weitere häufig genannte Aspekte – etwa Abrüstung und Entmilitarisierung, Diplomatie und internationale Kooperation sowie die Kriegsdienstverweigerung – werden innerhalb dieser Grundideen eingeraht.

GEWALTFREIHEIT

Gewaltfreiheit bricht mit der Vorstellung, Konflikte ließen sich sinnvoll durch physische Gewalt lösen. Sie nimmt Frieden nicht nur als Ziel, sondern als ethische Grundlage politischen Handelns ernst.

Historisch entspringt die Idee religiösen Überzeugungen. Im indischen Jainismus gilt „Ahimsa“ als strikt bindendes Gebot, kein Lebewesen zu verletzen. Im Buddhismus erscheint die Befreiung von der Gewalt als praktischer Weg zur Überwindung von Leiden, im Hinduismus als Ethos von Selbstdisziplin, Empathie und Achtung vor dem Leben.⁰³

Jesus von Nazareth begründete den christlichen Ursprung einer von Gewalt befreiten Ethik insbesondere in der Bergpredigt. Sie enthält das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe, die Absage an Vergeltung sowie das Eidesverbot. Vorrangig die Quäker nahmen Jesu Weisheiten in ihre Lehre vom Inneren Licht auf, dem Gewissen, das jedem Menschen innewohne und ihm daher Würde verleihe. Aufgrund dessen lehnen die meisten Quäker Krieg, Sklaverei und den Militärdienst prinzipiell ab und räumen der Mediation eine hohe Priorität ein. Nach dem Ende des Englischen Bürgerkriegs dokumentierten sie ihr erstes Friedenszeugnis in einer Deklaration an König Karl II: „Alle blutigen Grundsätze und Praktiken lehnen wir – was uns selbst betrifft – vollständig ab, ebenso alle äußeren Kriege, allen Streit und alle Kämpfe mit äußeren Waffen, zu welchem Zweck auch immer oder unter welchem Vorwand auch immer.“⁰⁴

Im 19. Jahrhundert politisierten die ersten Friedensgesellschaften in den USA die Botschaft Jesu und verknüpften sie mit dem Abolitionismus, der Bewegung zur Abschaffung des Sklavereisystems. So befürworteten zum Beispiel Adin Ballou und weitere Mitglieder der New England Non-Resistance Society Widerstand ohne Gewalt. Für den Friedenskongress von Boston im September

1838 entwarf William Lloyd Garrison eine kosmopolitische Gründungserklärung: „Unser Land ist die Welt, unsere Landsleute sind die Menschheit.“⁰⁵ In diesen Kreisen erschien Gewaltfreiheit erstmals als bewusst eingesetztes Mittel gesellschaftlicher Veränderung – eine demokratietheoretische Idee, die sich auch bei Henry David Thoreau findet, dem bekannten Praktiker des zivilen Ungehorsams.⁰⁶ Er protestierte gegen den Mexikanisch-Amerikanischen Krieg und die Sklaverei, indem er die Steuerzahlung verweigerte und freiwillig ins Gefängnis ging.

Die für das Konzept des gewaltfreien Widerstands zentrale Einsicht, dass Herrschaft nicht allein auf physischer Übermacht, sondern auch auf freiwilliger Unterwerfung und Privilegienthemen beruht und daher nicht durch gewaltsamen Umsturz, sondern durch Beendigung des Gehorsams nachhaltig überwunden werden kann, begründete bereits der Essay „Über die freiwillige Knechtschaft“, 1576 verfasst vom französischen Gerichtsrat und Konfliktvermittler Étienne de La Boétie. Es war der russische Schriftsteller Leo Tolstoi, der dessen politische Theorie in seine Sozialkritik integrierte, für religiös motivierte Kriegsdienstverweigerer wie die Duchoborzen eintrat und die Humanität zum Kern seines Glaubens machte, der staatliche Gewalt und kirchliche Autoritäten verwarf. Vor allem Tolstois „Das Reich Gottes ist in euch“ (1894) beeindruckte auch Mahatma Gandhi. Dieser verband „Ahimsa“ mit „Satyagraha“ (Festigkeit in der Wahrheit) und erhob aktive Gewaltfreiheit zum Lebens- und Widerstandsprinzip, um die indische Unabhängigkeit zu erreichen. Der große Einfluss Tolstois strahlte auch auf den Tierrechtler Magnus Schwantje aus. Noch vor dem Ersten Weltkrieg gebrauchte er als ers-

ter die Wendung „Ehrfurcht vor dem Leben“⁰⁷ und wandte sich damit gegen die Existenz von Schlachthöfen und Schlachtfeldern. Jahre später popularisierte Albert Schweitzer diese Wendung weltweit, nicht zuletzt bei seinem Engagement für atomare Abrüstung.⁰⁸

Unter dem Eindruck von Gandhis Erfolgen organisierten vor allem Martin Luther King Jr. und der Quäker Bayard Rustin die gewaltfreien Kampagnen der antirassistischen Bürgerrechtsbewegung in den USA ab Mitte der 1950er Jahre. Während des Vietnamkriegs ermutigte King, Mitglied des Internationalen Versöhnungsbundes, seine Mitbürger zur Kriegsdienstverweigerung und bekräftigte die Notwendigkeit einer wahrhaft sozialen und demokratischen Gesellschaft: „Wenn Maschinen und Computer, Gewinnstreben und Eigentumsrechte als wichtiger erachtet werden als Menschen, dann ist das gigantische Trio Rassismus, Materialismus und Militarismus nicht zu besiegen.“⁰⁹

Besehen im Lichte der Tradition seit La Boétie, sind auch das in der Arbeiterbewegung geläufige Prinzip der „wechselseitigen Hilfe“¹⁰ sowie der Aufruf „Krieg dem Kriege“¹¹, mit denen etwa durch Boykotte oder einen Generalstreik jede Mobilmachung für den Krieg verhindert werden soll, Formulierungen jener Idee der gewaltfreien Nicht-Zusammenarbeit. Hingegen liegt der Schlüssel zum Verständnis des linksautoritären Antipazifismus, den wir in der Befreiungsdeologie bei Kommunist:innen wie Clara Zetkin im Gefolge Lenins antreffen, in dem Dogma, Gewalt sei als Mittel der Emanzipation von Kapitalismus und Krieg akzeptabel, notwendig und unvermeidbar.¹² Im Gegensatz dazu lehnten anarchistische Antimilitarist:innen wie Gustav Landauer, Olga Misař und Ferdinand Domela Nieuwenhuis jedes Militär ab.

01 Émile Arnaud, *Le Pacifisme*, in: *L'Indépendance Belge*, 15.8.1901, S. 2.

02 Vgl. Karl Holl, *Pazifismus*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 767–787.

03 Vgl. Joan V. Bondurant, *Conquest of Violence*, Princeton 1988, S. 23.

04 George Fox et al., *A Declaration from the Harmless & Innocent People of God Called Quakers, Against all Plotters and Fighters in the World*, London 1660.

05 Zit. nach Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), *Pazifismus in den USA*, Bd. 1, Berlin 1986, S. 92.

06 Vgl. Henry David Thoreau, *Resistance to Civil Government*, in: Elizabeth P. Peabody (Hrsg.), *Aesthetic Papers*, New York 1849, S. 189–211.

07 Vgl. Renate Brucker, „Ehrfurcht vor dem Leben“. Der Pazifist, Sozialreformer, Vegetarier und Tierrechtler Magnus Schwantje (1877–1959), in: Leo Tolstoi et al., *Das Schlachten beenden! Zur Kritik der Gewalt an Tieren*, Heidelberg 2010, S. 97–107.

08 Vgl. Christian Bartolf/Marion Gericke/Dominique Miething (Hrsg.), Dr. Albert Schweitzer: „Mein Wort an die Menschen“ – Engagement gegen den Atomkrieg, Berlin 2019.

09 Martin Luther King Jr., *Beyond Vietnam*, in: Walter D. Myers (Hrsg.), *A Time to Break Silence*, Boston 2013, S. 79–96.

10 Peter Kropotkin, *Mutual Aid: A Factor of Evolution*, New York 1902.

11 Kurt Tucholsky, *Krieg dem Kriege*, in: *Ulz*, 13.6.1919, S. 2.

12 Vgl. Clara Zetkin, *Der Kampf der Kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg*, Hamburg 1922, S. 36–42.

DEMOKRATIE

Die Idee der Demokratie ist konstitutiv für den Pazifismus, weil Krieg nicht allein verurteilt wird – wie es Erasmus von Rotterdam in der „Klage des Friedens“ (1517), der ersten Polemik gegen den Krieg, vorführt¹³ –, sondern vielmehr als Ergebnis autokratischer Herrschaft begriffen wird. Demokratie wird entsprechend mit der Annahme verbunden, dass politische Gewaltenteilung und kritische Öffentlichkeit gewaltsame Konflikte verhindern können.

Seit der Aufklärung gewinnt dieser Zusammenhang deutliche Konturen, herausragend bei Immanuel Kant. Bereits die erste Grundbedingung in seiner als Friedensvertrag gegliederten Schrift „Zum ewigen Frieden“ schreibt fest: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“¹⁴ Kant kombiniert dies mit der Überlegung, dass in repräsentativen Regierungssystemen diejenigen, welche die Lasten eines Krieges zu tragen haben, zugleich an der Entscheidung darüber beteiligt sein sollen – und den Krieg so unwahrscheinlicher machen. Kant ergänzt dies durch eine Kritik am Militär: „Stehende Heere (*miles perpetuus*) sollen mit der Zeit ganz aufhören“,¹⁵ weil die Beibehaltung eines jederzeit einsetzbaren Militärs ein wechselseitiges Bedrohungsgefühl auslöse, woraus wiederum ein Wettrüsten resultiere, was die Kriegswahrscheinlichkeit erhöhe und obendrein ökonomische Ressourcen verschwende.

Solche liberalen Gedanken für Abrüstung, Freihandel oder das Verbot von Kriegskrediten wurden von den ersten Friedensgesellschaften in New York (1815) und London (1816) sowie den Weltfriedenskongressen in die europäische Öffentlichkeit getragen. Der Auftaktkongress fand 1843 in London statt, initiiert durch den Quäker Joseph Sturge, der zweite 1848 in Brüssel, organisiert durch den Herausgeber der Zeitschrift „The Advocate of Peace and Universal Brotherhood“, Elihu Burritt. Der dritte Kongress tagte 1849 in Paris unter Vorsitz von Victor Hugo, dem Urheber des Appells „Entehren wir den Krieg“,¹⁶ der

vierte 1850 in der Frankfurter Paulskirche. Aus den Folgekongressen entwickelten sich demokratische Institutionen mit pazifistischem Anspruch, zum Beispiel die Inter-Parliamentary Union. Diese 1889 durch William Randal Cremer und Frédéric Passy gegründete „Keimzelle des künftigen Weltparlaments“¹⁷ sollte internationale Konflikte durch Verständigung, Diplomatie und verpflichtende Schiedsverfahren bearbeiten und Krieg durch rechtlich geregelte Formen politischer Konfliktlösung ersetzen.

Engagierte Persönlichkeiten wie die Quäkerin Lucretia Mott – sie organisierte 1848 in Seneca Falls, New York, die erste Frauenrechtskonferenz überhaupt – verkörperten durch ihr Vorbild die Konvergenz von Antisklaverei-, Frauenrechts- und Friedensbewegung. Die Friedensnobelpreisträgerin von 1931, Jane Addams, begriff Feminismus und Demokratie als Gegenentwürfe zum Militarismus. Bereits in ihrer allerersten Antikriegsrede¹⁸ entwickelte Addams einen Friedensbegriff, der über die Abwesenheit von Krieg hinausgeht und soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Fürsorge einschließt – eine Erkenntnis, die Martin Luther King Jr. in seinem Brief aus dem Gefängnis von Birmingham als „positiven Frieden“¹⁹ bezeichnete, bevor der Friedensforscher Johan Galtung dies wortwörtlich übernahm und theoretisch entfaltete.²⁰ Zudem problematisierten Addams, Bertha von Suttner und die anarchistische Gründerin der No Conscription League, Emma Goldman, die permanente Kriegsgefahr, verursacht durch eine sich wechselseitig verstärkende Struktur aus militärischer Destruktivität und autoritärer Herrschaft – im Privaten wie im Politischen.²¹

RECHT

Der Rechtsgedanke vereinigt sich im Pazifismus mit der Vorstellung, dass Konflikte innerhalb und

¹³ Vgl. Christian Bartolf/Dominique Miething (Hrsg.), Erasmus von Rotterdam: „Süß ist der Krieg den Unerfahrenen ...“ – Klage gegen Krieg und Gewalt, Berlin 2022.

¹⁴ Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, in: Zwi Batscha/Richard Saage (Hrsg.), Friedensutopien: Kant, Fichte, Schlegel, Görres, Frankfurt/M. 1979, S. 37–82, hier S. 44.

¹⁵ Ebd., S. 40.

¹⁶ Victor Hugo, Über Voltaire, Berlin 1917, S. 20.

¹⁷ Ludwig Quidde, Die Geschichte des Pazifismus, in: Walter Fabian/Kurt Lenz (Hrsg.), Die Friedensbewegung, Berlin 1922, S. 16.

¹⁸ Vgl. Jane Addams, Democracy or Militarism, in: Central Anti-Imperialist League (Hrsg.), The Chicago Liberty Meeting, Chicago 1899, S. 35–39.

¹⁹ Martin Luther King Jr., Letter from Birmingham City Jail, Philadelphia 1963, S. 8.

²⁰ Vgl. Johan Galtung, Violence, Peace and Peace Research, in: Journal of Peace Research 3/1969, S. 167–191.

²¹ Vgl. Bertha von Suttner, Die Waffen nieder!, Dresden 1889; Emma Goldman, Anarchism and Other Essays, New York 1910.

zwischen Gesellschaften durch verbindliche Normen, Verfahren und Institutionen geregelt werden sollen. Recht fungiert dabei als Gegenprinzip zum Krieg, indem es Gewalt ihre Selbstverständlichkeit und Willkür entzieht und an verfassungsgemäße Rechtfertigungsmechanismen bindet.

Vorformen dieses Gedankens finden sich bereits im antiken Olympischen Frieden (*ékécheiria*), der Kriegshandlungen zeitweise suspendierte und so die Vorrangstellung gemeinsamer Regeln gegenüber militärischer Gewalt symbolisiert. Erstmals und systematisch arbeitete der humanistische Gelehrte Hugo Grotius in seinem Werk „De jure belli ac pacis“ (1625) den Zusammenhang von Recht und Krieg heraus. Vor dem Hintergrund des Dreißigjährigen Krieges schuf er auf Basis von Naturrecht, Vernunft und den gebräuchlichen Normen zwischen Völkern (*ius gentium*) einen Rahmen internationalen Rechts, indem er ethische und rechtliche Grenzen kriegerischer Gewalt formulierte (*ius ad bellum* beziehungsweise *ius in bello*). Doch erst die Haager Landkriegsordnung von 1907 stellte einen umfassenderen Versuch dar, Mittel und Methoden der Kriegsführung rechtlich zu regulieren und Schutzansprüche von Zivilisten und Kombattanten festzuschreiben, ganz im Sinne von Henri Dunant, dem ersten Friedensnobelpreisträger.

Eine wirkliche Neuerung brachte der Briand-Kellogg-Pakt von 1928. Niemals zuvor war der Krieg als Mittel nationaler Politik verbindlich geächtet worden (*ius contra bellum*). Anlässlich solcher Erfolge häuften sich pointierte Beispiele für den Antipazifismus von rechts. In direkter Reaktion auf ebendiesen Pakt propagierte Adolf Hitler sein sozialdarwinistisches Feindbild: „Wir werden, indem wir das Volk von dem jämmerlichen Glauben an Völkerversöhnung, Weltfrieden, Völkerbund und internationale Solidarität befreien, diese Ideen zerstören. Es gibt nur ein Recht in der Welt, und dieses Recht liegt in der eigenen Stärke.“²² Demgegenüber erkannte der politische Pazifist Carl von Ossietzky die Bedeutung des allgemeinen Gewaltverbots durch den Briand-Kellogg-Pakt. Ossietzky, späterer Gefangener Hitlers und dritter Friedensnobelpreisträger Deutschlands (1936, rückwirkend für das Jahr 1935), war 1931 im Weltbühne-Prozess

wegen „Verrats militärischer Geheimnisse“ verurteilt worden, weil seine Zeitschrift über die verbotene Aufrüstung der Reichswehr berichtet hatte. Bis heute ist er weder juristisch (zum Beispiel durch ein Wiederaufnahmeverfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft) noch politisch (etwa durch den Bundespräsidenten) vollständig rehabilitiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Genoziden (Shoah, Porajmos) gewann der pazifistische Rechtsgedanke eine neue Qualität. Das allgemeine Gewaltverbot fand zentralen Ausdruck in der Charta der Vereinten Nationen. Damit korrespondierte Raphael Lemkins Prägung des Begriffs „Völkermord“, womit er die UN-Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung eines solchen Verbrechens vorbereitete. Die Genfer Konventionen von 1949 kodifizierten sodann humanitäre Mindeststandards für bewaffnete Konflikte. Mit den Nürnberger Prinzipien von 1950 erfolgte ein Paradigmenwechsel: Neben Staaten können seitdem alle Individuen, auch Staatsoberhäupter oder verantwortliche Regierungsbeamte, für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht werden. Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 stellte dies dann auf eine neue institutionelle Grundlage, wobei der daran beteiligte Jurist Benjamin Ferencz das pazifistische Antriebsmotiv betonte: „Wir müssen den Krieg beenden.“²³

Zu den Errungenschaften pazifistischer Impulse gehört nicht zuletzt das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Abgeleitet aus der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Artikel 4 GG; Artikel 10 der Grundrechtecharta der Europäischen Union; Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte), ist anzuerkennen, dass das Töten im Krieg, auf Anordnung oder Befehl, nicht erzwingbar ist. Damit soll das individuelle Nein zum Krieg auch gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen und den Primat der Staatsräson, auch im Kriegsfall, unbedingt geschützt sein.

Das Beispiel Tausender britischer „Conscientious Objectors“²⁴ während des Ersten Weltkriegs, gepaart mit dem öffentlichen Zuspruch für die

²² Völkischer Beobachter, 23. September 1928, zit. nach Christiane Rajewsky/Dieter Riesenberger (Hrsg.), Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München 1987, S. 412f.

²³ Zit. nach Heikelina Verrijn Stuart/Marlise Simons, The Prosecutor and the Judge, Amsterdam 2009, S. 35.

²⁴ Vgl. Martha Steinitz, Die englischen Kriegsdienstverweigerer, Berlin 1921.

„Nie wieder Krieg“-Bewegung²⁵ zwischen 1919 und 1924, veranlasste seinerzeit namhafte Persönlichkeiten dazu, sich gegen die Militärdienstpflicht auszusprechen – „die wohl schlimmste Vergewaltigung persönlicher Freiheit“,²⁶ wie die Frauenrechtlerin Lida Gustava Heymann es ausdrückte. In einem unter anderem von Martin Buber, Albert Einstein, Mahatma Gandhi, Paul Löbe, Romain Rolland, Bertrand Russell, Rabin-dranath Tagore und H. G. Wells unterzeichneten, im August 1926 an den Völkerbund adressierten Internationalen Manifest gegen die Wehrpflicht heißt es: „Zwangsdienst bedeutet Entwürdigung der freien menschlichen Persönlichkeit.“²⁷

Zentral für die Verbindung von Recht und Pazifismus ist schließlich die Frage nach den Grenzen legitimer Gewalt. So verleiht bislang das nicht ausschließlich auf zivile Mittel beschränkte Selbstverteidigungsrecht von Staaten nach Artikel 51 der UN-Charta nationalen Militärstrukturen ihre völkerrechtliche Legitimität. In den Worten von Ludwig Quidde, dem Friedensnobelpreisträger von 1927, haben wir es mit dem ungelösten Problem zu tun, „daß mit dem theoretisch berechtigten ‚Verteidigungskrieg‘ in der Praxis der empörendste Mißbrauch getrieben wird“.²⁸ Nicht zuletzt als Antwort hierauf entwickelten Pazifist:innen wie Bart de Ligt, Richard Gregg, Krishnalal Shridharani und Jessie Wallace Hughan seit den 1930er Jahren, später Gene Sharp, Theodor Ebert und April Carter, das Konzept der sozialen Verteidigung.²⁹

Gleichzeitig verweist die seit 2005 im humanitären Völkerrecht verankerte Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) auf das Kernproblem, dass eine militärische Intervention, obgleich sie der Durchsetzung von Menschenrechten dienen soll, in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zum Verbot der Gewaltanwendung und dem Souveränitätsprinzip steht. Hier setzt

die liberale Variante des Antipazifismus ein. Sie distanziert sich vom offenen Bellizismus, legitimiert Gewalt jedoch im Namen von Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Paradigmatisch führte dies Max Weber in seiner Schrift „Politik als Beruf“ (1919) mit der Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik aus.³⁰

Offen bleibt die institutionelle Ausgestaltung einer internationalen Friedensordnung – einer Weltföderation samt Weltparlament, Weltgerichtshöfen und Weltbürgerschaft. Erst eine solche demokratische Weltregierung könnte auch die Grundrechte von asyl- und schutzsuchenden Menschen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) beziehungsweise dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen (1954) überall garantieren.

WELTFÖDERATION

Seit der Frühen Neuzeit verbanden politische Entwürfe – etwa bei Émeric Crucé („Der Neue Kineas“, 1623), William Penn („An Essay Towards the Present and Future Peace of Europe“, 1693), Abbé de Saint-Pierre („Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe“, 1712) und Jeremy Bentham („Plan for an Universal and Perpetual Peace“, 1789) – die Hoffnung auf dauerhaften Frieden mit institutionellen Vorschlägen zur Überwindung der Anarchie, hier verstanden als Zustand einer fehlenden, den Nationalstaaten übergeordneten Autorität.³¹ Abermals war es jedoch Kant, der visionär postulierte: „Das Völkerrecht soll auf einem *Föederalism* freier Staaten gegründet sein“, und dies um die Notwendigkeit eines „Weltbürgerrechts“³² ergänzte. Eine erste unvollkommene Verwirklichung solch supranationaler Ordnungsvorstellungen und permanenter zwischenstaatlicher Kooperation war ab 1920 der vom 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson inspirierte Völkerbund, der 1945 durch die Vereinten Nationen ersetzt wurde.

Die nukleare Apokalypse von Hiroshima und Nagasaki markierte eine Zäsur, weil Krieg erstmals zur existenziellen Bedrohung für die gesam-

²⁵ Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Basismobilisierung gegen den Krieg: Die Nie-wieder-Krieg-Bewegung in der Weimarer Republik, in: Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981, S. 47–76.

²⁶ Zit. nach Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauen gegen den Krieg, Frankfurt/M. 1980, S. 68.

²⁷ Zit. nach Franz Kobler (Hrsg.), Gewalt und Gewaltlosigkeit, Zürich 1928, S. 361 f.; vgl. Gandhi-Informations-Zentrum (Hrsg.), Manifest gegen die Wehrpflicht und das Militärsystem, Berlin 2001.

²⁸ Quidde (Anm. 17), S. 19.

²⁹ Vgl. Gene Sharp, The Politics of Nonviolent Action, 3 Bde., Boston 1973.

³⁰ Vgl. Max Weber, Politik als Beruf [1919], in: Max Weber Gesamtausgabe, Bd. 17, Tübingen 1992, S. 157–252.

³¹ Vgl. Kurt von Raumer, Ewiger Friede. Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance, Freiburg/Br.–München 1953.

³² Kant (Anm. 14), S. 46, S. 50.

te Menschheit wurde. Darauf reagierte der gegen die Gefahr eines Atomkriegs gerichtete Pazifismus, etwa in der „Mainauer Kundgebung“ von 1955,³³ mit einer warnenden Kritik an der Ideologie der Abschreckung, die Frieden an die permanente Drohung totaler, gegenseitig zugesicherter Vernichtung bindet. Aus pazifistischer Perspektive stabilisiert Abschreckung aber keinen Frieden. Im Gegenteil: Nukleare Abschreckung institutionalisiert ein Hochrisikoregime, das Eskalation und Fehlkalkulation nicht ausschließen kann, schon gar nicht durch die Einführung autonomer Waffensysteme.

Namhafte Nuklearphysiker artikulierten deshalb in der Folge ihre Überzeugung, dass Sicherheit nur durch strengste Kontrolle und die ultimative Abschaffung der Atom- und Wasserstoffbomben hergestellt werden kann. Vor allem Albert Einstein argumentierte, dass die Beibehaltung althergebrachter Konzepte nationaler Souveränität unter den Bedingungen moderner Waffentechnologie unrealistisch und selbstzerstörerisch sei. Er forderte daher die vollständige „Entnationalisierung“³⁴ allen Militärs als Teilstrategie auf dem Weg zu einer demokratischen Weltregierung.

Dabei besteht eine Differenz zwischen der kantischen Position, die sich souveräne Staaten in einem freiwilligen Bund vorstellt, und der Position Einsteins, die Frieden nur durch die tatsächliche Beschränkung nationaler Souveränität zugunsten einer demokratischen Weltautorität mit Gewaltmonopol für möglich hält. Kant lehnte eine solche Weltregierung aus Furcht vor einem möglichen Despotismus ab und bevorzugte stattdessen eine völkerrechtliche Übereinkunft. Hierbei verpflichten sich Staaten, Angriffe auf ein Mitglied gemeinsam abzuwehren, um den Frieden durch eine gemeinsame Rechtsordnung zu sichern. Im Unterschied zu regionalen Militär-

bündnissen mit einer Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung soll ein solches System kollektiver Sicherheit gegen eine breitere Palette von Bedrohungen schützen und globale Stabilität erreichen, auch durch nicht-militärische Mittel.

WARNUNG VOR DEM „ZEITENENDE“

1937, zwei Jahre vor Beginn des deutschen Angriffs auf Polen – von den Nazis als Verteidigungskrieg inszeniert –, unternahmen die Pazifistinnen Rosika Schwimmer und Lola Maverick Lloyd mit der Gründung der Campaign for World Government eine erste politische Initiative zur Verwirklichung einer demokratischen Weltföderation. Der vorläufige Entwurf sah unter anderem die volle Mitgliedschaft aller Staaten, direkte Repräsentation in einem Weltparlament, eine global koordinierte Wirtschaft einschließlich eines Freihandelssystems und einheitlicher Währung sowie die Abschaffung sämtlicher militärischer Körperschaften vor.³⁵

Dazu ist es bekanntlich noch nicht gekommen. Gleichwohl wurde der innere Zusammenhang von Weltföderationsidee und dem Engagement gegen (Atom-)Krieg und Zerstörung in der Folgezeit immer deutlicher. Das Konzept vom „prometheischen Gefälle“ des Philosophen Günther Anders, geprägt in den 1950er Jahren, verdeutlicht die Kluft zwischen unserer Fähigkeit, Technologie zu produzieren, und unserer Unfähigkeit und der Unmöglichkeit, ihre Folgewirkung zu antizipieren und diese moralisch und politisch zu verantworten. Günther Anders warnte deshalb vor dem „Zeitenende“,³⁶ also der realen Möglichkeit einer selbstverschuldeten Auslöschung der Menschheit. Seine Diagnose hat angesichts künstlicher Intelligenz und Quantencomputern, deren militärisches Zerstörungspotenzial mehr denn je globale Regulierung erfordert, nichts an Aktualität eingebüßt. Für eine solche Regulierung braucht es eine Weltföderation, die, dem Plädoyer Gandhis folgend,³⁷ errichtet ist als Demokratie – und auf der Basis von Recht und Gewaltfreiheit.

DOMINIQUE MIETHING

ist promovierter Politikwissenschaftler und Lehrkraft für besondere Aufgaben am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

³³ Vgl. Lindau Nobel Laureate Meetings, The Mainau Declaration 1955 on Nuclear Weapons, www.mainaudeclaration.org/about.

³⁴ Albert Einstein, The Way Out, in: Dexter Masters/Katharine Way (Hrsg.), One World Or None, New York 1946, S. 76f., hier S. 77.

³⁵ Vgl. Lola Maverick Lloyd/Rosika Schwimmer, Chaos, War, or a New World Order?, Chicago 1942⁴.

³⁶ Günther Anders, Die atomare Drohung, München 2022⁸, S. 93.

³⁷ Vgl. Christian Bartolf, Gandhi and Tagore: Beyond Nationalism, Towards A World Federation, in: Global Gandhi 1/2023, <https://globalgandhi.in/gandhi-and-tagore>.

ESSAY

ZWEIERLEI PAZIFISMUS

Ein Vermittlungsversuch zwischen rigoroser Gesinnungsethik und ihren pragmatischen Alternativen

Olaf L. Müller

Während sich unsere Gesellschaft bei Themen wie Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit zunehmend von bisherigen Selbstverständlichkeiten entfernt und sich in ihrer Kommunikation wie in ihrem Gebaren Schritt für Schritt martialischer gibt, droht man mittlerweile allein schon durch skeptische Rückfragen in die Ecke der Spinner, der unbelehrbaren Naivlinge oder gar – horribile dictu – der Pazifisten zu geraten.

In der Tat gilt das P-Wort in weiten Kreisen als Beleidigung – man spricht von einem „Lumpenpazifismus“ und denkt dabei an „Lumpenpack“.⁰¹ Auf der anderen Seite des Grabens wiederum ist der Begriff des Pazifismus umkämpft: Hier hält jedermann seine Version von Pazifismus für die einzig richtige und reagiert ungehalten auf abweichende Ansichten. Dabei gibt es vieles, was sich mit Fug und Recht als Pazifismus bezeichnen lässt.

EINE UNTERSCHIEDUNG

Um die Debatte zu versachlichen, beginne ich mit einer Unterscheidung innerhalb der Vielfalt dessen, was Pazifismus sein kann.⁰² Am einen Ende des pazifistischen Kontinuums befinden sich diejenigen, die jede Form kriegerischer Gewalt ablehnen. Ihnen gegenüber stehen jene, die sich der Tendenz nach ebenfalls hartnäckig gegen kriegerische Gewalt aussprechen, sich aber nicht ein für alle Mal so strikt darauf festlegen wollen wie ihre Kontrahenten.

Protagonisten der ersten Gruppe werden oft als „gesinnungsethische“ Pazifisten bezeichnet – ein Adjektiv, das immer wieder verunglimpfend gebraucht wurde und wird;⁰³ vielleicht sollte man besser von „absolutem“ oder „rigorosem“ Pazifismus sprechen. Religiös inspirierte Vertreter dieser Haltung bestehen auf der unverlierbaren Würde aller Menschen als Ebenbilder Gottes und

fühlen sich dem Tun wie dem Reden Jesu Christi verpflichtet – oder den Vorbildern anderer spiritueller Traditionen.⁰⁴ In eine ähnliche Richtung weisen bestimmte säkulare Weltanschauungen, etwa diejenige eines Humanismus der größten Achtung vor dem Wert menschlichen Lebens, wie er in dem kantischen Verbot aufscheint, Menschen als bloßes Mittel zum Zweck einzusetzen.⁰⁵

Ein klassischer Lackmustest zur Unterscheidung beider Haltungen ist der Krieg der Alliierten gegen Hitlerdeutschland. Wer diesen Krieg grundsätzlich richtig findet – selbst, wenn er vielleicht einzelne Elemente seiner Durchführung ablehnt –, der verabschiedet sich dadurch aus dem Lager eines gesinnungsethischen, das heißt absoluten oder rigorosen Pazifismus. Mit dieser Entscheidung hat er sich aber nicht unbedingt vom Pazifismus insgesamt losgesagt; er kann sich immer noch für einen relativen, verantwortungsethischen, pragmatischen oder auch skeptischen Pazifismus aussprechen. Die berühmtesten Beispiele für eine solche Haltung sind der Physiker Albert Einstein und der Philosoph Bertrand Russell, die sich als Pazifisten verstanden und doch für Krieg gegen Hitler plädierten.⁰⁶

Hierbei handelt es sich um Haltungen, die sich weniger radikal und eindeutig geben als der absolute Pazifismus – und in der öffentlichen Diskussion vielleicht gerade deshalb auch weniger bekannt sind. Doch bevor ich mich ihnen zuwende, möchte ich ein gutes Wort zugunsten des absoluten Protests gegen jeden Krieg, auch gegen den der Alliierten, einlegen.

WAS FÜR DEN ABSOLUTEN
PAZIFISMUS SPRICHT

Man wird ohne Übertreibung sagen dürfen, dass der Zweite Weltkrieg zu einer nie dagewesenen

Brutalisierung auf allen Seiten geführt hat. Dies zuallererst bei den Deutschen, über deren Verbrechen man nicht allzu viele Worte verlieren muss – außer vielleicht, dass viele dieser Verbrechen *im Krieg* stattfanden und ohne die Begleitumstände eines Krieges so wohl nicht hätten begangen werden können. Doch auch aufseiten der vergleichsweise zivilisierten britischen und US-amerikanischen Armeen haben sich mit anhaltender Kriegsdauer Formen des Kampfes Bahn gebrochen, wie sie zu Beginn des Krieges undenkbar waren. Die mit größter Sorgfalt organisierten Feuerstürme über deutschen Städten wie Hamburg, Braunschweig und Dresden oder über japanischen Städten wie Tokyo, Hiroshima und Nagasaki gelten heute weithin, nicht nur unter Pazifisten, als Kriegsverbrechen.

Es spricht einiges für die Annahme, dass sich der alliierte Krieg gegen das waffenstarrende, durch und durch skrupellose Dritte Reich mit geradezu psychologischer Notwendigkeit in die soeben beklagten kriegsverbrecherischen Ausmaße hat steigern müssen. Bertrand Russell, den man gut und gerne als Mastermind hinter dem britischen Appeasement der Zwischenkriegszeit bezeichnen darf, hat hierzu Ende September 1938 in der „New York Times“ Folgendes zu Protokoll gegeben: „Ich befürchte, dass Krieg [gegen Nazi-Deutschland] ungeheuerliches Leid über die Welt bringen würde. Selbst wenn wir siegen sollten, werden wir bei Kriegsende – so meine Sorge – genauso wahnsinnig sein, wie Hitler ist.“⁰⁷

Wer die Augen vor diesem hellsichtigen Realismus nicht verschließt und sich trotzdem für den Krieg gegen Hitler ausspricht, muss sich

eine moralische Frage gefallen lassen: Wie kann der Kriegseintritt der Alliierten moralisch richtig sein, wenn er die Kämpfer für die gerechte Sache am Ende zu Kriegsverbrechen wie die Ermordung unschuldiger Zivilisten einschließlich kleiner Kinder treibt? Russell hat seine Prognose nie zurückgenommen; dazu bestand kein Anlass. Und doch hat er sich im Frühjahr 1940 dazu durchgerungen, für den Krieg gegen Hitlerdeutschland zu plädieren. Er hielt dies in einer verzweifelten Situation für den allerletzten Ausweg, eine Ultima Ratio. In der Tat hätte er angesichts des Grauens, das die Deutschen zu diesem Zeitpunkt über Polen brachten, nur noch um den Preis der Verrücktheit an einem absoluten Kriegsverbot festhalten können; er hätte zu den haltlosesten Ausflüchten greifen müssen, um sich immer noch für Appeasement auszusprechen.

Dass Russell – nicht anders als Einstein – in dieser besonderen historischen Situation für Krieg plädierte, war freilich keinem zwingenden Argument geschuldet. Obwohl ihnen heute die meisten Menschen beipflichten dürften, lohnt es sich, in dieser Sache auch dem rigorosen Pazifismus Gehör zu schenken. So sollten wir uns daran erinnern, dass die deutschen Machthaber in den besetzten Ländern nicht völlig frei schalten und walten konnten, um ihre schlimmsten Verbrechen ins Werk zu setzen. Wie „erfolgreich“ sie darin waren, hing auch von der Art des Widerstandes ab, der ihnen aus den unterworfenen Gesellschaften entgegenschlug. Während es den Nationalsozialisten leichtfiel, bewaffnete Gegenwehr mit schärfster Brutalität zu zerschlagen, haben sie mitunter hilflos reagiert oder sogar nachgegeben, wenn ihnen entschiedener gewaltfreier Widerstand in die Quere kam.⁰⁸ Diese historiografisch gut aufgear-

01 Vgl. Sascha Lobo, Der deutsche Lumpen-Pazifismus, 20. 4. 2022, www.spiegel.de/a-77ea2788-e80f-4a51-838f-591843da8356.

02 Für die Einzelheiten siehe Olaf Müller, Pazifismus. Eine Verteidigung, Stuttgart 2025⁴.

03 Unvergessen ist die kalkulierte Provokation des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, wonach der „Pazifismus der 30er Jahre (...) Auschwitz erst möglich gemacht“ habe. Plenarprotokoll 10/13 des Deutschen Bundestags, 15. 6. 1983, S. 755.

04 Beispiele, über die mehr zu sagen wäre, sind etwa Leo Tolstoi, Mahatma Gandhi, Dietrich Bonhoeffer, Papst Johannes Paul II., Papst Franziskus oder der Dalai Lama.

05 Eine scharfsinnige Darstellung der Gesinnungsethik liefert Harald Köhl, Kants Gesinnungsethik, Berlin 1990.

06 Vgl. Olaf Müller, Vernunft, Mut, Wahrheit und Liebe. Der Jahrhundertpazifist Bertrand Russell, in: Bertrand Russell, Die Zukunft des Pazifismus, Stuttgart 2023, S. 29–77, hier S. 59f.

07 Bertrand Russell Here. Says World Will Be „Mad“ After the Next Great War, in: New York Times, 26. 9. 1938, S. 7.

08 So berichtet der – des Pazifismus unverdächtige – Militärgeschichtler Basil Liddell Hart, der nach dem Krieg deutsche Generäle der Wehrmacht befragt hatte: „Die Erklärungen dieser Generäle reflektierten die Effizienz des unbewaffneten Widerstands. (...) Ihren eigenen Angaben zufolge sahen sie sich außerstande, dem zu begegnen. Sie waren Experten der Gewalt und für die Konfrontation mit der Gewalt ausgebildet. Andere Aktionsformen brachten sie aus dem Gleichgewicht – und dies umso mehr, je subtiler und verdeckter die angewandten Mittel waren. Sie waren geradezu erleichtert, wenn der Widerstand Gewalt anzuwenden begann und wenn zu den gewaltfreien Methoden Guerillaaktionen hinzukamen. Denn es war ungleich einfacher, schwere Repressionsmaßnahmen gegen die beiden letztgenannten Widerstandsformen durchzusetzen.“ Zit. nach Jacques Semelin, Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa, Göttingen 2021, S. 172f.

beiteten, aber außerhalb der Wissenschaft nicht hinreichend bekannten Tatsachen werfen ein hoffnungsfrohes Licht auf die – letztlich unbeantwortbare – Frage, wie weit sich die deutsche Soldateska hätte brutalisieren lassen, wenn ihre Gegner auf jeden Waffeneinsatz verzichtet hätten.

Vielleicht suggeriert die Rede von einer „Soldateska“ bereits allzu negative Wertungen; jeder Mann ist zunächst einmal ein Mensch, auch in Uniform, also frei und des Guten fähig. Ob er dieses Potenzial auslebt oder sich in einen Mörder verwandelt, hängt auch davon ab, wie man ihm entgegentritt. Ein wohlüberlegter Appell an seine elementare Mitmenschlichkeit kann durchaus Wirkung zeitigen und manchmal das Äußerste verhindern. Ein aktuelles Beispiel boten im März 2022 die friedlichen Demonstranten gegen die russische Armee in der ukrainischen Stadt Slawutytsch; ein Beispiel aus der NS-Zeit sind die demonstrierenden Ehefrauen aus der Berliner Rosenstraße. Oder denken wir an die streikenden norwegischen Lehrer zur Zeit der Besatzung durch die Wehrmacht; oder an die betenden und singenden Nonnen in Manila beim gewaltfreien Sturz des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos im Februar 1986; oder an den panzerstoppenden *tank man* bei der Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung in Peking im Juni 1989.⁰⁹

Doch selbst wenn wir derart optimistischen Überlegungen des absoluten Pazifismus jenen intellektuellen Respekt zollen, der ihnen im augenblicklichen Meinungsklima vorenthalten wird und der ihnen, auch wegen ihrer Kühnheit, allemal gebührt: Angesichts der zivilisationsbrechenden Einzigartigkeit der NS-Verbrechen wirkt es alles in allem plausibler, den Kriegseintritt der Alliierten akzeptabel zu finden und sich einem relativen Pazifismus zuzuwenden.

RELATIVER PAZIFISMUS

Die Position des relativen Pazifismus lässt sich am besten im Komparativ fassen, und zwar nicht so

sehr als moralische Regel in Form strikter Verbote, sondern als Tendenzaussage mit eingebautem Suchscheinwerfer bei der Wirklichkeitsbetrachtung. Je kriegischer eine Handlung, so die Idee, desto moralisch zweifelhafter ist sie zunächst einmal. Das heißt: Bei besonders kriegesischen Handlungsplänen sind wir dazu aufgerufen, besonders intensiv nach weniger martialischen Alternativen zu suchen.

Ein Unterschied zum absoluten Pazifismus springt sofort ins Auge: Der relative Pazifismus verzichtet auf ein ethisches Denken, wonach es einerseits das absolut Richtige, andererseits das schlechthin Verbotene gebe – und zwischen beidem eine scharfe Grenze. Wer kriegerrische Handlungen als „moralisch zweifelhaft“ bezeichnet, drückt dadurch zwar auch eine Antikriegshaltung aus, dies aber weniger rigoros und mit der grundsätzlichen Bereitschaft, in Grautönen zu denken. Protagonisten des nordamerikanischen Pragmatismus wie William James und Charles S. Peirce wandten sich ganz allgemein gegen Dichotomien und unterliefen dadurch scharfe Grenzen im Denken. Die pazifistische Ausprägung dieses Denkstils können wir deshalb als „pragmatischen“ Pazifismus bezeichnen.

In dieser Benennung steckt freilich eine Gefahr: Wenn wir im Alltag von Pragmatismus hören, dann ist der Verdacht der Prinzipienlosigkeit nicht fern. Demgegenüber sollte man sich klarmachen, dass ein Verzicht auf starre Regeln keineswegs in umfassende Regellosigkeit münden muss. Laut relativem, pragmatischem Pazifismus sind wir dazu aufgerufen, angesichts einer geplanten militärrischen Handlung *besonders hartnäckig* nach friedlicheren Alternativen zu suchen. Besonders hartnäckig, aber eben nicht um den Preis der Verrücktheit.

Es liegt auf der Hand, dass es kein sicheres Entscheidungsverfahren gibt, mit dessen Hilfe wir eindeutig feststellen können, an welchem Punkt die Suche nach friedlicheren Alternativen endgültig in Verrücktheit umschlägt. Wie weit jemand in dieser Richtung zu gehen weiß, hängt von vielerlei ab – von seinem Optimismus, seinem Wagemut, seiner Phantasie, seinem Wissen, auch von seinem Menschenbild. Und das bedeutet: Ob Sie Pazifist sind, ist eine graduelle Frage. Je hartnäckiger Sie an der Suche nach friedlichen Alternativen festhalten, desto mehr Pazifismus haben Sie im Gepäck. So gesehen findet sich der zuvor besprochene absolute Pazifismus am äü-

⁰⁹ Vgl. Felip Daza Sierra, *Ukrainian Nonviolent Civil Resistance in the Face of War*, International Catalan Institute for Peace (ICIP) 2022, www.icip.cat/wp-content/uploads/2022/10/ENG_VF.pdf, S. 18, S. 28; Semelin (Anm. 8), S. 97–103; Bryan Johnson, *The Four Days of Courage. The Untold Story of the People Who Brought Marcos Down*, New York 1987; CNN, *Man vs. Tank in Tiananmen Square* (1989), www.youtube.com/watch?v=YeFzeNAHEhU.

ßersten Ende einer Skala mit vielen Zwischenstufen. Auch die gegenwärtige deutsche Sicherheitspolitik lässt sich auf dieser Skala einordnen. Dort rasseln ja, anders als seit Längerem in Moskau, keine Kriegsfanatiker mit ihren Säbeln. Vielmehr ziehen Kanzler, Außen- und Verteidigungsminister nach eigenen Aussagen – und darin völlig glaubwürdig – die friedlichen Mittel der Diplomatie vor; auch sie wollen nur im äußersten Notfall zu militärischen Mitteln greifen.

Diese versöhnliche Art und Weise, auseinanderstrebende Positionen zusammenzubringen, hat eine Konsequenz, die selten gesehen wird. Denn wenn die allseits beliebte Idee einer Ultima Ratio keine Phrase sein soll, dann zieht sie uns stärker in pazifistische Gefilde, als man denken könnte.

„ULTIMA RATIO“ ALS FLOSKEL?

Ultima Ratio, äußerster Notfall – selbst wenn sich fast alle auf diese Formel einigen können, bietet sie für sich genommen nur ein formales Schema; alles hängt davon ab, wie sie inhaltlich gefüllt wird. Wo sie zur leerlaufenden Floskel verkommt, wäre es redlicher, auf sie zu verzichten.

Das möchte ich im Folgenden anhand eines Beispiels aus der jüngsten Geschichte illustrieren. Am 29. April 2022, zwei Monate nach dem Beginn des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, erschien ein offener Brief an den damaligen Bundeskanzler, in dem zunächst vor der Gefahr einer Eskalation des Ukrainekriegs gewarnt und anschließend gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine protestiert wurde. Weiter hieß es dort: „Wir bitten Sie im Gegenteil dringlich, alles dazu beizutragen, dass es so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand kommen kann; zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können.“¹⁰ Auf diese Forderung an den Kanzler, *alles* dazu beizutragen, damit es rasch zu einem solchen Waffenstillstand kommt, haben seinerzeit sowohl der deutsche Qualitätsjournalismus als auch die Parteien der demokratischen Mitte mit schärfster Ablehnung reagiert. Seitdem die russischen Kriegsverbrechen in Butscha An-

fang April 2022 bekanntgeworden seien, so hörte man allerorten, hätten Verhandlungen über einen Waffenstillstand keinen Sinn mehr; entsprechende Forderungen seien ein Schlag ins Gesicht der überfallenen Ukraine und spielten allenfalls Russlands Machthaber Wladimir Putin in die Hände.

Im Lichte der damals wie heute verbreiteten und auf den ersten Blick gut nachvollziehbaren These, wonach es im April und Mai 2022 keine gangbare friedliche Alternative zu den dann immer weiter gesteigerten westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine gegeben habe, erscheinen die damaligen Waffenlieferungen als Ultima Ratio, als alternativloses, einzig geeignetes Mittel. Aber waren sie es wirklich? Diese Frage lässt sich mit guten Gründen verneinen. Wenn ich damit recht haben sollte, hätten wir ein griffiges Beispiel dafür vor Augen, dass die Ultima-Ratio-Formel nicht frei nach Belieben in Anspruch genommen werden kann. Wohlgermerkt: Ich behaupte nicht, dass sich dieser Streitpunkt derzeit durch einen wasserdichten Beweis entscheiden ließe; ich behaupte nur, dass es starke Gründe gegen den damals wie heute verbreiteten Konsens der öffentlichen Meinung gibt. Weshalb aber sind solche Gründe bislang nicht in den Blick genommen und diskutiert worden? Nach meinem Dafürhalten ist es deshalb nicht geschehen, weil nicht ausdauernd genug nach ihnen gesucht wurde.

Schalten wir also den Suchscheinwerfer eines pragmatischen Pazifismus an, und stellen wir ihn auf den April 2022 scharf. Damals beherrschte das Thema Waffenlieferungen die öffentliche Debatte in Deutschland, während die Idee von Verhandlungen als naive Spinnerei abgetan wurde. Dass fast zeitgleich ambitionierte Friedensverhandlungen zwischen den Ukrainern und Russen stattfanden, die nach dem Urteil seinerzeit beteiligter Akteure nicht ohne Erfolgsaussichten waren,¹¹

¹⁰ Alice Schwarzer et al., Der Offene Brief an Kanzler Scholz, 29. 4. 2022, www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463.

¹¹ So jedenfalls äußerten sich der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett, der ehemalige stellvertretende ukrainische Außenminister Oleksandr Chalyi sowie der Leiter der ukrainischen Delegation, Dawyd Arachamija. Vgl. Naftali Bennett, Interview mit Hanoach Daum, 4. 2. 2023, www.youtube.com/watch?v=qK9tLDeWBzs; Breaking the Stalemate to Find Peace: The Russia-Ukraine War – A Geneva Security Debate, 5. 12. 2023, www.youtube.com/watch?v=t2zpV35fvHw; Dawyd Arachamija zit. nach Samuel Charap/Sergey Radchenko, The Talks That Could Have Ended the War in Ukraine, 16. 4. 2024, www.foreignaffairs.com/ukraine/talks-could-have-ended-war-ukraine.

spielte in der Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle. Warum diese Verhandlungen abgebrochen wurden, ist bis heute nicht vollständig geklärt – ebenso wenig wie die Frage, wie erfolgversprechend der damalige Stand der Dinge tatsächlich war. Die in der deutschen Debatte am weitesten verbreitete Erklärung für den Gesprächsabbruch bezieht sich auf die russischen Kriegsverbrechen in Butscha. Wie jedoch aus der entschiedenen pro-ukrainischen Selenskyi-Biografie des US-Journalisten Simon Shuster hervorgeht, hat sich der ukrainische Präsident – selbst nach den schockierenden Meldungen und Bildern von den Leichenfunden aus dem Vorort von Kyjiw – mit beeindruckender moralischer Kraft für die Fortsetzung der Verhandlungen ausgesprochen; er wollte nichts unversucht lassen, um seinen Soldaten den Heldentod auf dem Schlachtfeld zu ersparen.¹² Ebenso falsch ist die These, dass „der Westen“ – angeführt vom damaligen britischen Premier Boris Johnson – die Verhandlungen mit der ultimativen Aufforderung torpediert habe, die Ukrainer sollten bis zum Sieg über Russland weiterkämpfen.

Die Wahrheit über die Verhandlungen und ihr Scheitern ist deutlich vielschichtiger. Zwar ist eine endgültige Darstellung dieser Verhandlungen noch nicht möglich; doch zeichnen sich in der zeitgeschichtlichen Forschung die ersten Konturen einer Erklärung für das Scheitern ab.

REKONSTRUKTION DER FRIEDENSVERHANDLUNGEN VOM FRÜHJAHR 2022

Wie die Recherchen der US-amerikanischen Wissenschaftler Samuel Charap und Sergey Radchenko nahelegen, die im April 2024 im Fachjournal „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurden, waren Russen und Ukrainer im März und April 2022 zu überraschend weitreichenden Kompromissen bereit.¹³ Die beiden Forscher verweisen auf ein Kommuniké vom 29. März 2022 und eine Reihe weiterer Vertragsentwürfe. Noch Mitte April 2022 – zwei Wochen, nachdem die Bilder von Butscha um die Welt gegangen waren – wa-

ren demnach beide Seiten optimistisch, bald einen Friedensvertrag abschließen zu können.

Aus den überlieferten Dokumenten extrahieren die Autoren folgenden Kompromiss: Während die russische Seite sich auf eine ukrainische EU-Mitgliedschaft und starke westliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine einlassen wollte, war die ukrainische Seite bereit, eine bündnisfreie Neutralität zu akzeptieren. Das bedeutete: Verzicht auf eine Nato-Mitgliedschaft, keine Stationierung fremder Truppen auf ihrem Territorium und die Hinnahme einer Obergrenze für ihre Streitkräfte. Der heikelste Punkt betraf nicht etwa territoriale Fragen, sondern die Sicherheitsgarantien. Weil man sich in der Ukraine nur zu gut an die Wertlosigkeit der Zusicherung unverletzlicher Staatsgrenzen im Budapester Memorandum von 1994 erinnerte, verlangte die ukrainische Delegation diesmal eine belastbarere Zusage der Garantiemächte. Für den Fall einer erneuten Grenzverletzung forderte sie völkerrechtlich verbindlich vorgeschriebene und automatisch ausgelöste Reaktionen des Westens: Waffenlieferungen, die Errichtung einer Flugverbotszone und weitergehenden militärischen Beistand mit Waffengewalt.

Diese Vorstellungen kamen einer Mitgliedschaft in der Nato nahe, boten aber eine andere Rechtskonstruktion. Da eine Nato-Mitgliedschaft für Russland inakzeptabel war, schlugen die Ukrainer vor, dass Russland sich den Garantiemächten anschließen und sich für den Fall der Fälle vorab rechtsverbindlich mit jedem Beistand für eine angegriffene Ukraine einverstanden erklären sollte. Offenbar waren die Russen bereit, sich auf diese Konstruktion einzulassen – wohl deshalb, weil sie den Ukrainern den Weg in die Nato-Mitgliedschaft verstellte und weil das Kriegsglück während der Verhandlungen auf ukrainischer Seite lag. Da die vorgeschlagene Konstruktion von der Ukraine selbst stammte, stellt sich die Frage, warum sich der Westen ihr – trotz seiner vielbeschworenen Solidarität mit der Ukraine – nicht angeschlossen hat.

Charap und Radchenko nennen in ihrer Analyse eine Reihe von Erklärungsfaktoren, heben aber einen besonders hervor, der auch von den damals Beteiligten genannt wurde: Der anvisierte Kompromiss war ein Vertrag zulasten Dritter. Die im Kompromiss vorgesehenen, völkerrechtlich belastbaren Garantien westlicher Nato-Staaten hätten diesen Ländern – allen voran den

¹² Vgl. Simon Shuster, *The Showman. The Inside Story of the Invasion That Shook the World and Made a Leader of Volodymyr Zelensky*, London 2024, S. 154f., S. 159, S. 248.

¹³ Für die folgenden Ausführungen stütze ich mich auf Charap/Radchenko (Anm. 11).

USA – eine Verpflichtung aufgebürdet, die sie nicht zu übernehmen bereit waren. Ein Hauptgrund für die Ablehnung der westlichen Beteiligung an diesem Kompromiss war die seit Kriegsbeginn bestehende Sorge, dass eine vertragliche Festlegung auf militärisches Eingreifen im Falle eines neuerlichen Angriffs auf die Ukraine den Westen genau in die Lage brächte, die er seit Februar 2022 vermeiden wollte: im Krieg mit Russland zu stehen.

Legen wir diese Sorge unter die Lupe. Bei Lichte besehen untergräbt sie ein weitverbreitetes Mantra des Sicherheitsdenkens: das Mantra der Abschreckung. Wer ganz allgemein auf die Wirkung militärischer Abschreckung setzt (so wie die Nato gegenüber Putin), widerspricht sich mit der These selbst, dass allseits ratifizierte Beistandsautomatismen (wie sie im anvisierten Friedensvertrag vorgesehen waren) keine abschreckende Wirkung hätten. Denn nimmt man das Mantra für einen Moment ernst, so würde die militärische Unterfütterung der Beistandsgarantien dazu führen, dass diese militärischen Mittel gerade nicht eingesetzt werden müssen.

Wohlgemerkt: Es stellt sich stets die Frage, was passiert, wenn die Abschreckung scheitert. Im Falle eines Einmarschs Russlands ins Baltikum etwa käme die kollektive Beistandspflicht der Nato zum Tragen; Mitteleuropa und insbesondere Deutschland würden erst zum Aufmarschgebiet, dann zum Schlachtfeld und zuletzt zum Trümmerhaufen. Jedoch: Wer sich mit diesem Risiko abzufinden bereit ist, kann dieselbe Gefahr nicht gut als Argument gegen eine Ausdehnung der Abschreckung, die durch westliche Beistandspflichten für die Ukraine zustande käme, ins Feld führen – zumal dadurch die Beendigung eines heißen Krieges auf unserem europäischen Kontinent in greifbare Nähe hätte rücken können.

„ULTIMA RATIO“ IM NEBEL DER UNGEWISSHEIT

Nehmen wir einmal an, der Westen hätte sich angesichts dieser Erwägungen für die Fortsetzung der Verhandlungen erwärmen lassen, hätte also die damals kommunizierte russische Kompromissbereitschaft beim Wort genommen und damit dem ukrainischen Wunsch einer diplomatischen Solidarität entsprochen. Wäre Russland am Ende wirklich bereit gewesen, die Beistands-

automatismen in der Form zu unterzeichnen, in der sie von den Ukrainern eingebracht worden waren?

Für eine pessimistische Beantwortung dieser Frage spricht ein russischer Zug im Verhandlungspoker, auf den oft hingewiesen worden ist: In einem der letzten Vertragsentwürfe versuchte die russische Delegation, den oben beschriebenen Beistandsmechanismus durch einen Zusatz in ihr Gegenteil zu verkehren, indem sie sich nun im Friedensvertrag ein Veto gegen jedwede Militäraktion der Garantiemächte zusichern lassen wollte. Damit hätte man den Bock zum Gärtner gemacht, und es war allen Beteiligten klar, dass sich die Ukrainer darauf nie und nimmer würden einlassen können.¹⁴ Bis heute ist nicht bekannt, wie ernst es den Russen mit dieser Forderung gewesen ist. Manche der Interpreten und damals Beteiligten halten die Forderung für ein unbedeutendes Mätzchen im Nervenkrieg beim Verhandeln und Feilschen; andere halten sie für ein entlarvendes Indiz der russischen Kompromisslosigkeit, aus dem sich direkt ableiten lasse, dass es keinen Sinn gehabt habe, weiter zu verhandeln.

Von außen lässt sich nicht beurteilen, auf welcher Seite in diesem Streit die Wahrheit liegt. Doch gerade im Nebel dieser Unwissenheit kommt es darauf an, mit dem Einsatz der Ultima-Ratio-Formel ernst zu machen. Was leicht übersehen wird: Für ihre Anwendung brauchen wir die korrekte Antwort auf diese strittige Frage nicht zu kennen. Da die ukrainische Seite die beidseitigen Gespräche seinerzeit trotz jenes russischen Zuges im Verhandlungspoker nicht sofort abgebrochen hat, spricht dies tentativ dafür, dass die optimistische Deutung nicht völlig haltlos ist, wonach es sich nur um verhandlungstaktische Mätzchen gehandelt hat. Freilich haben wir damit allein kein sonderlich belastbares Indiz. Wie triftig es wirklich ist, hätten wir nur durch westliche Unterstützung fortgesetzter Verhandlungen herausfinden können. Und genau darauf hätte uns ein ernsthafter Einsatz der Ultima-Ratio-Formel verpflichtet: Nichts unversucht zu lassen, was unter einigen der Sachkundigen noch Aussicht auf Erfolg versprach.

¹⁴ Vertragsentwurf vom 15. 4. 2022, Artikel 5. Zit. bei Charap/Radchenko (Anm. 11), später dokumentiert in Anton Troianovski/Adam Entous/Michael Schwartz, *Ukraine-Russia Peace Is as Elusive as Ever. But in 2022 They Were Talking*, in: *The New York Times*, 15. 6. 2024, S. A7 ff.

Dass der Westen dies unterlassen hat, kann aus Sicht eines pragmatischen Pazifismus nur als fataler Fehler bewertet werden. Und müsste dem nicht jeder Anhänger des Ultima-Ratio-Gedankens beipflichten? Um es noch einmal deutlicher zu sagen: Für die redliche Anwendung der Formel kommt es nicht darauf an, dass alle Sachkundigen diesem Vorgehen Aussicht auf Erfolg bescheinigen; es genügt, sich überhaupt auf gewichtige Voten aus ihrem Kreis stützen zu können. Und diese Bedingung war nach allem, was wir heute wissen und damals wissen konnten, im Frühjahr 2022 sehr wohl erfüllt, und zwar auch bei einigen Mitgliedern der ukrainischen Verhandlungsdelegation.

Mit der Idee einer Ultima Ratio hatte jedenfalls der Sturm der Entrüstung wenig zu tun, der losbrach, als der oben zitierte offene Brief an den Bundeskanzler mit seinem Ruf nach Diplomatie publiziert wurde. Angesichts des Schicksals der Ukrainerinnen und Ukrainer, deren Verhandlungsposition sich seitdem trotz der verstärkten Waffenlieferungen nicht nachhaltig verbessert hat, wirkt dies umso tragischer – und wegen der vielen Kriegstoten aus Sicht eines pragmatischen Pazifismus als moralisch fragwürdig.

WIE WÄRE ES, DIE DENKWEISE ZU ÄNDERN?

Nun mag man die zuletzt angestellte Betrachtung als billige Rechthaberei abtun, zumal sie vier Jahre nach den diskutierten Ereignissen vorgenommen wird. Welchen Sinn soll es haben, sich im Nachhinein über möglicherweise vertane Chancen aufzuregen? Darauf ist zu erwidern, dass die damalige Fixierung auf militärische Mittel, die seitdem zur Verschlechterung der Lage geführt hat, weiter in den Köpfen unserer Politiker und der Öffentlichkeit präsent ist. Aus Sicht eines Pazifisten ist klar: Solange wir diese Denkweise nicht verän-

dern, laufen wir Gefahr, immer wieder dieselben Fehler zu begehen.

Ein wirkmächtiges Argument gegen diese pazifistische Perspektive liegt auf der Hand. Es lautet: Hätten wir den Ukrainern von Anfang an in größerer Stückzahl erheblich stärkere Waffen geliefert, so hätte sie ihren Verteidigungskrieg gewonnen, und das Ergebnis wäre ein gerechter Siegfrieden gewesen. Doch das ist militärische Fixierung in Reinform. Ihr zuzufolge ist nicht alles versucht worden, was die Ukraine direkt zum militärischen Sieg hätte bringen können. In gewisser Hinsicht ähnelt der Gedanke dem Ultima-Ratio-Denken der Pazifisten – genau genommen ist er dessen Spiegelbild. Während die Pazifisten behaupten, dass nicht alles versucht worden ist, was die Ukraine und Russland zu einem raschen Verhandlungsfrieden hätte führen können, glauben die Anhänger militärischer Lösungen, dass nicht alle militärischen Mittel bis hin zum Sieg ausgeschöpft worden sind. Keine der beiden Seiten ist verrückt; jeder muss selbst entscheiden, welche Sichtweise ihm stimmiger erscheint.

Für die pazifistische Sichtweise spricht ein weithin unterschätzter Gesichtspunkt. Ob eine ultimativ gestärkte Ukraine einen militärischen Sieg über Russland hätte erringen können, ist alles andere als ausgemacht. Als sich im Herbst 2022 dramatische Triumphe ihrer Armee abzeichneten, die sich am Ende nicht verwirklichen ließen, aber mit mehr Waffen vielleicht hätten erreicht werden können, hat Russland nach Erkenntnissen der US-Geheimdienste offenbar ernsthaft den Einsatz von Atomwaffen erwogen.¹⁵ Damit wäre das jahrzehntelange Tabu gegen den kriegesischen Einsatz von Nuklearwaffen gefallen, und die Menschheit wäre unwiderruflich in ein Zeitalter der Atomkriege eingetreten. Die Gegner des Pazifismus sagen: Das hätten wir riskieren sollen. Was sagen Sie?¹⁶

¹⁵ Vgl. Majid Sattar/Friedrich Schmidt, Szenarien für den Ernstfall, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.2022, S. 2; Majid Sattar, Angst vor Putins Armageddon. Im Herbst 2022 drohte Russland mit dem Einsatz von Atomwaffen. Heute machen den Amerikanern andere Nuklearpläne Moskaus Sorgen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.4.2024, S. 4.

¹⁶ Ich danke Gudula Frieling und Martin Arnold für deutliche, konstruktive Kritik an einer früheren Fassung dieses Essays; Sabine Jaberg für hilfreiche Hinweise; Gabriel Babo für energische Hilfe bei tausendundeiner Recherche.

OLAF L. MÜLLER

ist Professor für Wissenschaftstheorie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Jüngst erschien bei Reclam sein Essay „Atomkrieg. Eine Warnung“.

ESSAY

KRITIK DES PAZIFISMUS

Herfried Münkler

Die Jahrzehnte nach großen Kriegen, zumal solchen, in denen die militärische Gewalt nicht nur als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele diente, sondern sich, wie etwa im Dreißigjährigen Krieg, von ihren politischen Vorgaben entfernte und verselbstständigte – oder auch die Zeit nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, als die Entwicklung und der Einsatz neuer Waffensysteme das Kriegsgeschehen in einer bis dahin unvorstellbaren Weise entgrenzt hatten –,⁰¹ waren und sind Hochzeiten des Pazifismus im Sinne einer ausgeprägten Priorisierung des Friedens gegenüber allen anderen Werten. Forderungen nach Frieden, die auf menschliche Friedfertigkeit abzielen, fließen dann mit politisch-organisatorischen Bemühungen um eine strukturelle Begrenzung der Kriegswahrscheinlichkeit zusammen. Dies sind zugleich Perioden, in denen kaum jemand gegen den Pazifismus argumentiert, weil tendenziell alle, die zu einer begründenden Argumentation fähig sind, für den Frieden und gegen den Krieg sind.

Beschäftigt man sich jedoch etwas genauer mit der Priorisierung des Friedens im Pazifismus, so zeigen sich darin fundamentale Differenzen: Einige treten für den Frieden im Sinne der Formel des spätrömischen Militärschriftstellers Vegetius ein, wonach, wer den Frieden wolle, stets auf Krieg vorbereitet sein müsse („si vis pacem, para bellum“), was man auch als Friedenssicherung durch Abschreckung bezeichnen kann.⁰² Andere setzen auf die Organisation von Gewaltlosigkeit bei der Klärung strittiger politischer Fragen, also auf Schiedsgerichte und Schlichtungsstellen, die als Agenturen der Friedenssicherung dienen und an die Stelle der Austragung von Konflikten mit militärischen Mitteln treten sollen. Und wiederum andere sehen in einem uneingeschränkten Gewaltverzicht der Politik das einzige verlässliche Mittel gegen die Neigung der großen Mächte, immer wieder zum Krieg als Mittel der Willensdurchsetzung zu greifen.⁰³ Im Ergebnis heißt das: Immer, wenn der Pazifismus im Begriff steht,

politisch einflussreich zu werden, wird er zu einem Containerbegriff, einem Sammelbehälter, in dem Unterschiedliches zusammengeworfen wird. Das hat die paradoxe Folge, dass dann, wenn tendenziell alle Pazifisten sind, keiner so recht sagen kann, auf welchem Weg das Ziel des Friedens eigentlich erreicht werden soll. Das ist das politische Dilemma des Pazifismus.

Da eine kritische Befassung mit Containerbegriffen wegen deren Heterogenität nicht möglich ist, kommt man, so die zweite Vorbemerkung, um eine begrifflich-sachliche *Begriffsverengung* nicht herum. Unter Pazifismus wird hier darum nicht das bloße Wollen des Friedens, sondern die uneingeschränkte Priorisierung des Friedens als Ziel verstanden, unbeschadet aller damit verbundenen „Kosten“, wie politischer Selbstschwächung, Inkaufnahme ökonomischer Nachteile und Verzicht auf Gegengewalt im Falle einer persönlichen Bedrohung. Das individuelle Agieren, sei es nun religiös, moralisch oder politisch motiviert, tritt damit ins Zentrum des Begriffs und grenzt ihn gegen alle anderen Bemühungen um den Frieden ab. Pazifismus ist damit der direkte und symmetrische Gegenbegriff zu Bellizismus, der den Krieg, zumindest die Androhung von Kriegsgewalt, als Instrument politischer Interessenverfolgung präferiert.⁰⁴ Während der Pazifismus mit dem Wohl der *gesamten Menschheit* argumentiert, hebt der Bellizismus auf die *partikularen Interessen* einzelner Mächte ab. Der Bellizismus verachtet den Pazifismus als eine Politik der Schwäche.

Eine dritte Vorbemerkung bezieht sich auf den Begriff der *Kritik*. Hier ist zu unterscheiden zwischen dem, was Kant unter Kritik verstanden hat, und dem, was von Hegel, der Hegelschen Schule und von Marx als Kritik bezeichnet worden ist. Kant ging es in seinen drei großen „Kritiken“ um eine Reichweitenbestimmung dessen, was vonseiten der reinen Vernunft, der praktischen Vernunft und der Urteilkraft mit Gründen ausgesagt werden kann, also um eine Begrenzung der Vernunft gegenüber dem, was mit philoso-

phischen Argumenten *nicht* begründet werden kann. Hegel und die ihm Folgenden dagegen haben Kritik im Sinne von Negation verstanden und ihr damit eine Wirkung attestiert, durch die dem der Kritik Verfallenen der Einfluss auf das reale Geschehen entzogen werden sollte. Kritik wird damit als ein zentrales Element des Fortschreitens der Menschheit angesehen. Im Folgenden wird der Kritikbegriff ausschließlich im kantischen Sinn verwendet, also als Versuch, die Reichweite des Pazifismus und seiner Argumente im Sinne einer individuellen Entscheidung mit dem Anspruch, politisch folgenreich zu sein, abzuschreiten. Dabei geht es weniger um die individuelle Motivation als um ihren Anspruch, mehr als bloß eine persönliche Entscheidung für sich selbst zu sein und durch sie Einfluss auf andere auszuüben. Die individuelle Entscheidung soll zu einem politischen Faktor werden.

VIER TYPEN DER FRIEDENSORDNUNG JENSEITS DER IMPERATIVE EINES ENG DEFINIERTEN PAZIFISMUS

Eine erste Reichweitenbegrenzung des Pazifismus beruht auf dem Umstand, dass die mit dem Imperativ der Intentionalität argumentierenden Pazifisten keineswegs die Monopolisten der Friedensstiftung sind, sondern dass sich mindestens vier Friedensordnungen beschreiben lassen, die gerade *nicht* auf einer ausgeprägten Friedensgesinnung beruhen, sondern aus Mächtekonstellationen und Mechanismen erwachsen, die ohne religiöse oder moralische Imperative auskommen und insofern zum dezidierten Pazifismus konkurrierende Modelle der Friedensordnung dar-

stellen:⁰⁵ die friedenssichernde Übermacht eines Großreichs – eine Vorstellung, der zurzeit die Anhänger von US-Präsident Trump folgen; die rationale Konstruktion von Kräften und Gegenkräften, die sich wechselseitig in Schach halten; die Herstellung eines Vertragssystems, das die großen Mächte bindet; und schließlich die demokratische Ordnung im Innern der Staaten. Diese Modelle kommen *ohne* moralische Intentionen der politischen Akteure aus, wie sie im Zentrum eines dezidierten Pazifismus stehen.

Imperiale Friedensordnung

Der erste Typ von Friedensordnung ist der großer Imperien, die ganzen Epochen den Namen geben: Pax Romana, Pax Mongolica, Pax Britannica und schließlich Pax Americana – um nur die wichtigsten zu nennen.⁰⁶ In den von Imperien kontrollierten Räumen herrscht Frieden, freilich ein Frieden, der zumeist mit Unfreiheit und Unterdrückung sowie Ausbeutung verbunden ist. Außerdem ist dieser Frieden auf den Binnenraum der imperialen Strukturen begrenzt, während an den Außengrenzen des Imperiums ständig kleinere (und mitunter auch große) Kriege geführt werden. Ob man eine solche Friedensordnung schätzt und auf ihren Fortbestand setzt oder sie ablehnt und bekämpft, hängt davon ab, um wie viel höher man den Frieden als Freiheit und Selbstbestimmung schätzt. Die Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts in Lateinamerika, von denen die spanische und portugiesische Herrschaft über den Halbkontinent beendet wurde, sowie die ein Jahrhundert später erfolgreichen Anhänger der Entkolonialisierung Afrikas und Südasiens haben ihre Befreiung von den europäischen Kolonialmächten für wertvoller gehalten als den Fortbestand eines von den Kolonialmächten mit den Methoden der Repression gesicherten Friedens. Sie waren allesamt, sieht man einmal von dem Ausnahmefall Mahatma Gandhi ab (der es freilich mit den Briten und nicht etwa mit einem Stalin, Hitler oder Putin zu tun hatte), keine Pazifisten, sondern setzten auf eine notfalls auch gewaltsame Befreiung aus der Machtsphäre der eu-

01 Zur Brutalisierung im Dreißigjährigen Krieg und zur darauffolgenden Friedenssehnsucht vgl. Herfried Münkler, *Der Dreißigjährige Krieg*, Berlin 2017, S. 635 ff., S. 679 ff. Zu den beiden Weltkriegen vgl. vor allem Ian Kershaw, *Höllensturz. Europa 1914 bis 1949*, München 2015.

02 Bei dieser vielzitierten Formel handelt es sich um eine sekundäre Zusammenfassung von Vegetius' Überlegungen; bei ihm selbst lautet die Formel „qui desiderat pacem, praeparet bellum“. Flavius Renatus Vegetius, *Epitome rei militaris*, 3. Buch, Prolog.

03 Vgl. als Überblick das von Kurt Röttgers verfasste Lemma „Pazifismus“ im *Historischen Wörterbuch der Philosophie*, hrsg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Bd. 7, Basel 1979, Sp. 218–230.

04 Zumeist wird „Militarismus“ als Gegenbegriff zu Pazifismus genannt. Präziser ist indes der Begriff des „Bellizismus“, der nachfolgend verwendet wird.

05 Das schließt nicht aus, dass die Friedensgesinnung der Herrschenden und Mächtigen als unterstützendes oder initiierendes Element solcher Friedensordnungen ins Spiel kommt.

06 Dazu ausführlich Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 128 ff.

ropäischen Imperien. Sie konnten dabei, wie etwa Frantz Fanon, zu bellizistischen Apologeten der Gewalt werden.⁰⁷ Auch in ihrem Fall zeigt sich, dass strikter Pazifismus auf einer Werteabwägung beruht, bei der Freiheit, Selbstbestimmung und die Beendigung von brutaler Ausbeutung dem Verzicht auf Gewalt untergeordnet werden.

Das heißt jedoch nicht, dass Pazifisten deswegen in das Regime der Unterdrückung und Ausbeutung einwilligen. Sie lehnen nur dessen gewaltsame Beseitigung in Form eines Befreiungskrieges ab. Formen gewaltfreien Widerstands sind durchweg mit pazifistischen Überzeugungen vereinbar. Diese setzen darauf, dass durch die einseitige Gewaltausübung des Regimes gegen Demonstrierende und Streikende dessen Sicherheitskräfte mit der Zeit demoralisiert werden, bis sie den Dienst verweigern. Der Zusammenbruch des äußeren Rings, der das Sowjetimperium erteilte – mit dem Mauerfall in Berlin am 9. November 1989 beginnend und nur im Falle Rumäniens mit bewaffneten Auseinandersetzungen verbunden –, ist das prominenteste Beispiel einer solchen Entwicklung.⁰⁸

Es wäre indes falsch, die schon bald so bezeichnete „friedliche Revolution“ in Mittel- und Osteuropa als pazifistische Antwort auf repressive Gewalt zu verallgemeinern. Die Ereignisse von 1989 waren in ihrem Verlauf von konkreten historischen Bedingungen abhängig: dem desolaten wirtschaftlichen Zustand der Sowjetunion sowie ihrer Satelliten, der Erklärung Michail Gorbatschows, dass die Sowjetarmee sich an der Niederschlagung von Demonstrationen nicht beteiligen werde, und dem Zweifel der diversen nationalen Führungen daran, dass die bewaffneten Kräfte ihrer Staaten entsprechenden Befehlen auch folgen würden. Die friedliche Revolution war eher eine Ausnahme als die Regel, wie man an der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste gegen den Wahlbetrug Alexander Lukaschenkos in Belarus 2020 und 2021 oder der brutalen Unterdrückung der Protestbewegungen gegen das Mullahregime im Iran sehen kann. Der Erfolg einer pazifistischen Vorgaben folgenden Widerstandsbewegung ist somit von Konstellationen abhängig, die kontingent sind und auf die die

Pazifisten selbst keinen Einfluss haben. Sie beruhen obendrein auf einer „heroischen“ Opferbereitschaft der Demonstrierenden, die in einem gewissen Widerspruch zu den pazifistischen Imperativen steht, wenn man nicht den Heroismus des Erduldens, also das Martyrium, als einzig legitimen Heroismus ansehen will.

Gleichgewichtssysteme als Friedensordnungen

Ein anderer Typ von Friedensordnung beruht auf einem sich mechanisch ausbalancierenden System von Staaten, das so beschaffen ist, dass keine der beteiligten Mächte in der Lage ist, einen anderen Staat niederzuwerfen und sich große Teile seines Territoriums einzuverleiben, weil dann alle anderen dem System angehörenden Mächte dem Unterliegenden zu Hilfe kommen – wenn nicht eine Mehrheit der Staaten sich dahingehend verabredet, den angegriffenen Staat unter sich aufzuteilen. Das war im 18. und 20. Jahrhundert bei den Teilungen Polens der Fall. Um Letzteres zu verhindern, muss das System so konstruiert sein, dass eine relevante Mehrheit der ihm angehörenden Mächte *kein Interesse* am Verschwinden eines Staates hat, sondern im Gegenteil ihre eigenen Interessen durch den Fortbestand des Angegriffenen gewährleistet sieht und ihm deswegen zu Hilfe kommt.⁰⁹ Alles hängt somit an einer entsprechend austarierten Konstruktion des Gleichgewichtssystems beziehungsweise an einer Balance des Systems durch ein „Zünglein an der Waage“. Nicht die Friedensgesinnung der Politiker an der Spitze dieses „Züngleins“, sondern ihre kühle Rationalität und die Orientierung am Funktionieren des Systems ist für die Stabilität der Ordnung ausschlaggebend. Mehr noch: Friedensgesinnung, die eine zur Balance erforderliche Intervention verhindert, ist hier vor allem schädlich und nicht nützlich, wie man an der britischen Appeasementpolitik der 1930er Jahre sehen kann. In einem solchen System, wie es in Europa in Gestalt der Westfälischen Ordnung verwirklicht wurde, sind Pazifisten eher als Störfaktoren denn als friedensfördernde Ratgeber anzusehen.

Zu einem System des ausbalancierten Gleichgewichts der Mächte gehört somit immer auch der Krieg oder die Kriegsbereitschaft als Instru-

⁰⁷ Vgl. Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Reinbek bei Hamburg 1969.

⁰⁸ Dazu Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009; Wolfgang Schuller, *Die deutsche Revolution 1989*, Berlin 2009.

⁰⁹ Vgl. die skeptische Rekonstruktion bei Alfred Vagts, *Die Chimäre des europäischen Gleichgewichts*, in: ders., *Bilanzen und Balancen*, Frankfurt/M. 1979, S. 131–160.

ment der Ausbalancierung. In ihr ist der Frieden zwar Norm und Ziel, aber der Krieg ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Das heißt, dass zwar Niederwerfungs- oder Vernichtungskriege ausgeschlossen sind, nicht aber ein Krieg zur Korrektur von Ungleichgewichten. Solche Kriege wurden – zumeist – im Aufeinandertreffen professioneller Heere entschieden, bei dem eine Beeinträchtigung der Zivilbevölkerung weithin vermieden wurde. Man hat diese Art des Krieges auch als „gezähmte Bellona“ bezeichnet.¹⁰ Es waren dies, mit den napoleonischen Eroberungskriegen verglichen, wenig verlustreiche Kriege, bei denen mehr Soldaten an sich epidemisch ausbreitenden Krankheiten starben, als dass sie der Feindeinwirkung zum Opfer fielen. Nach der Niederringung Napoleons wurde auf dem Wiener Kongress (1814/15) das europäische Gleichgewichtssystem wiederhergestellt, das trotz der italienischen und deutschen Einigungskriege bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs politisch gehalten hat. Die europäische Pentarchie von 1648 bis 1914 war zwar keine Friedensordnung, in der es keine Kriege gegeben hätte, aber doch eine Ordnung, in der die Kriege begrenzt waren und nicht eskalierten, weder in räumlicher Ausdehnung noch in zeitlicher Dauer.

Vertragsbasierte und institutionell gesicherte Friedensordnungen

Da solche Gleichgewichtssysteme freilich instabil sind, kam schon früh die Idee auf, man solle nicht nur auf die mechanische Balance der großen Mächte setzen, sondern dieser multipolaren Ordnung durch Verträge,¹¹ die Entwicklung umfassender Handelsbeziehungen und schließlich die Schaffung internationaler Institutionen zusätzlichen Halt verleihen. Das Problem der Verträge war freilich von Anfang an die Garantie ihrer Beachtung und Einhaltung, die während des Ancien Régimes durch eine entsprechend angelegte Heiratspolitik der Dynastien abgesichert wurden. Doch die Herstellung von Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den regierenden Häusern hat, zumal seit dem Aufkommen des Nationalismus,

nicht gehalten, was man sich davon versprochen hatte. Komplementär dazu setzte man seit dem 18. Jahrhundert auf wirtschaftliche Verflechtung, doch auch hier sind die großen Erwartungen immer wieder enttäuscht worden, insbesondere beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, den prominente Autoren in Anbetracht des Umfangs der wirtschaftlichen Globalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts für unmöglich gehalten hatten.¹² Der Fehlschlag der ökonomischen Verflechtung als Garant des Friedens hat dem Pazifismus im Sinne der Intendierung des Friedens unter Verzicht auf politische und/oder wirtschaftliche Umwege neuen Schub verliehen. Ein Pazifismus im oben definierten Sinn bestreitet nämlich, dass man Frieden gleichsam als „Beifang“ politischer Verträge und wirtschaftlicher Verflechtungen dauerhaft sichern könne.

Das Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg 1917 wurde von US-Präsident Woodrow Wilson als ein im Prinzip pazifistischer Akt begründet, als er erklärte, der Krieg, den er führe, sei ein „war to end all wars“.¹³ Dieses Ende aller Kriege sollte durch die Schaffung internationaler Institutionen zur Friedenssicherung garantiert werden, namentlich durch den Völkerbund mit Sitz in Genf. Doch der amerikanische Senat wollte keine dauerhafte Involviertheit in die europäischen Angelegenheiten und lehnte die Mitgliedschaft der USA im Völkerbund ab. Der blieb infolgedessen eine schwache Einrichtung, die Kriege nicht verhindern konnte. Die 1945 gegründeten Vereinten Nationen sollten es besser machen, doch spätestens mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition entwickelte sich eine wechselseitige Blockade von Ost und West, die auf dem Veto der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat beruhte. Auch die Vereinten Nationen schafften es infolgedessen nicht, den Weltfrieden zu sichern, und die zum Schutz des Völkerrechts geschaffenen Strafgerichtshöfe litten und leiden an fehlenden Durchsetzungsmöglichkeiten. Dennoch hat der Pazifismus der Intention in den vergangenen Jahrzehnten große Hoffnungen auf die Vereinten Nationen als Garanten des Friedens gesetzt – und ist dabei von deren fehlender Handlungsfähigkeit immer wieder enttäuscht worden.

¹⁰ Vgl. Johannes Kunisch, Von der gezähmten zur entfesselten Bellona, in: ders., Fürst, Gesellschaft, Krieg, Köln u. a. 1992, S. 203–226.

¹¹ Vgl. mit Blick auf die französische Debatte über Vertragssysteme Olaf Asbach, Die Zählung der Leviathane. Die Idee einer Rechtsordnung zwischen den Staaten bei Abbé de Saint-Pierre und Jean-Jacques Rousseau, Berlin 2002.

¹² Zu nennen sind hier vor allem der Bankier Johann von Bloch und der britische Journalist Ralph Norman Angell.

¹³ Dazu Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918, Berlin 2013, S. 653ff.

Kant und die Theorie des demokratischen Friedens

Bleibt schließlich als viertes Modell die Idee, dass die Unterstellung der Politik unter den Willen des Volkes beziehungsweise der jeweiligen Bürgerschaft dazu führen werde, dass es keine Kriege mehr geben und die Androhung militärischer Gewalt zwecks Durchsetzung politischer Ziele aus dem Arsenal der Staaten verschwinden werde. Dieses Modell hängt – im Unterschied zum vertragsbasierten – nicht an der Durchsetzungsfähigkeit internationaler Institutionen, sondern beruht auf den wohlverstandenen Eigeninteressen des Volkes. Da deren Geltendmachen nur in funktionierenden Demokratien möglich ist, spricht man auch von der Theorie des *demokratischen Friedens*.¹⁴ Ihr grundlegendes Manko besteht freilich darin, dass bei Weitem nicht alle Staaten Demokratien sind und dass in den vergangenen Jahren die Anzahl autoritärer und autokratischer Systeme stark zugenommen hat. Eine weitere offene Flanke dieser Theorie besteht in der Unterstellung, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ihre wohlverstandenen Eigeninteressen kennt und diese in kalkülrationaler Kosten-Nutzen-Abwägung zur Geltung bringt. Was dabei unterschätzt wird, ist die Macht des Ressentiments, das eine rationale Interessenverfolgung verhindert.

Am klarsten und deutlichsten ist dieses Modell einer Verfriedlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die republikanische Verfassung¹⁵ in Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ entwickelt. Vorwegzuschicken ist, dass Kant seinen „philosophischen Entwurf“ nicht auf moralische Annahmen stützt, wie es der Pazifismus in der Regel tut. Kant gibt vielmehr zu bedenken, dass mitunter die Natur einem Vorhaben zugutekommt, das sonst auf eine Moralität angewiesen wäre, die empirisch indes nicht vorhanden ist. Für die Stiftung einer republikanischen Verfassung, so Kant, würden viele behaupten, dass ein „Staat von Engeln“ angenommen werden müsse,

weil Menschen „mit ihren selbstsüchtigen Neigungen einer Verfassung von so sublimer Form nicht fähig wären“.¹⁶ Es komme aber darauf an, die „im Vermögen der Menschen“ befindlichen Kräfte „so gegeneinander zu richten, daß eine die anderen in ihrer zerstörenden Wirkung aufhält, oder diese aufhebt, so daß der Erfolg für die Vernunft so ausfällt, als wenn beide gar nicht da wären, und so der Mensch, wenngleich nicht ein moralisch-guter Mensch, dennoch ein guter Bürger zu sein gezwungen wird“.¹⁷ In Anbetracht dessen sei die Stiftung einer republikanischen Verfassung „selbst für ein Volk von Teufeln (so sie nur Verstand haben)“ möglich.¹⁸ Das ist zugleich die Kritik an einem Pazifismus, der die friedliche Gesinnung der Menschen als Voraussetzung des Friedens ansieht. Kant vertraut auf institutionelle Arrangements, macht deren Wirksamkeit aber davon abhängig, dass die Betreffenden stets ihre Interessen im Auge haben und diese kalkülrational verfolgen.

Des Weiteren lehnt er die Errichtung einer Universalmonarchie als Friedensgarant, wie sie von Pazifisten häufig ins Spiel gebracht wird, entschieden ab, weil diese auf einen „seelenlosen Despotismus“ hinauslaufe, der zuletzt in Anarchie ver falle. Er konstatiert, dass es „das Verlangen jedes Staates (oder seines Oberhauptes) [ist], auf diese Weise sich in den dauernden Friedenszustand zu versetzen, [so] daß er, wo möglich, die ganze Welt beherrscht“. Es ist die Idee des imperialen Friedens, die Kant hier entschieden ablehnt und von der er annimmt, sie könne infolge „der Verschiedenheit der *Sprachen* und *Religionen*“ auch nicht verwirklicht werden.¹⁹

Sprachen und Religionen trennen die Menschen; sie befördern „den wechselseitigen Hass“ und sind „ein Vorwand zum Kriege“. Doch die „anwachsende Kultur“ und die Einwilligung der Menschen in Prinzipien ermöglichen einen Frieden, „der nicht, wie jener Despotismus (auf dem Kirchhofe der Freiheit), durch Schwächung aller Kräfte, sondern durch ihr Gleichgewicht, im lebhaftesten Wetteifer derselben, hervorgebracht und gesichert wird“.²⁰ Nichts lehnt Kant so ent-

14 Dazu Carsten Rauch, *Die Theorie des Demokratischen Friedens*, Frankfurt/M.–New York 2005; Anna Geis/Harald Müller/Wolfgang Wagner (Hrsg.), *Schattenseiten des Demokratischen Friedens*, Frankfurt/M.–New York 2007.

15 Von „Republikanisierung“ ist hier in Anlehnung an Kants eigene Überlegungen die Rede, da er die demokratische Ordnung mit Blick auf die athenische Demokratie als Auflösung der Gewaltenteiligkeit von Legislative, Judikative und Exekutive ansieht.

16 Immanuel Kant, *Zum Ewigen Frieden*, in: ders., *Werke*, Bd. 9, Darmstadt 1970, S. 223.

17 Ebd., S. 224.

18 Ebd.

19 Ebd., S. 225.

20 Ebd., S. 226.

schieden ab wie einen Frieden durch die Errichtung eines Welt- oder Völkerstaates oder in Form von Imperien. Vielmehr setzt er auf ein System des Gleichgewichts, in dem die republikanische Verfassung an die Stelle der mechanischen Bilanzierung als Garant der Ordnung tritt.

Auch hier vertraut Kant auf den wechselseitigen Eigennutz: „Es ist der *Handelsgeist*, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt.“ Und „weil (...) unter allen, der Staatsmacht untergeordneten, Mächten (Mitteln) die *Geldmacht* wohl die zuverlässigste sein möchte, so sehen sich Staaten (freilich wohl nicht eben durch Triebfedern der Moralität) gedrungen, den edlen Frieden zu befördern, und, wo auch immer in der Welt Krieg auszubrechen droht, ihn durch Vermittlungen abzuwehren, gleich als ob sie deshalb in beständigen Bündnissen ständen; (...) Auf die Art garantiert die Natur, durch den Mechanismus in den menschlichen Neigungen selbst, den ewigen Frieden.“²¹ Eine deutlichere Absage an den intentionalen Pazifismus der Moralität ist kaum möglich.

INTENTIONALISTISCHER UND POLITISCHER PAZIFISMUS

In den meisten der hier vorgestellten Ordnungen ist ein politisches Wollen des Friedens möglich, zumindest nicht schädlich, aber es ist nicht zwingend, dass damit Frieden erreicht werden kann. Es ist diese funktionalistische Friedenssicherung, die mit der unbedingten Intentionalität des Pazifismus im engeren Sinn konkurriert. Der intentionalistische Pazifismus ist, streng genommen, eine Selbstverpflichtung moralischer Art, die in der Priorisierung des Friedens gegenüber allen anderen Werten, von der Freiheit bis zur Solidarität mit anderen, nur für den Einzelnen selbst gilt und von ihm im Hinblick auf die Wirkung seines Tuns ständig überprüft werden muss. Ein solcher Pazifismus kann, sobald er nicht nur vereinzelt auftritt, sondern von ganzen Gruppen praktiziert wird, freilich zu einem politischen Problem werden. So sah sich der Kirchenvater Aurelius Augustinus unter dem Eindruck der das Römische

Reich im Westen überrennenden germanischen Stammesverbände genötigt, das christliche Friedensgebot zu relativieren, um den Vorwurf zurückzuweisen, die Christen seien am Niedergang Roms schuld. Er unterschied zwischen *civitas Dei* und *civitas terrena*, dem göttlichen und dem weltlichen Reich, und bezog das Friedensgebot der Evangelien wesentlich auf das göttliche Reich, während im weltlichen Reich mitunter auch Krieg geführt werden müsse, um den Frieden zu bewahren oder wiederherzustellen. Martin Luther ist ihm in seinen Schriften zur Frage, ob Kriegersleute im „seligen Stand“ sein könnten, weitgehend gefolgt. In der Folge ist der uneingeschränkte Pazifismus zunächst in einige Sekten zurückgedrängt worden und dabei zu einem religiösen Eskapismus geworden.

Vom intentionalistischen ist ein politischer Pazifismus zu unterscheiden, der durch Aufrüstung oder Kriegsrhetorik die Funktionsmechanismen der oben beschriebenen Friedensordnungen bedroht sieht, wie das bei den Demonstrationen der 1980er Jahre gegen den Nachrüstungsbeschluss der Nato der Fall war. Das ist dann keine Frage einer moralgetriebenen persönlichen Entscheidung mehr, sondern eine der politischen Urteilsfähigkeit, die ihrerseits durch spätere Überprüfung evaluiert werden kann – und zwar im Hinblick darauf, ob sie den Funktionsmechanismen einer bestehenden Ordnung des Friedens entsprochen hat, sie gestärkt oder aber geschwächt hat. Da Letzteres nicht ausgeschlossen werden kann, ist auch denkbar, dass Pazifisten durch ihr Eintreten für den Frieden die Chancen zu dessen Bewahrung verringern. Wie es Konversionen zum Pazifismus gibt, gibt es auch solche vom Pazifismus weg, besonders viele in den späten 1930er Jahren, als erkennbar wurde, dass Hitler sich nicht durch eine Politik des Appeasement pazifizieren ließ. Die überzeugte Pazifistin Simone Weil etwa sprach 1943 im Londoner Exil von „meinem verbrecherischen Irrtum vor 1939 über die pazifistischen Kreise und ihr Handeln“ und erklärte die Verteidigung von Demokratie und Freiheit zur existenziellen Pflicht.²² Damit war sie keine Pazifistin mehr.

²¹ Ebd.

²² Zit. nach Wolfgang Matz, Simone Weil, der trojanische Krieg und der Krieg, in: Simone Weil, Die Ilias, oder das Gedicht von der Gewalt, Berlin 2025, S. 59–95, hier S. 80 f.

HERFRIED MÜNKLER

ist emeritierter Professor für Politische Theorie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

LIEBET EURE FEINDE?

Kirchliche Friedensethik in Kriegszeiten

Bernd Oberdorfer

„Liebet eure Feinde!“ – dem Christentum ist Friedfertigkeit programmatisch eingestiftet. Gleichwohl hat es sich nie uneingeschränkt als pazifistisch definiert. Ja, radikal pazifistische Strömungen wurden häufig sogar ausgegrenzt und verfolgt.

In Deutschland haben die beiden großen Kirchen – evangelisch wie römisch-katholisch – im Wesentlichen erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt, prinzipiellen Gewaltverzicht, etwa in Gestalt der Kriegsdienstverweigerung, als legitimes christliches Glaubenszeugnis zu bejahen und im Lichte des (neuen) Leitbilds eines „gerechten Friedens“ militärische Formen der Friedenssicherung zu problematisieren.

Spätestens der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 konfrontierte die christlichen Kirchen mit der Herausforderung, die Realität militärischer Gewalt und den Umgang damit erneut in den Blick zu nehmen. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf den Protestantismus, berücksichtigen aber auch parallele Diskurse im römisch-katholischen Raum. Zunächst werden die prägenden Entwicklungen aus der formativen Periode der frühen Christenheit skizziert, ehe Grundlinien jener reformatorischen Ethik des Politischen entfaltet werden, die in den spezifischen Konfliktkonstellationen des 16. Jahrhunderts friedensethisch die Ablehnung eines konsequenten Pazifismus nach sich zog. Anschließend wird die Zäsur beleuchtet, die im 20. Jahrhundert die Erfahrungen totalitärer Herrschaft und entfesselter kriegsgerichteter Gewalt für eine kirchliche Ethik weltlicher Ordnungsgestaltung bedeuteten, sowie die damit verbundene friedensethische Neuorientierung unter dem Leitbegriff des „gerechten Friedens“. Am Ende steht die Frage, wie die Kirchen heute auf die – in Art und Umfang nicht mehr erwartete – aktuelle Eskalation zwischenstaatlicher militärischer Aggression reagieren.

„IHR ABER NICHT ALSO!“ FRÜHCHRISTLICHES SELBSTVERSTÄNDNIS

Die frühen Christen deuteten Wirken, Botschaft und Geschick Jesu von Nazareth so, dass sie darin biblische Verheißungen einer endzeitlichen Rettergestalt erfüllt sahen, in der Gott sein Friedensreich definitiv und unüberbietbar vergegenwärtigt. Und sie verstanden sich als Gemeinschaft derjenigen, die, im Geist jener Rettergestalt aus der Welt herausgerufen, miteinander verbunden sind zu gemeinsamer eschatologischer, endzeitlicher Existenz. Dies schloss eine bewusste Distanzierung von sozialen, kulturellen, auch religiösen Exklusionsregulativen ein – nicht nur Juden, sondern auch Heiden, nicht nur ökonomisch und politisch Privilegierte, sondern auch Arme und Sklaven sollten dazugehören – und implizierte ein Ethos von Selbstzurücknahme und Gewaltverzicht, das sich dezidiert von weltlichen Strategien der Herrschaftswahrung und Interessendurchsetzung unterschied. Dieses Ethos gründete in der Botschaft Jesu selbst, besonders prägnant formuliert in der Bergpredigt, die schon in den einleitenden Seligpreisungen das „Frieden schaffen“ als herausragendes Merkmal der Gotteskindschaft benennt und Nächstenliebe radikal zuspitzt auf die Zuwendung zum Feind und den Verzicht auf Selbstverteidigung und Gegenaggression.

Gewiss nötigte das Ausbleiben der als unmittelbar bevorstehend erwarteten Wiederkehr Christi zu einer differenzierteren Bestimmung des Verhältnisses der eschatologischen Heilsgemeinde zur weiterhin bestehenden Welt; man konnte sich nicht mehr auf Abgrenzung beschränken, sondern musste sich auf ein längeres Verweilen in der Welt einrichten. Ohnehin wurde von Anfang an politische Obrigkeit nicht durchgängig abgelehnt; Paulus schrieb ihr in Kapitel 13 des Römerbriefes eine von Gott autorisierte, schwertbewehrte Ordnungsfunktion zu.

Doch trotz dieser grundsätzlichen Anerkennung beteten die Christen zwar für die Obrigkeit, beteiligten sich im Regelfall aber nicht an obrigkeitlichen Aufgaben und Ämtern. Dies hängt zum Teil mit der sozialen Zusammensetzung der frühen Gemeinden zusammen, deren Mitglieder primär aus machtfernen Milieus stammten, zum Teil aber auch mit einem bleibenden Bewusstsein der Weltdistanz auch „in“ der Welt, das sich noch verstärkte durch die Wellen staatlicher Verfolgung.

Einen grundsätzlichen Wandel im Weltverhältnis bedeutete die „Konstantinische Wende“ in den Jahren nach 313 n. Chr. Statt sie zu bekämpfen, förderte die Obrigkeit die christlichen Gemeinden nun. Die Herrscher verstanden sich zunehmend selbst als Christen und sahen es als ihre Aufgabe, das Gemeinwesen christlich zu gestalten und das Christentum mit politischen Mitteln zu verteidigen. Damit gewann auch der Militärdienst eine positive Bedeutung.

Mit dieser Neubewertung ging allerdings die Herausforderung einher, näher zu bestimmen, unter welchen Bedingungen der Einsatz militärischer Gewalt im Lichte christlicher Ethik zu verantworten sein kann. Es war daher nicht zufällig die Epoche der spätantiken Durchsetzung des Christentums, in der die Lehre vom „gerechten Krieg“ christlich adaptiert und (namentlich durch Augustinus) systematisch entfaltet wurde. Diese Lehre rechtfertigt keineswegs pauschal militärische Gewalt, sondern dient vielmehr der *Einschränkung* legitimer Kriegsgründe. Es war allerdings mehr als ein Schönheitsfehler, dass Augustinus zu diesen Gründen auch die Ausbreitung des Christentums zählte.

ORDNUNGSSICHERUNG: FRIEDENSAUFTRAG UND KRIEGSHANDWERK IN DER REFORMATORISCHEN THEOLOGIE

Diese Eckdaten eines christlichen Weltverhältnisses fanden die Reformatoren des 16. Jahrhunderts im Wesentlichen noch vor und knüpften daran an, modifizierten sie aber an einigen wichtigen Stellen. Spätestens mit den Bauernkriegen musste die reformatorische Bewegung zu der Frage Stellung beziehen, mit welchen Mitteln die gesellschaftlich-politische Ordnung zu gestalten und gegebenenfalls aufrechtzuerhalten sei. Einerseits standen die reformatorisch gesinnten Obrigkeiten unter dem Druck, zeigen

zu müssen, dass die Einführung der Reformation – anders als von den Gegnern unterstellt – nicht zum Zusammenbruch der rechtsbasierten sozialen Ordnung führte; andererseits waren die reformatorischen Theologen dadurch herausgefordert, dass die Bauern sich in ihrem Widerstand gegen die Obrigkeit auf Luthers Freiheitschrift beriefen. Noch einmal anders gelagert war die Konfrontation mit der radikalreformatorischen Bewegung der Täufer, die die christliche Existenz in einer Gemeinschaft der Erlösten außerhalb der Gesellschaft verorteten. In dieser Gemengelage stellte sich die Frage, welches Verhältnis zur bestehenden Welt Christenmenschen entwickeln sollten: Sollten sie sich fernhalten von der durch die Sünde kontaminierten sozialen Welt oder sich im Gegenteil an deren Gestaltung beteiligen?

Die Reformatoren bearbeiteten diesen Komplex mit Argumenten, die später unter dem Begriff der „Zwei-Reiche-“ beziehungsweise „Zwei-Regimenten-Lehre“ systematisiert wurden. Sie besagt: Gott nimmt auf die Welt Einfluss, regiert die Welt aber auf zweierlei, grundsätzlich unterschiedene Weise. Gottes eigentliches Werk ist die heilsame, rettende, versöhnende Zuwendung zur Welt. Sie geschieht durch die Verkündigung des Evangeliums und kommt zum Ziel im Glaubensvertrauen des Individuums. Da Vertrauen nicht erzwungen werden kann, verzichtet die Verkündigung auf äußeren Zwang. Gottes *eigentliches* Werk (*opus proprium*) ist diese Verkündigung deshalb, weil sich in ihr Gottes Wesen als Liebe unmittelbar artikuliert. Die zweite Form des göttlichen Weltwirkens ist hingegen ein „fremdes Werk“, ein *opus alienum*; sie setzt nämlich die menschliche Sünde voraus und reagiert schadensbegrenzend auf sie. Zu diesem Zweck hat Gott weltliche Instanzen und Institutionen eingesetzt, deren Aufgabe es ist, die für ein geordnetes menschliches Zusammenleben erforderliche äußere Ordnung zu gewährleisten oder gegebenenfalls wiederherzustellen. Die wichtigste dieser ordnungsschaffenden Instanzen ist die politische Obrigkeit.

Da die irdische Wirklichkeit wegen der Sünde destruktive Tendenzen einschließt, gehört zum Arsenal der legitimen Mittel der politischen Obrigkeit auch der Einsatz von Gewalt, wenn dies zur Bekämpfung dieser destruktiven Tendenzen und zur Wahrung oder Wiederherstellung der Ordnung notwendig ist. Die Wittenberger Refor-

matores erklärten daher die Beteiligung an den Aufgaben der Gestaltung der politisch-gesellschaftlichen Ordnung nicht nur für christlich erlaubt, sondern geradezu zu einer Christenpflicht, da sich in der Gestaltung eines gedeihlichen menschlichen Zusammenlebens die christliche Nächstenliebe konkretisiere.

Was den Krieg betrifft, benannte Luther allerdings sehr klar die Verantwortung der Obrigkeit für eine maßvolle, dem Ziel der Ordnungsbeziehung angemessene Wahl der Mittel. Implizit verwendete er dabei die Kriterien der bereits genannten Lehre vom „gerechten Krieg“. In diesem Rahmen war es für die Reformatoren prinzipiell klar, dass „Kriegsleute auch im seligen Stand sein können“,⁰¹ dass also der soldatische Dienst ein „normaler“ Beruf ist, der als solcher „ohne Sünde“ ergriffen werden kann, wie es in Artikel 16 der „Confessio Augustana“ von 1530 heißt.

Der Gewaltverzicht der Täufer ist demgegenüber ganz anders gerahmt. Ausweislich der „Schleitheimer Artikel“ von 1527, einer frühen und klassischen normativen Selbstbeschreibung des Täufertums, erkennen sie die weltliche Obrigkeit durchaus als von Gott eingerichtete Ordnungsmacht an, die aber „außerhalb der Vollkommenheit Christi“ steht. Da die Christen jedoch durch diese und zu dieser „Vollkommenheit“ bestimmt sind, sollen sie ihr Verhalten unmittelbar an Christus orientieren und – so, wie dieser floh, als ihm das weltliche Königtum angeboten wurde – weltliche Ämter meiden. Zentral ist für sie das Wort „Die weltlichen Fürsten, sie herrschen etc.; ihr aber nicht also“, mit dem Jesus den Christen im Matthäusevangelium „die Gewalt des Schwerter“ verboten habe.

Dieses Selbstverständnis widerspricht fundamental der Idee einer christlichen Weltverantwortung durch aktive Beteiligung an den Aufgaben weltlicher Obrigkeit und entzieht dem Konzept einer von christlichen Motiven getragenen politischen Ordnung die Grundlage. Wenn der von den Täufern weithin vertretene Pazifismus von den lutherischen Reformatoren kategorisch abgelehnt wurde, war dies mithin begründet in einem diametral unterschiedlichen Verständnis der christlichen Existenz in der Welt: Die Täufer, so

der Vorwurf, verkennen den Charakter der „vorsehatologischen“ Welt, deren Gewalthaltigkeit nicht ignoriert werden kann; sie überspringen die Gegenwart, für deren Gestaltung doch auch die Christen Verantwortung zu übernehmen haben, im Namen einer „Vollkommenheit“, die erst für die zukünftige Vollendung verheißen ist – und entziehen sich so der Pflicht, die Nächsten gegebenenfalls auch unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen und zu schützen.

Umgekehrt freilich ist nicht zu leugnen, dass die reformatorische Emphase irdischer Ordnungsgestaltung in der Gefahr stand, den biblischen Friedenszuspruch allein in der Subjektivität der Glaubensgewissheit zu verankern; die Gewaltfreiheitsimpulse der Bergpredigt bezogen sich dann nur auf die individuelle Lebensführung der „Christperson“, ohne prägend auszustrahlen auf die Gestaltung der sozialen Wirklichkeit, in der der Christ als „Weltperson“ den Funktionsanforderungen seines jeweiligen „Berufs“ verpflichtet ist.

„KRIEG SOLL NACH GOTTES WILLEN NICHT SEIN“: NEUANSÄTZE IM 20. JAHRHUNDERT

Erst die Erfahrungen des nationalsozialistischen Totalitarismus und des „totalen“ Zweiten Weltkriegs führten zu einem Umbruch in mindestens drei Hinsichten:

Erstens nötigten sie zu einer grundlegenden Neubestimmung des Verständnisses politischer Ordnung, das die Loyalitätspflicht gegen politische Autoritäten konditionierte und Widerspruch beziehungsweise Widerstand gegen diese für möglich, unter Umständen sogar für geboten erklärte und grundsätzlich die Semantik von Gehorsam auf Partizipation umstellte. Nicht jede Obrigkeit – so wurde jetzt klar – ist im Sinne des Römerbriefs von Gott eingesetzt. *Zweitens* führte der vom nationalsozialistischen Regime entfesselte Weltkrieg mit enthemmter Gewalt und umfassender Zerstörung zu einer „Entnormalisierung“ des Krieges. Krieg konnte nicht mehr als gleichsam reguläres Moment des Völkerlebens hingenommen werden. Bündig formulierte die erste Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 1948 in Amsterdam: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Verstärkt wurde dies durch die Wahrnehmung der verheerenden Zer-

⁰¹ Martin Luther, Ob Kriegsleute auch in seligem Stand sein können (1526), in: D. Martin Luthers Werke, Weimarer Ausgabe (WA) 19, S. 623–662; neudeutsche Fassung in: Luther Deutsch, Bd. 7, hrsg. von Kurt Aland, Göttingen 1983³, S. 52–86.

störungskraft der neuen Atomwaffentechnologie. *Drittens* schließlich wurden die Motive des friedenskirchlichen Pazifismus jetzt nicht mehr pauschal häretisiert, sondern in ihrer Signifikanz für das christliche Zeugnis gewürdigt. Dies ging im Übrigen spiegelbildlich einher mit Veränderungen im Selbstverständnis vieler Friedenskirchen: Sie deuteten ihren Pazifismus nicht mehr im Horizont genereller Weltabwendung, sondern im Gegenteil als Moment aktiver Gesellschaftsgestaltung im Sinne einer Kultur der Gewaltlosigkeit.

All dies führte im (west-)deutschen Nachkriegsprotestantismus zu tiefgreifenden friedensethischen Neuorientierungen, die freilich nie ohne heftige innerkirchliche Kontroversen vollzogen wurden. Erstmals wurde Kriegsdienstverweigerung als legitimes christliches Glaubenszeugnis anerkannt; gegen die deutsche Wiederbewaffnung wurde auch aus kirchlichen Kreisen Widerspruch artikuliert. Während Konsens darüber bestand, dass Atomwaffen niemals eingesetzt werden dürften, war die Frage hochumstritten, ob sie angesichts der Bedrohungslage des Kalten Krieges hergestellt und zur Abschreckung vorgehalten werden dürften. Die „Heidelberger Thesen“ von 1959 formulierten einen ausbalancierten Kompromiss: Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung sind zwei sich „komplementär“ ergänzende Formen des christlichen Friedenszeugnisses, und der Besitz von Atomwaffen ist – zur Verhinderung ihres Einsatzes – „noch“ akzeptabel.

Die in diesem Kompromiss liegende Spannung blieb dem Protestantismus erhalten und entlud sich gleichsam noch einmal im Streit um die Nachrüstung Anfang der 1980er Jahre. Hier wiederholte die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1981⁰² – unter verschärfter Betonung des „noch“ der Heidelberger Thesen – die Verantwortbarkeit militärischer Abschreckung angesichts der konkreten weltpolitischen Lage, während das Moderamen des Reformierten Bundes (ebenfalls Mitglied der EKD) ein „Nein ohne jedes Ja“ zur Abschreckungs- und Aufrüstungslogik aussprach.⁰³

⁰² Vgl. Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, ergänzt um das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Friedensdiskussion im Herbst 1983, Gütersloh 1984⁶ (1981).

⁰³ Vgl. Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes, Gütersloh 1982.

Im Zuge dieser Neuorientierung geriet zunehmend auch die Lehre vom gerechten Krieg selbst in die Kritik. Dies verstärkte sich nach dem Ende des Kalten Krieges, und das vor allem aus zwei Gründen: Erstens schien mit dem Ende der militärischen Blockkonfrontation eine neue, kooperative Phase der Weltpolitik begonnen zu haben, in der Konflikte nicht mehr kriegsförmig ausgetragen werden. Zweitens nahmen nach der Wiedervereinigung der EKD-Kirchen die ostdeutschen Kirchen großen Einfluss in dieser Frage, die zu DDR-Zeiten stark pazifistisch geprägt waren – unter anderem, weil darin die Distanz zum SED-Staat einen Ausdruck finden konnte. Die Lehre vom gerechten Krieg schien nun ebenjene Logik normalisierter Gewalt zu repräsentieren, die doch überwunden werden sollte und im Prinzip schon überwunden war. Im Licht dieser Einsicht entwickelten beide großen deutschen Kirchen das Leitbild des „gerechten Friedens“, die katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) im Jahr 2000⁰⁴ und die EKD 2007 in der neuen Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“.⁰⁵

Anders als die DBK erklärte die EKD dabei die Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich für obsolet. Im Zentrum der Überlegungen standen jetzt zivile Formen der Konfliktbearbeitung und namentlich Konfliktprävention. Grundlegend ist das Vertrauen in den friedensfördernden Effekt einer rechtsförmigen Gestaltung der internationalen Beziehungen, insbesondere durch multilaterale Institutionen wie die UN. Umsichtig werden vier fundamentale Dimensionen eines „gerechten Friedens“ entfaltet: die „Vermeidung von Gewaltanwendung, die Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt“ und der „Abbau von Not“.⁰⁶ Militärische Einsätze werden nicht gänzlich ausgeschlossen, aber als „rechtserhaltende Gewalt“ definiert und analog zu innerstaatlichen Polizeieinsätzen beschrieben.

Noch einen Schritt weiter ging im November 2019 die EKD-Synode mit ihrer abschließenden „Kundgebung“.⁰⁷ Dort konstatiert sie die Erfolg-

⁰⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Gerechter Friede*, Bonn 2000.

⁰⁵ *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007.

⁰⁶ Ebd., Ziff. 80.

⁰⁷ *Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens*. Kundgebung der 12. Synode der EKD auf ihrer 6. Tagung, 13. 11. 2019, www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm.

losigkeit und fehlende Nachhaltigkeit der militärischen Einsätze des vergangenen Jahrzehnts und fokussiert deshalb ausschließlich auf zivile Konfliktbearbeitung, für die pauschal „positive Erfahrungen“ geltend gemacht werden – verwiesen wird namentlich auf das Beispiel der „friedliche[n] Revolution in der DDR“.⁰⁸ Die Möglichkeit „rechts-erhaltender Gewalt“ wird nur noch als Position der Vergangenheit referiert. Auch die theologische Rahmung ist grundlegend verändert: Leitend ist jetzt nicht mehr die Zwei-Regimenten-Lehre, sondern ein Ethos der Jesunachfolge, das sich deziert an der „Gewaltlosigkeit Jesu“ orientiert.

Der Krieg gegen die Ukraine beleuchtete dann umso greller die argumentative Lücke, die eigentlich schon 2019 sichtbar war: Ausgeblendet ist die Frage, was zu tun ist, wenn ein kriegerischer Konflikt trotz aller Bemühungen tatsächlich ausbricht. Dieser Frage konnte jetzt nicht mehr ausgewichen werden.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN KIRCHLICHER FRIEDENSETHIK

Die Diskussionslage im deutschen Protestantismus war und ist kontrovers: Während die einen einen selbstkritischen friedensethischen „Kurswechsel“ der EKD forderten,⁰⁹ waren andere überzeugt, dass gerade die militärische Aggression die prinzipielle Richtigkeit der Orientierung an Gewaltlosigkeit belege.¹⁰ 2023 erschien als ausführlicher Debattenbeitrag die von der evangelischen Militärseelsorge beauftragte, aber von den Autoren verantwortete Studie „Maß des Möglichen“.¹¹ Sie bekennt sich im Sinne der Zwei-Reiche-Lehre zu einer Friedenssicherung, die auch die Vorhaltung und den Einsatz militärischer Mittel einschließt, wenn (und solange) dies unter den Bedingungen einer gewalthaltigen Wirklichkeit unvermeidlich ist. Ausdrücklich bejaht wird zugleich das Leitbild

des „gerechten Friedens“. Die Friedensbotschaft des Evangeliums wird nicht marginalisiert, sondern behält ihre Bedeutung als motivierender und orientierender Leithorizont alles weltgestaltenden Handelns, der je neu aktualisiert wird in der Friedensspiritualität des Gottesdiensts.

Die nach umfangreichen Vorarbeiten im November 2025 veröffentlichte EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“¹² versteht sich dezidiert als konstruktive Fortschreibung der Grundlinien der Denkschrift von 2007, setzt aber angesichts der Erfahrungen der Verletzlichkeit regelbasierter Ordnung durch militärische zwischenstaatliche Gewalt programmatisch neue Akzente. So schreibt sie – in expliziter Kritik der Synoden-Kundgebung von 2019 – unter den 2007 genannten vier Dimensionen eines „gerechten Friedens“ nun dem „Schutz vor Gewalt“ die Bedeutung eines „grundlegenden Gutes“ zu, da sich nur in einem geschützten Raum die anderen Dimensionen entfalten könnten. Zudem würdigt sie die militärische Friedenssicherung als Moment christlicher Weltverantwortung. Der Pazifismus wird als individuelle Haltung anerkannt, er sei aber im Vergleich zur Beteiligung an militärischer Verteidigung weder per se das deutlichere Zeugnis der christlichen Friedensbotschaft noch lasse er sich als christlich-ethisch verpflichtendes Prinzip friedenspolitischen Handelns verallgemeinern.

Vergleicht man die Denkschrift mit der bereits im Februar 2024 als „Friedenswort“ der katholischen Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Studie „Friede diesem Haus“,¹³ fallen in der Beurteilung der politischen Lage weitreichende Konvergenzen auf. Gemeinsam ist auch die theologische Orientierung am Leitbild des „gerechten Friedens“. Die katholische Kirche hatte sich allerdings nie von der Lehre des „gerechten Kriegs“ verabschiedet und daher die prinzipielle Legitimität militärischer Formen der Friedenssicherung nie bestritten. Das „Friedenswort“ konstatiert, dass die katholische „Friedenslehre von zwei Traditionen lebt (...): dem christlich motivierten Pazifismus und seinem umfassenden Ge-

⁰⁸ Ebd., Einleitung.

⁰⁹ Vgl. etwa Ulrich H.J. Körtner, Evangelische Friedensethik auf dem Prüfstand. Friedensethische Konsequenzen aus dem Ukrainekrieg, in: Theologische Literaturzeitung 9/2023, Sp. 795–808.

¹⁰ Vgl. etwa Margot Käßmann, „Ich würde es wieder unterschreiben“, 8.2.2024, www.evangelisch.de/inhalte/226805/08-02-2024/kassmann-zum-manifest-fur-frieden-ich-wurde-es-wieder-unterschreiben.

¹¹ Vgl. Dirck Ackermann et al., Maß des Möglichen. Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine. Ein Debattenbeitrag, Berlin 2023.

¹² Evangelische Kirche in Deutschland (Hrsg.), Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Leipzig 2025.

¹³ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), „Friede diesem Haus“. Friedenswort der deutschen Bischöfe, Bonn 2024.

waltverbot und der kritisch-konditionierten Gewaltlegitimation mit der Absicht, Gewalt zu beherrschen und zu minimieren“.¹⁴ Implizit widersprochen wird damit der These, das Christentum sei von seinem Wesen und seinen normativen Grundlagen her eine radikalpazifistische Religion. Unzweideutig betont das „Friedenswort“ jedoch, „dass Krieg niemals ein Mittel der Politik oder der Konfliktbewältigung sein“ könne; er sei „ein Totalversagen der Menschheit und wider[spreche] Gottes Willen“. Gleichwohl sei er „eine Realität unserer Welt (...), auf die wir in angemessener und verantwortungsvoller Weise reagieren müssen“.¹⁵ Und das könne durchaus mit militärischen Mitteln geschehen, wenn das übergeordnete „gemeinsame Ziel“ alles konfliktbearbeitenden Handelns, dass „Gewalt (...) überwunden werden“ soll, im konkreten Fall nicht anders erreicht werden kann.¹⁶ Stärker als die EKD-Denkschrift reflektiert das „Friedenswort“ den spezifisch christlich-kirchlichen Beitrag zur Etablierung einer Kultur des Friedens und hebt dabei besonders die Formung eines personalen Ethos der Friedfertigkeit hervor, das im Kult symbolisch repräsentiert und performativ eingeübt, aber auch in kirchlicher Bildungsarbeit gefördert wird. Verschwiegen wird freilich nicht, dass die Glaubwürdigkeit des kirchlichen Friedenszeugnisses konterkariert wird, wenn ihm die Kirche in ihrem eigenen Bereich kein handlungsleitendes Gehör schenkt. Eigens gewürdigt wird im Übrigen die Frieden bezeugende Dimension der zwischenkirchlichen Ökumene.

Aus evangelischer Perspektive wird man diesen differenzierten Überlegungen und Anregungen nur zustimmen können. Friedensethisch unterscheiden sich die beiden Kirchen in ihren derzeitigen Positionierungen allenfalls in der Akzentsetzung, nicht in der Sache. Die evangelische Denkschrift ist zwar schon kurz nach ihrem Erscheinen von christlichen Friedensgruppen scharf kritisiert worden; man warf ihr opportunistische „Staatsnähe“, sogar die Etablierung einer (häretischen!) „[m]ilitärische[n] Heilslehre“ vor.¹⁷ De

facto haben sich aber weder die evangelische noch die katholische Kirche von einer bisher vermeintlich vertretenen – und nach Ansicht der Kritiker einzig zu vertretenden – radikalpazifistischen Position abgewendet, sondern sie haben ihre in den Nachweltkriegsjahrzehnten erarbeitete differenzierte Position angesichts der aktuellen Herausforderungen neu durchbuchstabiert. Von einer Rückkehr zur Kriegsverherrlichung kann keine Rede sein.

Wenn Kirche sich nicht verstehen will als „Kontrastgesellschaft“, die sich in ihren Äußerungen auf gegenkulturell-„prophetische“ Einsprüche gegen die unfriedliche Gewalthaltigkeit der sozialen und politischen Wirklichkeit beschränkt, dann muss sie sich *innerhalb* der Gesellschaft artikulieren und auskunftsfähig sein im Blick darauf, wie aus christlicher Sicht die aktuell bedrängenden Formen der Gewalthaltigkeit konkret überwunden oder jedenfalls eingehegt werden können. Genau dieser Aufgabe haben sich beide Kirchen gestellt und dabei den Letzthorizont des Friedensevangeliums nicht aus dem Blick verloren. Vielmehr haben sie dessen orientierende und motivierende Kraft betont und das Frieden generierende Potenzial genuin kirchlicher Praxis – auch unter selbstkritischem Hinweis auf performatives Versagen – unterstrichen. Nach innen dienen Stellungnahmen wie das „Friedenswort“ und die „Denkschrift“ der kirchlichen Selbstverständigung und der Ermutigung zu christlichem Engagement für den Frieden; nach außen bringen sie eine gehaltvolle christliche Stimme ein in den zivilgesellschaftlichen und politischen Diskurs. Ob diese Stimme das christliche Friedensevangelium prägnant genug in die konkrete Weltsituation hinein übersetzt, darüber kann man diskutieren. Dass es aber eine authentisch *christliche* Stimme ist, ist nicht zu bestreiten.

¹⁴ Ebd., S. 15.

¹⁵ Ebd., S. 13.

¹⁶ Ebd., S. 15.

¹⁷ Vgl. Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden. Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse, hrsg. von Peter Bürger im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland und des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie (OekIF), Bd. 1, Hamburg 2026, Zitate S. 13, S. 15.

BERND OBERDORFER

ist Professor für Evangelische Theologie mit Schwerpunkt Systematische Theologie und theologische Gegenwartsfragen an der Universität Augsburg.

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN?

Kleine Geschichte der Friedensbewegung

Claudia Kemper

Seit jeher wird über Frieden gestritten. Es gehört zum Wesen dieses vielgestaltigen und letztlich offenen Begriffs, dass er oft heftige Debatten darüber auslöst, mit welchen Mitteln welche Art von Frieden anzustreben sei. Seit dem 19. Jahrhundert schälte sich zunehmend der Pazifismus als ideale Grundlage von Friedenskonzepten heraus; mit ihm flossen Ideen ein, die Krieg und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung grundsätzlich ablehnen.⁰¹ Während der Pazifismusbegriff ein gewisses Maß an inhaltlicher Ausrichtung vermitteln soll, bietet der Friedensbegriff zahlreiche, auch sich gegenseitig ausschließende Deutungen. Häufig fungiert er in politischen Diskussionen als „Erwartungsbegriff“, der von einer unsicheren Gegenwart aus einen zukünftigen Zustand beschreiben soll.

Damit aus Friedensforderungen Bewegungen entstehen, müssen Protestierende dauerhaft mobilisiert und Proteste stabilisiert sein; erst dann lässt sich von einer „Friedensbewegung“ sprechen. Hierfür braucht es Netzwerkstrukturen, Organisationen und Gelegenheitsfenster sowie das Potenzial, über das Protestthema hinaus ein kollektiv verbindendes Identitätskonstrukt zu etablieren.⁰² Geteilte Werte und sozialmoralische Milieus⁰³ der Beteiligten bilden hierfür eine Art Humus, wie die Geschichte der Umwelt- und der Friedensbewegung in der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg zeigt. Entwickeln die Protestierenden zudem eine eigene Agenda und Vision, wie etwa die einer atomwaffenfreien Welt, kann sinnvoll von einer „sozialen Bewegung“ gesprochen werden.⁰⁴

VON BÜRGERLICHEN FRIEDENSGESELLSCHAFTEN BIS „NIE WIEDER KRIEG“

Von einer Friedensbewegung, also einer mobilisierten kritischen Masse an Menschen, die öffentlichkeitswirksam und mit einer gewissen Dauer

konkrete Friedensforderungen stellen, kann für Deutschland ab Anfang des 20. Jahrhunderts die Rede sein.⁰⁵ Ein international orientiertes Bürgertum setzte sich bis zum Ersten Weltkrieg für eine Schiedsgerichtsbarkeit als Grundlage eines internationalen Friedens ein. Auch die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner war Teil dieser Bewegung und erarbeitete in ihren Schriften Grundlagen eines (weiblichen) Friedensengagements. Sie war Mitbegründerin der Österreichischen Gesellschaft der Friedensfreunde (1891) und der Deutschen Friedensgesellschaft (1892), ihr Roman „Die Waffen nieder!“ wurde eines der erfolgreichsten Antikriegsbücher seiner Zeit.⁰⁶

Die Deutsche Friedensgesellschaft mit ihren bis zu 10 000 Mitgliedern zersplitterte mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In der Weimarer Republik entstanden zahlreiche neue Friedensgruppen, die ganz unterschiedlich gegen Militarismus vorgehen oder für demokratische Werte eintreten wollten.⁰⁷ Friedensaktivismus bedeutete in der Weimarer Republik unweigerlich, über grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens nach dem verlorenen Krieg zu diskutieren. Auch deshalb waren viele Frauen in der Friedensbewegung engagiert, die so auch Emanzipationsforderungen Gehör verschafften.⁰⁸ Das Spektrum der oft uneinigen Friedensbewegung reichte von gemäßigt bürgerlich bis revolutionär und sowjetfreundlich.⁰⁹ Wirklich einig war man sich nur beim Ausruf „Nie wieder Krieg“, der an das Kriegsleid und die Opfer des Krieges erinnern sollte. Jährlich zum 1. August fanden Anti-Kriegs-Demonstrationen in Berlin statt, zu denen 1920 zwischen 10 000 und 20 000 Teilnehmende kamen; ein Jahr später waren es schon 100 000 bis 200 000.

Allerdings verhinderte die dauerhafte organisatorische Konkurrenz zwischen pazifistischen Organisationen und linken Parteien eine Stabilisierung der Bewegung. Hinzu kam eine Atmosphäre von ungebrochenem Militarismus,

verletztem Nationalstolz und Kriegsschulddebatten. Zunehmend kam es zu schweren Übergriffen auf pazifistische Veranstaltungen. Als sich Ende der 1920er Jahre das politische Klima weiter verschärfte, gerieten pazifistische Aktivist:innen mehr denn je unter den Verdacht des Vaterlandsverrats.¹⁰ Mit Beginn der NS-Diktatur konnte von einer Friedensbewegung in Deutschland endgültig nicht mehr die Rede sein.

FRIEDENSBEWEGUNG IN DER JUNGEN BUNDESREPUBLIK

Wie bei vielen Bewegungen riss die NS-Zeit auch bei der Friedensbewegung eine erhebliche Lücke, sowohl personell-organisatorisch als auch konzeptionell und erinnerungspolitisch. Ab etwa 1950 erlaubte das antikommunistische Klima der jungen Bundesrepublik kaum mehr eine Anknüpfung an die pazifistischen Ideen der Weimarer Zeit, die zumeist sozialistischen Ursprungs waren.¹¹ Vielmehr entwickelte sich der Friedensbegriff schon bald zur Kampfvokabel zwischen DDR und Bundesrepublik, die mit einem harten Westintegrationskurs vor allem den Begriff der Freiheit nach vorne stellte.¹² Mit der Atom bombe und der neuen Gewaltordnung des Kalten Krieges existierten seit 1945 zudem völlig neuartige Bedrohungen, die den Friedensdiskurs massiv beeinflussten.

Nur wenige Jahre nach Gründung der Bundesrepublik strebte die CDU-Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer danach, die Westbindung der Bundesrepublik durch einen Beitritt ins Militärbündnis Nato abzusichern. Die Wiederbewaffnung und die damit verbundene Etablierung der Bundeswehr stießen jedoch in der Bevölkerung, die erst kurz zuvor Krieg, Vertreibung und Verwüstung erlebt hatte, auf breite Ablehnung. Angesichts des beginnenden Koreakrieges und der geografischen Lage unmittelbar am Eisernen Vorhang wuchs ein Gefühl von Unsicherheit.¹³ Die Angst vor einer Eskalation war ebenso verbreitet wie die Sorge, sich an weiteren kriegesischen Konflikten beteiligen zu müssen. Folgerichtig kam es bis zur Gründung der Bundeswehr 1955 zu zahlreichen Protesten vor allem junger Menschen mit antimilitaristischen oder auch neutralistischen Haltungen.

Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Kirchen und die noch nicht verbotene KPD¹⁴ engagierten sich gegen die Wiederbewaffnung, konnten jedoch keine gemeinsame Haltung zu der damit verbundenen Frage der Westbindung entwickeln. Die als „Ohne-mich-Bewegung“ bekannten Proteste wurden prominent unterstützt von der Paulskirchenbewegung, in der sich unter anderem Vertreter der SPD und der Gesamtdeutschen Partei zu einem Bündnis gegen Remilitarisierung zusammengeschlossen hatten. Der Konflikt um die Wiederbewaffnung war von vehementen ideologischen Frontstellungen gekennzeichnet: Einerseits zeigte sich in den oft einseitig ausgerichteten Forderungen der Bewegung eine starke kommunistische Präsenz, andererseits nahmen

01 Vgl. Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988.

02 Vgl. Dieter Rucht, *Massen mobilisieren*, in: APuZ 25–26/2012, S. 3–9, hier S. 6.

03 Vgl. Gangolf Hübinger, „Sozialmoralisches Milieu“. Ein Grundbegriff der deutschen Geschichte, in: Steffen Sigmund et al. (Hrsg.), *Soziale Konstellation und historische Perspektive*, Wiesbaden 2008, S. 207–227.

04 Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*, Frankfurt/M. 2008, S. 15; Jay Winter, *Dreams of Peace and Freedom: Utopian Moments in the Twentieth Century*, New Haven 2006.

05 Vgl. „Frieden muss immer wieder gestiftet werden“. Interview mit Jost Dülffer über Friedens- und Konfliktforschung und aktuelle Kriege, 1.8.2023, https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/frieden_und_konfliktforschung_duelffer.

06 Vgl. Anne Bieschke, *Historisches Vorbild. Bertha von Suttner und die Frauen für den Frieden*, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2018, <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/historisches-vorbild>.

07 Vgl. Dieter Riesenberger, *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985.

08 Vgl. Guido Grünewald, „Der bewaffnete Friede ist banalerott.“ Bertha von Suttner, ihre MitstreiterInnen und der große Krieg, in: *Forum Pazifismus. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit* 1–2/2014, S. 22–27.

09 Vgl. Riesenberger (Anm. 7), S. 152.

10 Für eine justizhistorische Darstellung siehe Amelie Tscheu, *Publizistischer Landesverrat in der Weimarer Republik. Die Reichsgerichtsurteile gegen pazifistische Kritiker der illegalen Rüstung*, Tübingen 2024.

11 Vgl. den Eintrag „Pazifismus“ in Thorsten Eitz/Georg Stötzl, *Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“*. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Darmstadt 2009, S. 345–366.

12 Vgl. Der Kampf um „Frieden“ und „Freiheit“ in der Systemritualität des Kalten Krieges. Gespräch mit Anselm Doering-Manteuffel, in: Frank Möller/Ulrich Mählert (Hrsg.), *Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte*, Berlin 2008, S. 29–42.

13 Vgl. Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018, S. 84f.

14 Vgl. Wolfgang Kraushaar, *Protest gegen die Wiederbewaffnung*, in: *Friedensforum* 6/2005, <http://archiv.friedenskooperative.de/ff/ff05/6-61.htm>.

antikommunistische Maßnahmen von staatlicher Seite gegen Friedensaktivist:innen zu.¹⁵ Vor allem jedoch litt diese erste bundesdeutsche Friedensbewegung unter einer mangelnden institutionellen Basis und dem Fehlen einer klar formulierten Alternative zur Wiederbewaffnung.¹⁶ Den parlamentarischen Beschluss zum Nato-Beitritt der Bundesrepublik konnte die „Ohne-mich-Bewegung“ nicht verhindern.

Keine zwei Jahre nach Gründung der Bundeswehr gingen die Menschen wieder auf die Straße, nachdem Bundeskanzler Adenauer hatte verlauten lassen, die Armee mit Atomwaffen ausstatten zu wollen. Die Verhinderung der atomaren Aufrüstung wurde zum klar formulierten Ziel der sich bald (wieder) formierenden Friedensbewegung. Getragen von SPD, Gewerkschaften und Kirchen fand die „Kampf dem Atomtod“-Kampagne 1957/58 starken Zulauf in der Bevölkerung – auch, weil dort durch Berichte über Hiroshima und Nagasaki der atomare Schrecken mittlerweile tief saß. Die SPD nutzte die Gelegenheit zunächst für Oppositionsarbeit, schlug dann aber bald einen realpolitischen Kurs ein und zog sich, wie auch die Gewerkschaften, aus der Kampagne zurück.¹⁷ Viele Engagierte blieben enttäuscht zurück.¹⁸

Auch wenn es in der Folgezeit nicht zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr kam: Die Etablierung der Ostermärsche zu Beginn der 1960er Jahre kann als eine Reaktion auf die Adenauersche „Politik der Stärke“ gesehen werden.¹⁹ Christlich-pazifistisch motiviert und auf die aus der eigenen Geschichte erwachsende Verantwortung zur Friedfertigkeit verweisend, initiierten

maßgeblich Konrad und Helga Tempel die Ostermarschbewegung. Die Eheleute hatten sich schon länger unter anderem für Kriegsdienstgegner und für die Ausarbeitung eines Zivildienstgesetzes engagiert. Durch Kontakt zur britischen Friedensbewegung übernahmen sie die Idee des Ostermarsches gegen die Atombewaffnung in Ost und West. 1960 führte erstmals ein Sternmarsch zum britischen Atomwaffenstützpunkt Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide; ein Jahr später wurde er bereits an vielen anderen Orten des Landes nachgeahmt.²⁰ In den folgenden Jahren öffnete sich die Initiative auch für andere politische Akteure, sodass die Ostermärsche ab 1963 über 100 000 Teilnehmende zählten. Gegen Ende der 1960er Jahre wuchs die politische Heterogenität der Bewegung weiter an, von der Studentenbewegung wurde sie zunehmend für Forderungen nach einer Beendigung des Vietnamkriegs vereinnahmt. Die anti-atomare Ausrichtung des Ostermarsches rückte in den Hintergrund, stattdessen wurde der Anti-Imperialismus prominenter.²¹

FRIEDENSBEWEGUNG ALS OPPOSITIONSBEWEGUNG IN WEST UND OST

Gegen den von den USA seit 1965 offiziell geführten Vietnamkrieg gab es in zahlreichen westlichen Staaten Protest. Vor allem in den USA selbst engagierten sich neben Studierenden auch Bürgerrechtsaktivist:innen, Christ:innen, Politiker:innen und Kriegsveteranen gegen die Kriegsführung in Vietnam und den Kriegsdienst.²² In der Bundesrepublik sammelte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) die Kräfte für die Anti-Vietnam-Proteste. Durch eigene Kontakte und die zunehmende mediale Präsenz²³ war die

15 Vgl. Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014.

16 Vgl. Gassert (Anm. 13), S. 86.

17 Vgl. Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.), „Kampf dem Atomtod!“ Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, Hamburg 2009.

18 Vgl. Axel Schildt, „Atomzeitalter“ – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Anm. 17), S. 39–56.

19 Vgl. Alrun Berger, Die Geschichtskulturen der westdeutschen Friedensbewegung der 1960er-Jahre: Ein Lernprozess?, in: Stefan Berger/Christoph Cornelissen (Hrsg.), Marxistische Geschichtskulturen und soziale Bewegungen während des Kalten Krieges. Fallstudien aus Deutschland, Italien und anderen westeuropäischen Staaten, Cham 2024, S. 193–222, hier S. 197.

20 Vgl. u.a. Ute Schneider, „Unser Marsch ist eine gute Sache“. Ostermärsche im Ruhrgebiet, in: Jürgen Dinkel/Kai Nowak/Miriam Pfordte (Hrsg.), Märsche der Moderne. Varianten eines globalen Phänomens, Frankfurt/M.–New York 2024, S. 153–170.

21 Vgl. Andreas Buro, Friedensbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Anm. 4), S. 267–291.

22 Vgl. zu der bis heute größten Friedensbewegung in den USA z.B. Tom Hayden, Hell No. The Forgotten Power of the Vietnam Peace Movement, New Haven 2017.

23 Vgl. Klaus Arnold, Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren. Medienrezeption in den 1960er und 1970er Jahren, in: ders. et al. (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Leipzig 2010, S. 323–346.

Studentenbewegung international orientiert und formulierte grundsätzliche Kritik an staatlichen Machtverhältnissen.²⁴ Letzteres führte zu heftigen innergesellschaftlichen Konflikten, wie nicht zuletzt die Entzweiung von SDS und SPD zeigte. Faktisch schlossen die Sozialdemokraten schon 1961 den SDS wegen seiner radikalen Positionen als parteiinterne Organisation aus.²⁵ Der Protest gegen den Vietnamkrieg und Militarismus war damit ganz in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) angekommen. Auch wenn die in der Neuen Linken verankerte APO kaum Friedensthemen im engeren Sinne adressierte, regte sie zahlreiche Reflexions- und Demokratisierungsprozesse an.²⁶

Eng verbunden mit dieser Entwicklung war der grundsätzliche Bedeutungszuwachs von zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Friedensbewegung. Von den etablierten Institutionen boten weiterhin die Kirchen einen Raum zur Vernetzung und Verstärkung von Friedensprotesten an. Aus bereits existenten Organisationen wie etwa dem katholischen Friedenswerk Pax Christi, der christlichen Sektion der britischen Campaign for Nuclear Disarmament oder der seit 1966 tätigen Interkerkelijk Vredesberaad (Interkirchlicher Friedensrat, IKV) in den Niederlanden gingen weitere Gruppen und Vernetzungen hervor.²⁷ Die genannten Organisationen standen paradigmatisch für das interkonfessionelle und auch transnationale Spektrum der Friedensbewegung vor allem in den 1980er Jahren.

In der DDR war die Evangelische Kirche die zentrale Institution der Vernetzung kritischer Stimmen. Bei Weitem nicht oppositionell im Auftreten, setzte sie sich schon Mitte der 1960er Jahre kritisch mit dem ostdeutschen Militärwesen auseinander. Nachdem 1956 die Nationale Volksarmee gegründet und 1962 die Wehrpflicht eingeführt worden war, erlaubte die DDR-Führung

ab 1964 einen Wehersatzdienst. Dieser waffenlose Dienst durfte aber nur wegen „religiöser Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen“ gewählt werden. Die Evangelische Kirche veröffentlichte 1965 die wichtige Broschüre „Zum Friedensdienst der Kirche“, worin sie offen die Wehrdienstverweigerung als Form des Friedensgebotes unterstützte.²⁸ Neben solchen Ratgebern wurden auch Lebensgeschichten von Ersatzdienstleistenden veröffentlicht, zum Beispiel mit Schilderungen ihrer Diskriminierung als Bausoldaten. Ein waffenloser Dienst war in der sozialistischen und militarisierten DDR grundsätzlich verdächtig. Auch der „Friedensdienst“ hatte ein bewaffneter zu sein.

Es waren bespitzelte und zugleich relativ geschützte Räume, in denen in der DDR eine alternative Friedensbewegung entstehen konnte. An öffentlichen Protest war seit der gewaltvollen Niederschlagung des „Volksaufstands“ von 1953 nicht zu denken,²⁹ stattdessen suchte sich die Unzufriedenheit andere Kanäle.³⁰ In Leipzig hatte die Evangelische Kirche schon Anfang der 1970er Jahre mit ihrer „Offenen Arbeit“ begonnen, um Jugendlichen einen toleranten Zufluchtsort zu bieten. Die Idee verbreitete sich an zahlreichen Orten, unter anderem in Königswalde im Südwesten von Sachsen, wo mit dem „Christlichen Friedensseminar Königswalde“ eine Art Friedenshochburg in der Provinz entstand.³¹

Ab Mitte der 1970er Jahre war die DDR-Führung bestrebt, ihre Zivilverteidigung neu zu organisieren, offiziell als Reaktion auf die zunehmenden internationalen Spannungen des Kalten Krieges. Die geplante Einführung eines schulischen Wehrunterrichts sorgte für merklichen Unmut in der Bevölkerung. Gegen die Ausweitung des Wehrdienstes auf Frauen organisierten die „Frauen für den Frieden“ auch öffentliche Aktionen und vernetzten sich im weiteren Verlauf re-

²⁴ Vgl. Timothy Scott Brown, 1968 in West Germany: The Anti-Authoritarian Revolt, in: *The Sixties* 2/2014, S. 99–116.

²⁵ Vgl. Florian Butollo/Philipp Kufferath/Jan Schalauske, 40 Jahre 1968 – Die Rolle des SDS. Eine Organisation in Bewegung, Hamburg 2008.

²⁶ Vgl. Patrick Bernhard, „Make love not war!“ Die APO, der Zivildienst und die sozialliberale Koalition, in: Udo Wengst (Hrsg.), *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik vor und nach 1968*, München 2011, S. 11–29.

²⁷ Vgl. Sebastian Kalden, *Über Kreuz in der Raketenfrage. Transnationalität in der christlichen Friedensbewegung in Westeuropa 1979–1985*, Baden-Baden 2017, S. 15.

²⁸ Vgl. Alexander Leistner, *Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR*, Konstanz 2016, S. 154–160.

²⁹ Vgl. das Dossier „Der Aufstand des 17. Juni 1953“, 1. 6. 2018, www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953.

³⁰ Einen Überblick bietet das Projekt „Jugendopposition in der DDR“ der Robert-Havemann-Gesellschaft, www.jugendopposition.de.

³¹ Vgl. Rainer Eckert, Die unabhängige Friedensbewegung in der DDR, in: Christoph Becker-Schaum et al. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 200–212, hier S. 202.

publikweit.³² Daneben gab es weitere Themen, die in den alternativen Gruppen diskutiert wurden, etwa Umweltschäden oder die ausstehende Umsetzung der 1975 verabschiedeten KSZE-Schlussakte.³³ Die alternative Friedensbewegung wurde Teil einer zunehmend sichtbaren, oppositionellen Bürgerrechtsbewegung in der DDR.

FRIEDENSBEWEGUNG ZU BEGINN DER 1980ER JAHRE

Auch in der Bundesrepublik wuchsen in den 1970er Jahren die inneren Spannungen, nicht zuletzt, weil sich mit den Protestbewegungen viele junge Menschen politisiert hatten.³⁴ Nach der Zersplitterung der Neuen Linken bildeten sich spezifische Protestthemen in den Neuen Sozialen Bewegungen heraus, etwa in der Umwelt- oder der Frauenbewegung.³⁵ Vor allem der Widerstand und Protest gegen lokale, umweltgefährdende Großprojekte wuchs an; von hier war es für viele nur ein kleiner Schritt, um sich ab 1979 gegen die angekündigte Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen an verschiedenen Standorten der Republik zu engagieren. Während auf internationaler Ebene verhandelt wurde, formierten sich vor allem in den Niederlanden, in Belgien, Italien, Großbritannien und in der Bundesrepublik friedenspolitische Proteste. Die westdeutsche Friedensbewegung gegen die atomare Aufrüstung trat erstmals 1981 während des Evangelischen Kirchentages in Hamburg sichtbar in Erscheinung. Sie konzentrierte sich in ihrem Protest vor allem auf die Rolle der Bundesregierung und den Nato-Doppelbeschluss selbst; beides bildete in der sehr heterogenen Bewegung einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Darüber hinaus

gingen die Meinungen, wie Sicherheit und Frieden herzustellen seien, zwischen den einzelnen Strömungen weit auseinander.³⁶

Nach einer Findungsphase setzte bis 1983 die Hochphase der Friedensbewegung ein. In dieser Zeit gab es etwa 4000 friedenspolitisch engagierte Gruppen in der Bundesrepublik, die in der Regel aus 20 bis 50 Personen bestanden. Ihre Zahl nahm stetig zu, auch waren sie mehr und mehr überregional vernetzt.³⁷ Ihre Fähigkeit zur massenhaften Mobilisierung führte schließlich auch zu den eindrucksvollsten Bildern der Friedensbewegung der 1980er Jahre: Schon 1979 hatten rund 80 000 AKW-Gegner im Bonner Hofgarten demonstriert, zwei Jahre später versammelten sich dort über 300 000 Friedensdemonstrant:innen. Zum regelrechten Medienereignis geriet dann die Großdemonstration im Oktober 1983, an der rund 500 000 Menschen teilnahmen, bei zahlreichen parallelen Aktionen in der ganzen Republik.

Obwohl der Einfluss der Friedensbewegung über Parteien wie die Grünen – eine aus der Bewegung heraus entstandene Partei – und teilweise auch die SPD bis ins Parlament reichte, konnte sie die Bundestagswahl im März 1983 nicht entscheidend beeinflussen – und dies, obwohl sie in der Kernphase breit mobilisierte, medial präsent war und die Agenda der öffentlichen Debatte mitbestimmte. Die Unionsparteien gingen mit einem klaren Bekenntnis zum Nato-Doppelbeschluss in die Wahl und gewannen diese schließlich mit den Themen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Haushaltskonsolidierung und Stärkung der Eigenverantwortung.³⁸ Nachdem der Bundestag im November 1983 nach heftiger Debatte die Stationierung der Pershing-II-Raketen beschlossen hatte, war die Enttäuschung in der Friedensbewegung groß. Die Proteste ließen deutlich nach, dezentralisierten sich und zogen eine Erneuerung der Bewegung nach sich. Oftmals blieb von den Friedensgruppen nur der harte Kern übrig, der nun über veränderte Proteststrategien reflek-

³² Vgl. Ingrid Miethe, Die „Frauen für den Frieden“ – Ost, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, 16.7.2018, www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/die-frauen-fuer-den-frieden-ost.

³³ Vgl. u.a. Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.), Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.

³⁴ Vgl. Nicolas Büchse, Von Staatsbürgern und Protestbürgern. Der Deutsche Herbst und die Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 311–332, hier S. 328.

³⁵ Vgl. Christian Jansen, „Das Private ist politisch“: (Neue) Soziale Bewegungen von 1970 bis 1989, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), Die halbe Republik. Nation, Staat und Verfassung in der Bonner Republik (1949–1990), Baden-Baden 2026 (i.E.).

³⁶ Vgl. Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

³⁷ Vgl. Christoph Becker-Schaum, Die institutionelle Organisation der Friedensbewegung, in: ders. et al. (Anm. 31), S. 151–168, hier S. 151 f.

³⁸ Vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 43.

tierte. Mit dem Super-GAU in Tschernobyl 1986 kam dann in den bislang nur auf Rüstung ausgegerichteten Gruppen die Kritik an der zivilen Nutzung von Kernenergie als Thema hinzu.

Auch wenn sie keinen direkten Erfolg verbuchen konnte, war die Friedensbewegung der 1980er Jahre mit ihren indirekten und langfristigen Wirkungen die wohl wirkmächtigste außerparlamentarische Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Der aus ihrer Sicht größte Erfolg bestand darin, den bis zu Beginn der 1980er Jahre wirksamen atomaren Konsens der Bundesrepublik ausgehöhlt zu haben. In der DDR wiederum war die alternative Friedensbewegung untrennbar mit der Kritik an den DDR-internen Zuständen verbunden – und damit eine wichtige Basis für die folgende Bürgerrechtsbewegung.

NEUE BEDROHUNGEN

Nach Ende des Kalten Krieges schien für einen kurzen Moment eine friedlichere Welt möglich. Aber schon der gewaltvolle Untergang der Sowjetunion offenbarte, dass sich die internationale Konfliktlage nicht entspannte, sondern vielmehr fragmentierte und differenzierte. Für die Friedensbewegung nicht nur in Deutschland gierten dann die Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien zur größten Herausforderung. Zu keinem Zeitpunkt gelang die Mobilisierung größerer Menschenmengen; zu sehr waren Parteien, Organisationen und Öffentlichkeit mit der grundsätzlichen Frage beschäftigt, wie man sich angesichts der offenkundigen Menschenrechtsverbrechen zur Frage der bewaffneten Intervention verhalten sollte – ein Konflikt, der die Friedensdebatten bis in die Gegenwart hinein prägt.³⁹

Präsent war die Friedensbewegung in der Folgezeit immer dann, wenn größere internationale Gewaltkonflikte ausbrachen, etwa 1991 im Zweiten Golfkrieg oder bei der US-Intervention im Irak 2003. Unter dem Motto „Kein Blut für Öl“ gingen damals zehntausende Menschen auf die Straße und kritisierten die Interventionen als „Rohstoffkriege“. Seitdem ist der Streit über die Legitimität und den Nutzen militärischer Interventionen, Aufrüstung und Waffenlieferungen

zum Zwecke der Befriedung von Gewaltkonflikten nicht abgerissen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2014/2022 und dem Krieg in Gaza 2023 steht er wieder ganz oben auf der Tagesordnung.

Eine kleine Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland muss ein ambivalentes Resümee ziehen. Friedensorganisationen wie das „Netzwerk Friedenskooperative“, „Ohne Rüstung Leben“ oder die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) sind zwar wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, die wertvolle Vernetzungsarbeit leisten; eine breitere Sichtbarkeit stellt sich aber immer nur dann ein, wenn es ihnen gelingt, Sympathisanten in großer Zahl auf die Straße zu bringen. Derzeit erleben sämtliche Protestaktionen, auch die Ostermärsche, wieder steigende Teilnehmerszahlen. Das Interesse an Friedensthemen ist auch wegen der zu beobachtenden „Rückkehr der Raketen“ und einer damit verbundenen Renuklearisierung der Bedrohungslage schon seit Mitte der 2010er Jahre wieder angestiegen.

Jedoch sind die Herausforderungen vielfältig. Erstens ist der weithin offene Begriff des Friedens nicht davor geschützt, von links bis rechts für eigene Interessen instrumentalisiert zu werden. Zweitens konkurriert die Friedensbewegung mit zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren um Aufmerksamkeit, die Themen reichen vom Klima über Rechtsextremismus bis hin zu Armut und Fürsorge. Drittens schließlich muss die Friedensbewegung eine Antwort finden auf die Rückkehr des konventionellen Kriegs nach Europa. Hier stößt sie auf die altbekannte Grundsatzfrage, ob eine Befriedung von Gewaltkonflikten durch mehr oder weniger Waffen zu erreichen ist.

CLAUDIA KEMPER

ist habilitierte Historikerin und wissenschaftliche Referentin am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster.

³⁹ Vgl. Dieter Janssen, *Menschenrechtsschutz in Krisengebieten. Humanitäre Interventionen nach dem Ende des Kalten Krieges*, Frankfurt/M. 2008.

DIE BÜNDNISGRÜNEN ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Arnd-Michael Nohl

Der Kontrast könnte markanter nicht sein: Am 10. Oktober 1981, auf der ersten großen Friedensdemonstration nach Gründung der grünen Partei, forderte ihre Bundesvorstandssprecherin Petra Kelly im Bonner Hofgarten ein atomwaffenfreies Europa und die Abrüstung konventioneller Waffen. Gut 43 Jahre später, im Januar 2025, plädierte der bündnisgrüne Kanzlerkandidat Robert Habeck für eine Verdoppelung der Verteidigungsausgaben.⁰¹

Man könnte diesen Wandel als einfache Anpassung an die sich verändernden Verhältnisse, als politischen Opportunismus oder gar als Prinzipienlosigkeit betrachten. Doch die Grünen haben es sich keineswegs leicht gemacht. So existenziell, wie sie einst der Friedensbewegung verbunden waren, so intensiv haben sie über Auslandseinsätze der Bundeswehr gestritten. Und um eine neue Haltung gegenüber Krieg und Frieden gerungen.

Im Folgenden soll nicht nur dieser „schmerzhafte Erfahrungs- und Lernprozess“, wie ihn Sara Nanni, die sicherheitspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, heute nennt, anhand herausgehobener Wegmarken beleuchtet werden.⁰² Vielmehr haben die Grünen mit ihrem schonungslosen Diskussionsprozess einen politisch-werteorientierten Konflikt stellvertretend ausgefochten, der auch viele Menschen dies- und jenseits der Partei bewegt. Auch der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Wandlungsprozesses soll daher, soweit möglich, nachgegangen werden. Ausgespart bleiben müssen indes die bisweilen parallelen, zeitweilig aber auch gegenläufigen Diskussionen anderer Parteien.

DIE FRIEDENSBEWEGUNG – EINE WURZEL DER GRÜNEN

Verschiedene Strömungen der alternativen Szene trugen zur Gründung der grünen Partei im Januar 1980 bei. Neben Atomkraftgegner*innen, Feminist*innen, der Neuen Linken und der Solidaritätsbewegung mit der damals so genannten

„Dritten Welt“ war auch die neue Friedensbewegung vertreten. Letztere war in sich ebenfalls heterogen. Noch in den frühen 1970er Jahren hatten christliche Initiativen, „antimilitaristisch sowie orthodox-links geprägte politische Gruppierungen“ einander misstrauisch beäugt.⁰³ Erst ihr Protest gegen die von den USA vorangetriebene Entwicklung einer Neutronenbombe, einer Nuklearwaffe, die nur Menschen, aber kein Material vernichten sollte, ließ sie Gemeinsamkeiten entdecken. In der Gegnerschaft zur Kernenergie ergaben sich zudem Konvergenzen mit der Ökologie- und Frauenbewegung sowie der unorthodoxen Neuen Linken.⁰⁴ Der sich verschärfende Ost-West-Konflikt und der Nato-Doppelbeschluss zur Stationierung atomar bestückter Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper politisierten viele Menschen und trugen Ende 1979 maßgeblich zur Entstehung einer „friedenspolitischen Massenbewegung“ bei.⁰⁵ In dieser dominierten nunmehr links-alternative Milieus gegenüber der orthodoxen, der Sowjetunion zugewandten Linken. Gefördert durch die Gründung der grünen Partei, machte sich zudem eine „ökologisch-pazifistische Gesamtausrichtung“ breit.⁰⁶

So verknüpfte im Oktober 1981 Petra Kelly in ihrer Rede vor 300 000 Demonstrant*innen in Bonn ökologische Fragen mit der Friedensthematik und sah dabei den Warschauer Pakt ebenso in der Verantwortung wie die Nato: „Wir lehnen atomare Bomben und Reaktoren überall ab, denn Bomben und Reaktoren sind nicht voneinander zu trennen.“ Einen Bogen zu feministischen Diskursen spannte sie, indem sie wenig später hinzufügte: „Wir Frauen passen unter keinen Helm, weder Kochtopf noch Stahlhelm ist unsere Parole.“⁰⁷

Diese Haltung eines „methodischen Pazifismus“ fand ihren Ausdruck in jener Zeit nicht nur als politische Forderung, sondern war auch ein persönliches Handlungsmotiv⁰⁸ – und schlug sich etwa auch in der steigenden Anzahl von Kriegsdienstverweigerungen nieder.

In ihrer pazifistischen Haltung waren sich die Grünen der Bedrohung durch die Unrechtsregime des Ostblocks indes durchaus bewusst. Nach ihrem Einzug in den Bundestag 1983 hatten Petra Kelly und drei weitere Abgeordnete der Grünen auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz, in der Hauptstadt der DDR, für Abrüstung demonstriert und mit „Schwerter zu Pflugscharen“ das Banner der unabhängigen DDR-Friedensbewegung hochgehalten, bis sie von der Polizei abgeführt wurden. Bei einem späteren Treffen mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, der sie zu Vereinnahmen versuchte, setzten sie sich zu dessen Erstaunen öffentlich für Menschenrechte und Freiheit in der DDR ein.⁰⁹

Die guten Kontakte zur DDR-Opposition und zur unabhängigen Friedensbewegung waren auch die Grundlage für die Wahlplattform, die die Grünen nach dem Mauerfall mit dem Bündnis 90, einer Vereinigung unterschiedlicher DDR-Bürgerrechtsgruppen, gründeten. Zu diesen gehörte auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die, von einem umfassenden Friedensbegriff ausgehend, schon 1987 nicht nur zu allseitiger Abrüstung aufgerufen hatte, sondern auch zu einer Demokratisierung von unten.¹⁰ Die Wahlplattform forderte denn auch nichts weniger als die „vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands“. Sie machte zugleich aber

deutlich, dass es beim Prinzip der Gewaltfreiheit nicht um ein „passives Ertragen“, sondern um „aktionsreiche[n] Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“ ging.¹¹

Im Unterschied zum Bündnis 90 gelang es den westdeutschen Grünen bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen nicht, die Fünfprozenthürde zu überwinden.¹² Erst nach dem Zusammenschluss beider Parteien zu „Bündnis 90/Die Grünen“ zogen sie 1994 wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Hatten die Bündnisgrünen in ihrem Wahlprogramm – trotz des seit 1991 tobenden Bürgerkriegs im zerfallenden Jugoslawien – noch auf „friedliche Konfliktverarbeitung“ sowie „vorbeugende Konfliktvermeidung“ gesetzt und die Abschaffung der Bundeswehr gefordert,¹³ sollte sich dies mit dem genozidalen Massaker von Srebrenica ändern.¹⁴

KEHRTWENDE

Wenige Tage, nachdem UN-Blauhelmsoldaten die Ermordung Tausender bosnischer Muslime durch serbische Truppen zugelassen hatten, richtete Joschka Fischer einen offenen Brief an seine Fraktion, an die Partei, aber auch an die Öffentlichkeit. Die Friedensbewegung habe die „richtige Antwort“ auf die „thermonukleare Massenvernichtungsdrohung“ des Kalten Krieges gehabt, erweise sich nun aber als „hilflos“. Angesichts dieser „bitteren Erkenntnis“ rief der Fraktionssprecher und heimliche Parteiführer die Bündnisgrünen zur Revision ihrer pazifistischen Haltung auf. Man müsse sich zwischen dem Abzug der UN-Truppen mit „seinen katastrophalen Folgen“ und einer robusten „militärischen Intervention“ der UN entscheiden.¹⁵

01 Vgl. „Ich kann mit einigen Ihrer Fragen nicht viel anfangen“. Interview mit Robert Habeck, in: *Der Spiegel* 2/2025, S. 8–15, hier S. 12.

02 Sara Nanni, Frieden mit der Bundeswehr – eine gegenseitige Annäherung, in: Michael Bartscher/Stefan Hansen/Michael Rohschürmann (Hrsg.), *Die Zeitenwende – sicherheitspolitischer Kulturwandel in der Bundesrepublik Deutschland?*, Wiesbaden 2025, S. 277–288, hier S. 278.

03 Susanne Schregel, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt/M.–New York 2011, S. 43f.

04 Vgl. ebd., S. 53ff.

05 Ute Finckh-Krämer, *Friedensbewegung*, in: Hans J. Gießmann/Bernhard Rinke (Hrsg.), *Handbuch Frieden*, Wiesbaden 2019², S. 123–132, hier 127.

06 Schregel (Anm. 3), S. 57.

07 Siehe 10.10.1981, *Bonner Hofgarten – Friedensdemonstration*, www.youtube.com/watch?v=wn9TzLyg734.

08 Vgl. Andreas Stifel, *Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung. Bündnis 90/Die Grünen als politische Partei und soziokulturelles Phänomen*, Wiesbaden 2018, S. 104.

09 Siehe hierzu z.B. den Dokumentarfilm „Petra Kelly – Act Now!“ von Doris Metz, Deutschland 2024.

10 Vgl. Vorstellung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche Berlin, in: *Grenzfall* 11–12/1987, o.S.

11 Die Grünen/Bündnis 90, Wahlplattform, S. 4. www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1990_Wahlplattform_Bundestagswahl.pdf.

12 Bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen bildeten Ost und West separate Wahlgebiete mit je eigener Fünfprozenthürde.

13 Bündnis 90/Die Grünen, Programm zur Bundestagswahl 1994, S. 72, S. 76. www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf.

14 Zum Folgenden auch Arnd-Michael Nohl, *Erziehende Demokratie – Orientierungszumutungen für Erwachsene*, Wiesbaden 2022, S. 19–42.

15 Joschka Fischer, Brief an die grüne Partei, 30.7.1995, www.blaetter.de/ausgabe/1995/september/die-katastrophe-in-bosnien-und-die-konsequenzen-fuer-unsere-partei. Gekürzte Fassungen des offenen Briefs erschienen auch in der „taz“ und der „Frankfurter Rundschau“.

Obgleich es schon zuvor Stimmen gegeben hatte, die sich für „militärische Zwangsmittel“ der UN zur Verhinderung eines „Genozids“ in Bosnien-Herzegowina einsetzten,¹⁶ markiert dieser offene Brief den Startpunkt für eine fundamentale außen- und sicherheitspolitische Kehrtwende der Bündnisgrünen. Fischer hatte zwar nur ganz am Rande für die militärische Option plädiert, doch der Rahmen war gesetzt: Indem er von einem „neuen Faschismus“ sprach, führte er allen Friedensbewegten vor Augen, dass ihre beiden Maximen „Nie wieder Auschwitz“ und „Nie wieder Krieg“ hier nun in Widerspruch zueinander standen.

Fischers Brief entfachte kontroverse Diskussionen in Partei und Öffentlichkeit. Sein Parteikollege Ludger Volmer forderte sarkastisch, Fischer solle sich „eine Knarre beschaffen und nach Sarajewo gehen“.¹⁷ In dem offenen Brief, den er schließlich zusammen mit Jürgen Trittin, Claudia Roth und Kerstin Müller verfasste, gelang es jedoch nicht, sich dem von Fischer gesetzten Rahmen zu entziehen. Anstatt eine eigene, pazifistische Perspektive zu entfalten, hinterfragten die Autor*innen vornehmlich die Realisierbarkeit der Forderungen ihres Fraktionsprechers. Dass sie gleichwohl vor einer „Programmrevision“ warnten, „die die Umkehrung grundsätzlicher Wertentscheidungen (...) zwangsläufig zur Folge hat“, gab zu erkennen:¹⁸ Fischers offener Brief markierte den Auftakt zu einer „Politik des Identitäts- und Orientierungswandels“.¹⁹

Tatsächlich hörte Fischer nicht auf, den Grünen und ihren Anhänger*innen die neue politische Orientierung zuzumuten. In einem weiteren offenen Brief schulmeisterte er seine vier Opponent*innen, bezichtigte sie der „Flucht vor der Wirklichkeit“ und forderte angesichts „der Gefahr eines Völkermordes eine Interventionspflicht der UN“. Zugleich baute er seinen Widersacher*innen eine Brücke: Nicht nur habe „die friedliche Konfliktprävention unbedingten Vorrang“,

sondern er, Fischer, habe seine Überzeugungen ebenfalls erst aufgrund „selbstkritischer Erkenntnis“ geändert. „Bitter“ sei es zudem, zu wissen, dass der „Massenmord“ militärisch verhinderbar gewesen sei. Mit diesem Zu- und Eingeständnis erleichterte er es seinen Leser*innen, diesen Weg des Orientierungswandels mit ihm zu gehen, erhöhte aber zugleich den Druck auf all jene, die sich seiner Einsicht widersetzen.²⁰

In der Folge wuchs die Zustimmung innerhalb der grünen Bundestagsfraktion zu einer Beteiligung der Bundeswehr am Nato-geführten IFOR-Einsatz zur Absicherung des Friedensabkommens von Dayton, das 1995 den Krieg in Bosnien und Herzegowina beendet hatte. Auf einer Bosnien-Reise von Parteiführung und Fraktion mit den Verheerungen des Bürgerkriegs konfrontiert, wurden auch jene, die bislang am Pazifismus festgehalten hatten, verunsichert oder gar zu Befürworter*innen eines militärischen Eingreifens.²¹

Auch wenn die Bündnisgrünen damals in der Opposition waren, diskutierten sie ihre politischen Positionen vor dem Horizont einer möglichen Regierungsbeteiligung, die sich schließlich 1998 realisierte. Noch bevor die rot-grüne Bundesregierung vereidigt wurde, brachte das alte CDU-FDP-Kabinett, in Absprache mit der rot-grünen Führungsriege, im Oktober 1998 einen Antrag ins Parlament ein, der die Beteiligung der Bundeswehr an Luftschlägen gegen Rest-Jugoslawien vorsah, sollte dieses seinen Krieg gegen die Kosovo-Albaner*innen nicht beenden. Knapp zwei Drittel der bündnisgrünen Abgeordneten votierten für den Antrag, der am 24. März 1999 zum ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr führen sollte – und dies ohne ein Mandat der Vereinten Nationen.

Die Partei und ihre Anhänger*innen, die den von Fischer initiierten Orientierungswandel weitaus langsamer durchliefen als die bündnisgrüne Regierungsfraktion und sich ihm zum Teil entgegenstellten,²² brachte dies in Aufruhr. Dieser entlud sich auf einem Sonderparteitag im Mai 1999: In einer Bielefelder Mehrzweckhalle,

16 Lukas Beckmann/Daniel Cohn-Bendit et al., Für die Weiterentwicklung einer bündnisgrünen Außen- und Sicherheitspolitik, Antrag auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn, 9.10.1993.

17 Diese und weitere Reaktionen dokumentiert bei Fischer (Anm. 15).

18 Kerstin Müller/Claudia Roth/Jürgen Trittin/Ludger Volmer, Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, 31.10.1995.

19 So Michael Schwab-Trapp, Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991–1999, Opladen 2002, S. 178.

20 Joschka Fischer, Auf der Flucht vor der Wirklichkeit? Eine öffentliche Antwort auf den offenen Brief von Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Ludger Vollmer, 27.11.1995.

21 Hiervon berichtet z.B. Winfried Nachtwei, der sich damals zu einem (wenn auch skeptischen) Gesprächspartner der Armee wandelte; <http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1431>.

22 Vgl. Stifel (Anm. 8), S. 113.

die Joschka Fischer später als „Hexenkessel mit Sprechchören, Transparenten und Trillerpfeifen“ beschrieb,²³ wurde der Außenminister mit einem Farbbeutel beworfen und am Trommelfell verletzt. Sichtlich mitgenommen und nun von mehreren Leibwächtern beschützt, unterstrich er wenig später in seiner Rede die aus seiner Sicht existenzielle Dimension der Problematik, verwies auf seine eigene „Zerrissenheit“, forderte dann aber die „ganze Partei“ auf, sich der „Verantwortung“ zu stellen. Sie müsse den „Widerspruch“ aushalten, einerseits „mit militärischen Mitteln, mit einem Krieg, Milosevic Einhalt [zu] gebieten“, um andererseits „alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine Friedenslösung (...) zu erreichen“.²⁴ Der Appell zeigte Wirkung. Die Mehrheit des Parteitags stimmte dem grünen Außenminister am Ende zu.²⁵ Mit dieser Kehrtwende wurde für die Bündnisgrünen militärische Gewalt zur Ultima Ratio. Die Gewaltfreiheit war hinfort gegenüber anderen wichtigen Werten, vor allem der Wahrung der Menschenrechte und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, abzuwägen.

GESELLSCHAFTLICHE WILLENSBILDUNG

Die Bündnisgrünen haben ihre Kehrtwende nicht in den geschlossenen Räumen der Partei vollzogen; vom ersten offenen Brief Fischers bis zum Bielefelder Parteitag haben sie die Öffentlichkeit an dieser Diskussion intensiv beteiligt. Der Streit, den die Grünen auf die Spitze trieben, ermöglichte es so interessierten Bürger*innen, die konträren Positionen zu gewaltsamen Auslandseinsätzen der Bundeswehr in aller Prägnanz, aber virtuell gegeneinander abzuwägen. Die Grünen erfüllten damit eine wichtige Funktion von politischen Parteien: Sie erbrachten im „öffentlichen Raum politische Orientierungsleistungen“ und trugen „zur Herausbildung von Überzeugungen und Werthaltungen der Bürger bei“.²⁶

Im Unterschied zu privaten Gesprächskreisen oder Universitätsseminaren führen Parteien, soweit

sie nicht in der Fundamentalopposition verharren, solche Diskussionen im Hinblick auf ihre unmittelbaren Konsequenzen, bereiten sie doch kollektiv bindende Entscheidungen vor. Aufgrund ihrer zentralen Position im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess²⁷ sind Parteien dazu gezwungen, gesinnungs- und verantwortungsethische Argumente gegeneinander abzuwägen. In einer solchen Situation kann man dem Pazifismus nicht das Wort reden, ohne mögliche Konsequenzen – etwa die Ohnmacht gegenüber Massenmördern – zu berücksichtigen. Der „abgrundtiefe Gegensatz“, der sich, so Max Weber, in der Politik immer wieder zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik auftut,²⁸ prägte nicht nur die Haltung der Grünen zum Jugoslawien-Einsatz der Bundeswehr, sondern sollte sie auch weiterhin beschäftigen.

„FISCHER GEHT ZUR BUNDESWEHR“

Dabei wurden die Grünen auch deshalb zum Katalysator eines gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses, weil sie „im Bewusstsein der politischen Öffentlichkeit ‚die‘ Opposition gegen militärische Interventionen“ verkörperten.²⁹ Damals galten die Bündnisgrünen als diejenige Partei, die pazifistische Positionen nicht leichtfertig aufgibt. Als Außenminister war Joschka Fischer somit in einer ähnlichen Position wie einst US-Präsident Richard Nixon, der als notorischer Antikommunist glaubwürdig mit China verhandeln konnte, ohne dass man ihn der Sympathie für Mao Zedong verdächtig hätte.³⁰

Diese in der Politikwissenschaft „Nixon goes to China“ genannte Konstellation war auch deshalb wichtig, weil die Parteiführung der Bündnisgrünen mit ihrer Kehrtwende viele Pazifist*innen in den gesellschaftlichen Konsenskorridor integrieren konnte. Die Mehrheit der Bevölkerung war gegenüber friedensschaffenden Bundeswehr-Auslandseinsätzen zwar zurückhaltend, aber nicht völlig ablehnend eingestellt. Dies sollte sich auch in einem Krieg zeigen, der für die Bundeswehr das Ausmaß des Jugoslawienkriegs bei Weitem überstieg.

²³ Joschka Fischer, *Die rot-grünen Jahre: Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*, Köln 2007, S. 222.

²⁴ Joschka Fischer auf dem Kosovo-Sonderparteitag in Bielefeld 1999, www.youtube.com/watch?v=7jsKCOTM4Ms.

²⁵ Vgl. Schwab-Trapp (Anm. 19), S. 350; Fischer (Anm. 23), S. 227 ff.

²⁶ Elmar Wiesendahl, *Parteienforschung. Ein Überblick*, Wiesbaden 2022, S. 74.

²⁷ Vgl. Uwe Jun, *Typen und Funktionen von Parteien*, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013, S. 119–144, hier S. 120.

²⁸ Max Weber, *Politik als Beruf*, Berlin 2010 (1919), S. 56.

²⁹ Schwab-Trapp (Anm. 19), S. 151.

³⁰ Siehe hierzu und zum Folgenden Nohl (Anm. 14), S. 83–96.

AFGHANISTAN

Am 11. September 2001 lenkten Al-Qaida-Terroristen Passagierflugzeuge in die New Yorker Twin Towers und das Pentagon, Sitz des US-Verteidigungsministeriums, fast 3000 Menschen starben. Ausgehend von einer Resolution des UN-Sicherheitsrats rief die Nato den Bündnisfall aus, und die US-Regierung startete im Oktober Angriffe vor allem auf Afghanistan, wo die regierenden Taliban der Al-Qaida-Führung mutmaßlich Unterschlupf gewährten.

Die Parlamentsdebatte am 16. November 2001 zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeigte, dass sich die Bündnisgrünen von einer uneingeschränkt pazifistischen Haltung – soweit diese je verfolgt worden war – endgültig verabschiedet hatten: Kerstin Müller stellte sich, ebenso wie die meisten Fraktionsmitglieder, hinter „begrenzte und zielgerichtete militärische Maßnahmen gegen die Infrastruktur der terroristischen Netzwerke“, auch wenn sie zugleich die Bedeutung „ziviler Konfliktlösungen“ und „humanitärer Hilfe“ hervorhob.³¹

Dass die Grünen sich von einem gesinnungsethischen Pazifismus weitgehend verabschiedet hatten, zeigte sich selbst noch in der ablehnenden Haltung, die acht der insgesamt 47 bündnisgrünen Abgeordneten wenige Tage zuvor zur Entsendung von Truppen artikuliert hatten, begründeten sie dies doch mit der fehlenden „politischen Lösung für die Zeit nach den Taliban“.³² Um den Bundeskanzler nicht zu stürzen – Gerhard Schröder hatte den Bundeswehreininsatz mit der Vertrauensfrage verknüpft –, sorgten sie gleichwohl für eine eigene Regierungsmehrheit.³³ Verantwortungsethische Argumente wurden mithin sowohl für die Ablehnung des Bundeswehreininsatzes als auch für eine Weiterführung der Koalition in Anspruch genommen. Diese Haltung führte einen Monat später dazu, dass die Beteiligung der Bundeswehr an der zweiten, nunmehr friedenssichernden Mission ISAF von keinem bündnisgrünen Abgeordneten abgelehnt wurde.

In den folgenden Jahren begleitete Bündnis 90/ Die Grünen den ISAF-Beitrag der Bundeswehr aus der Nähe (hierfür steht vor allem Winfried Nachtwei) beziehungsweise aus der Distanz (etwa durch

Hans-Christian Ströbele), stets aber mit einem kritischen Auge. Ein maßgebliches Kriterium, das die Bündnisgrünen dabei anlegten, waren die Menschenrechte, die durch ISAF gesichert werden sollten, aber bisweilen auch verletzt zu werden drohten. Erstmals spielten für die Grünen aber auch die materiellen Ausrüstungsbedingungen, unter denen Soldat*innen in Afghanistan kämpften, eine Rolle.

„SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE“

Auf den Jugoslawienkrieg hatte die Führung der Bündnisgrünen erst zögerlich, dann aber mit einer ethisch fundierten Kehrtwende reagiert. Vom 11. September wurde sie, wie alle Welt, überrascht, konnte sich jedoch machtpragmatisch positionieren, da sie den gesinnungsethischen Pazifismus bereits hinter sich gelassen hatte. Den Angriff Russlands auf die Ukraine indes haben führende Bündnisgrüne frühzeitig antizipiert.

Schon im Vorfeld der Krim-Annexion durch Russland hatte der Bürgerrechtler und ostdeutsche Europaabgeordnete Werner Schulz eine militärische „Beistandsgarantie“ für die Ukraine gefordert.³⁴ Im Mai 2021, neun Monate vor Kriegsbeginn, betonte Robert Habeck auf einer Reise in die Ukraine, dass das Land den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 zu Recht „als Verrat“ wahrnehme. Angesichts der russischen Aggression könne man überdies der Ukraine die Lieferung von „Defensivwaffen (...) schwer verwehren“.³⁵ Der heftigen Kritik seitens CDU/CSU und SPD – und auch aus Teilen der eigenen Partei – entgegnete der Grünen-Vorsitzende: „Die Ukraine verteidigt auch die Sicherheit Europas.“ Sie nicht zu unterstützen, sei eine „Einladung an Russland, andere Konflikte ebenfalls eskalieren zu lassen“.³⁶

Als Russland in der Nacht zum 24. Februar 2022 tatsächlich die Ukraine umfassend angriff, erklärte Annalena Baerbock wenige Stunden später: „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“,³⁷ und setzte so einen Ton, der diskursiv

³¹ Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/202, 16. 11. 2001, S. 19868.

³² Ebd.

³³ Vgl. ebd., S. 19888.

³⁴ Vgl. z.B. Kersten Knipp, „Russland schneidet sich ins eigene Fleisch“, 3.3.2014, www.dw.com/de/a-17469890.

³⁵ Zit. nach Klaus Remme, „Wunsch nach Defensivwaffen berechtigt“, 25.5.2021, www.deutschlandfunk.de/wunsch-nach-defensivwaffen-berechtigt-gruenen-vorsitzender-robert-habeck-in-der-ukraine-dlf-cec745ca-100.html.

³⁶ Ebd.

³⁷ Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, zum russischen Angriff auf die Ukraine, 24.2.2022, www.bundesregierung.de/-2007934.

auf die „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) einstimmt. Die Bedeutung dieses Angriffskriegs sah die Außenministerin der Ampelkoalition im Bruch der „elementarsten Regeln der internationalen Ordnung“.³⁸ Sie fügte damit dem schon von Habeck hervorgehobenen Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Sicherheit Europas einen weiteren, später allseits betonten Punkt hinzu.

Dass die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung habe und mit Waffenlieferungen zu unterstützen sei, spiegelte einen breiten Konsens bei den Bündnisgrünen wider. Hans-Christian Ströbele etwa, der, ohne Pazifist zu sein, Auslandseinsätzen der Bundeswehr stets skeptisch gegenübergestanden hatte, konnte an das Recht von „Befreiungsbewegungen im globalen Süden“ anknüpfen, „mit Waffen gegen Unterdrückung und für ihre Selbstbestimmung zu kämpfen“ – ein Recht, das auch ein Land wie die Ukraine habe.³⁹ Lukas Beckmann, frühzeitiger Befürworter von militärischer Gewalt zur Verhinderung eines Genozids in Bosnien, griff hingegen auf die Erfahrungen der Bürgerrechtler*innen im Ostblock, etwa die von Gerd Poppe, zurück. Diese hätten den untrennbaren Zusammenhang von „Frieden und Menschenrechten“ einerseits und der Pflicht zum „Widerstand in einem autoritären System“ andererseits hervorgehoben.⁴⁰ Positionen wie die von Antje Vollmer, die auch angesichts der russischen Aggression nicht von ihren pazifistischen Grundüberzeugungen lassen wollte, waren in der Partei längst in der Minderheit.⁴¹

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die bündnisgrüne Fraktion sowohl Waffenlieferungen an die Ukraine als auch dem 100-Milliarden-Schuldenpaket zur Aufrüstung der Bundeswehr zustimmte. Bemerkenswert ist aber, dass

es dabei nicht blieb: Während die SPD und mit ihr Bundeskanzler Olaf Scholz sich alsbald wieder von der uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine verabschiedeten, um Russland nicht zu sehr zu provozieren,⁴² trieben einzelne grüne Abgeordnete wie Anton Hofreiter die eigene Bundesregierung mit der Forderung nach der Lieferung schwerer Waffen vor sich her.⁴³ Robert Habeck wiederum forderte im November 2024 weitere Sonderschulden für die Bundeswehr⁴⁴ – eine Forderung, die zunächst bei Union und SPD auf Ablehnung stieß, nach der Bundestagswahl und vor der Konstituierung des neuen Parlaments aber bereitwillig aufgenommen wurde, um die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag zu sichern.

Im Ukrainekrieg führen die Bündnisgrünen also nicht mehr – wie noch in den 1990er Jahren – Pazifist*innen an die gesellschaftliche Mehrheit heran. Vielmehr treiben sie die ehemaligen Volksparteien zu einer militärisch robusten Antwort auf den russischen Angriffskrieg.

„FRIEDEN MIT DER BUNDESWEHR“

Die Bündnisgrünen haben sich von einer politischen Gruppierung, die strikt auf Gewaltfreiheit setzte und die Bundeswehr abschaffen wollte, zu einer Partei des „Friedens mit der Bundeswehr“ gewandelt, wie die sicherheitspolitische Sprecherin der Fraktion doppeldeutig feststellte.⁴⁵ Ohne die Skepsis gegenüber militärischer Gewalt zu verlieren, haben sie die Bundeswehr als notwendiges, wenn auch ungeliebtes Mittel der Friedenssicherung schätzen gelernt.

Diesen Wandel hat sich die Partei nie leicht gemacht. Sie hat stets intensiv darüber diskutiert, welche Folgen Militäreinsätze – oder deren Unterlassen – für andere zentrale Werte haben: für Demokratie und Menschenrechte, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für Frieden in Europa, für die regelbasierte Weltordnung. Dass all diese Werte durch den russischen Angriff auf die Ukraine gleichzeitig gebrochen worden sind, mag die geradezu überschießende Vehemenz erklären, mit der sich die einstige Partei der Gewaltfreiheit nun für militärische Verteidigung ins Zeug legt.

ARND-MICHAEL NOHL

ist Professor für Erziehungswissenschaft, insbesondere systematische Pädagogik, an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg.

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. „Man muss Putin alles zutrauen“, 25.4.2022, <https://taz.de/15846913>.

⁴⁰ Rede von Lukas Beckmann beim Länderrat 2025 – Gedenken an Gerd Poppe, www.youtube.com/watch?v=poT5dRC-9_M.

⁴¹ Vgl. Antje Vollmer, Was ich noch zu sagen hätte, www.antje-vollmer.de/index_html_files/Vermaechtnis%20PDF.pdf.

⁴² Vgl. Axel Heck, Ready, Steady, No? The Contested Legitimacy of Weapon Deliveries to Ukraine in German Foreign Policy Discourse, in: Politische Vierteljahresschrift 1/2025, S. 45–75.

⁴³ Vgl. „Der Stil von Scholz passt nicht“. Interview mit Anton Hofreiter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.2022, S. 2.

⁴⁴ Vgl. Robert Habeck fordert Sachpolitik statt Populismus, 10.11.2024, www.deutschlandfunk.de/interview-robert-habeck-koalitionsbruch-ampel-neuwahlen-vertrauenfrage-100.html.

⁴⁵ Vgl. Nanni (Anm. 2).

SICHERHEITSPOLITISCHER PRAGMATISMUS STATT IDEALISMUS

Der Pazifismus der Deutschen in der Zeitenwende

Timo Graf

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert einen Epochenbruch für die europäische Sicherheitsordnung, der Deutschland zu einer Kehrtwende in der Verteidigungspolitik und zu einer strategischen Neuausrichtung seiner Rolle in Europa zwingt: Die einstige „Zivilmacht“ soll zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas werden.

Deutschland rüstet massiv auf – und eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt diesen Kurswechsel. Diese „Zeitenwende in den Köpfen“ ist bemerkenswert, steht sie doch der in Politik, Medien und Wissenschaft weitverbreiteten Annahme entgegen, die deutsche Bevölkerung sei mehrheitlich pazifistisch eingestellt. Führt die Zeitenwende also zu einer Abkehr der Deutschen vom Pazifismus? Nein. Neue Forschungsergebnisse legen vielmehr nahe, dass die Bevölkerungsmehrheit weder vor 2022 noch danach pazifistisch eingestellt war. Dementsprechend ist die „Zeitenwende in den Köpfen“ kein Anzeichen für einen grundlegenden Kulturwandel, sondern die sicherheitspolitische Reaktion einer pragmatischen Mehrheit auf die veränderte Sicherheitslage.

BUNDESWEHR UND GESELLSCHAFT: POSTMODERN, POSTHEROISCH, PAZIFISTISCH?

Mit dem Ende des Kalten Krieges war das Schreckensszenario eines zwischenstaatlichen Krieges in Europa vorerst überwunden. In der Folge rüstete Deutschland massiv ab und definierte seine Rolle in den internationalen Beziehungen als „Zivilmacht“.⁰¹ „Scheckheftdiplomatie“ allein bot jedoch keine nachhaltige Lösung, um der Vielzahl internationaler Konflikte sowie den Erwartungen der Verbündeten gerecht zu werden. Um Deutschlands außenpolitische Teilhabe zu sichern, wurde die ehemalige Verteidigungsar-

mee Bundeswehr zu einem flexibel einsetzbaren Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik umgebaut.⁰² Analog dazu sollte sich der postmoderne Soldat im Rahmen „vernetzter Sicherheit“ zum „bewaffneten Sozialarbeiter in globaler Mission“ wandeln.⁰³ Während die Einsparungen bei der Verteidigung und die sich hieraus ergebende „Friedensdividende“ über viele Jahre von einer Bevölkerungsmehrheit begrüßt wurden, stießen die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements auf eine überwiegend kritische Öffentlichkeit.⁰⁴

Vor dem Hintergrund dieser sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklung etablierte sich in weiten Teilen von Politik, Medien und Wissenschaft die Vorstellung, dass die deutsche Gesellschaft eine postheroische Gesellschaft sei, die Kriegserfahrungen nur schwer verarbeiten könne und eine niedrige Toleranz für eigene Gefallene aufweise.⁰⁵ Die strategische Kultur der Bevölkerung im wiedervereinigten Deutschland wird in der einschlägigen Forschungsliteratur als pazifistisch beschrieben.⁰⁶ Insbesondere die militärsoziologische Einstellungsforschung unterfütterte diesen Konsens mit empirischen Befunden, die der deutschen Bevölkerung eine „antimilitaristische“ außen- und sicherheitspolitische Grundhaltung bescheinigten.⁰⁷ Dieser Forschungskonsens prägte auch das Denken der politischen Eliten in Deutschland. Stellvertretend sei der frühere Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maiziére zitiert: „Wir leben in einer zutiefst pazifistischen Gesellschaft mit einer Grundskepsis gegenüber allem Militärischen.“⁰⁸

RÜCKKEHR DES KRIEGES UND „ZEITENWENDE IN DEN KÖPFEN“

Mit Russlands Vollinvasion der Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Dieser Epo-

chenbruch führte nicht nur zu einer verteidigungspolitischen Kehrtwende, sondern auch zu einer „Zeitenwende in den Köpfen“ der deutschen Bevölkerung. Seit 2022 plädiert in Umfragen eine absolute Mehrheit der Befragten für eine Steigerung der Verteidigungsausgaben, eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten sowie die Einführung eines neuen Wehrdienstes. Allem voran die Forderung nach einer finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr ist seit 2022 gesamtgesellschaftlicher Konsens; ihr stimmt eine absolute Mehrheit in allen Wählerschaften und soziodemografischen Teilgruppen der deutschen Bevölkerung zu.⁰⁹ Der öffentliche Zuspruch zum Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung – insbesondere zum Schutz der Nato-Ostflanke – ist seit 2022 ebenfalls stark gestiegen. Und selbst Waffenlieferungen an die Ukraine – und damit in ein Kriegsgebiet – sind kein Tabu

mehr, sondern werden von den meisten Bürgerinnen und Bürgern befürwortet. Eine Vielzahl von Umfragen bestätigt diese Befunde, etwa die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBW), das ZDF-Politbarometer, der ARD-Deutschlandtrend, die Umfragestudie „Berlin Pulse“ der Körber-Stiftung und die „Sicherheitsreports“ des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Die Veränderungen im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild sind ganz offenkundig eine Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage in Europa. Seit 2022 ist das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger stark beeinträchtigt, während die Spannungen mit Russland und der Krieg in Europa zu den

01 Vgl. Knut Kirste/Hanns W. Maull, Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/1996, S. 283–312; Hanns W. Maull, Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 73–84.

02 Vgl. Heiko Biehl, Von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee. Konturen eines gehemmten Wandels, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.), Streitkräfte im Einsatz. Zur Soziologie militärischer Interventionen, Baden-Baden 2008, S. 9–20; Gerhard Kümmel, Die Hybridisierung des Militärs. Militärische Aufgaben im Wandel, in: Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.), Militärsoziologie – Eine Einführung, Wiesbaden 2023³, S. 195–221.

03 Wilfried von Bredow, Global Street Workers? War and the Armed Forces in a Globalizing World, in: Defense Analysis 2/1997, S. 169–180. Siehe auch Nina Leonhard, Soldat sein: Sozialwissenschaftliche Debatten über den Wandel des Soldatenberufs, in: APuZ 16–17/2020, S. 18–24; Gerhard Kümmel/Angelika Dörfler-Dierken, Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität für die Bundeswehr, Wiesbaden 2010.

04 Vgl. Timo Graf, Von Zeitenwende zu Zeitenwende. Einstellungen der Bevölkerung zur Verteidigungspolitik von 9/11 bis zum Ukraine-Krieg, 12.4.2024, www.bpb.de/547324; ders., Wie die Deutschen wirklich zum Afghanistan-Einsatz standen, in: Stefan Hansen/Michael Bartscher/Michael Rohschürmann (Hrsg.), 20 Jahre Einsatz in Afghanistan. Ein Paradigmenwechsel des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2023, S. 359–402.

05 Vgl. Nina Leonhard, Die postheroische Gesellschaft und ihr Militär, in: Matthias Junge (Hrsg.), Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen, Wiesbaden 2016, S. 101–121; Gerhard Kümmel/Nina Leonhard, Casualty Shyness and Democracy in Germany, in: Sicherheit und Frieden 3/2004, S. 119–126; Herfried Münkler, Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft, in: Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hrsg.), Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 22–30.

06 Vgl. Daniel Göler, Die strategische Kultur der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme normativer Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel, in: Angelika Dörfler-Dierken/Gerd Portugall (Hrsg.), Friedensethik und Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2010, S. 185–199; Julian Junk/Christopher Daase, Germany, in: Heiko Biehl/Bastian Giegerich/Alexandra Jonas (Hrsg.), Strategic Cultures in Europe, Wiesbaden 2015, S. 139–152; Kerry Longhurst, Germany and the Use of Force, Manchester 2004; Antti Seppo, From Guilt to Responsibility and Beyond. The Evolution of German Strategic Culture After the End of the Cold War, Berlin 2021. Für eine gegenteilige Darstellung siehe Brian C. Rathbun, The Myth of German Pacifism, in: German Politics and Society 2/2006, S. 68–81.

07 Vgl. Heiko Biehl et al., Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern, Strausberg 2011; Fabian Endres, Öffentliche Meinung und strategische Kulturen. Außenpolitische Überzeugungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden 2018; Timo Graf, Die Bundeswehr als Mittel deutscher Außenpolitik aus Sicht der Bevölkerung: „Brunnenbohrer“ oder „Kampftruppe“?, in: Uwe Hartmann/Claus von Rosen (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2019, Berlin 2019, S. 80–100; Zoltán Juhász, German Public Opinion and the Use of Force in the Early 1990s, in: Philip Everts/Pierangelo Isernia (Hrsg.), Public Opinion and the International Use of Force, London 2001, S. 57–85; Matthias Mader, Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung, Wiesbaden 2017; ders., Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland, in: Heiko Biehl/Harald Schoen (Hrsg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger, Wiesbaden 2015, S. 69–96.

08 „Giert nicht nach Anerkennung!“, Interview mit Thomas de Maizière, 24.2.2013, www.faz.net/-12092201.html.

09 Vgl. Timo Graf, Zeitenwende ja, Pazifismus nein, Kriegstüchtigkeit vielleicht. Das verteidigungspolitische Meinungsbild im Wandel, in: Michael Bartscher/Stefan Hansen/Michael Rohschürmann (Hrsg.), Die Zeitenwende – sicherheitspolitischer Kulturwandel in der Bundesrepublik Deutschland? Implikationen einer „Normalisierung“ auf Gesellschaft und Bundeswehr, Wiesbaden 2025, S. 69–100.

größten Sorgen der deutschen Bevölkerung gehören.¹⁰ Während vor 2022 lediglich ein Drittel der Bevölkerung in Russland eine militärische Bedrohung für Deutschlands Sicherheit sah, sind es seit 2022 konstant zwei Drittel.¹¹ Weiterführende Untersuchungen belegen, dass diese wahrgenommene Bedrohung der wesentliche Treiber für die öffentliche Zustimmung zur Neuausrichtung der deutschen Verteidigungspolitik ist.¹²

ANZEICHEN EINES KULTURWANDELS?

Die „Zeitenwende in den Köpfen“ ist eine Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage. Aber bedeutet dieser Einstellungswandel eine grundlegende Abkehr der deutschen Bevölkerung vom Pazifismus? Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine differenzierte Betrachtung des sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildes.

Die empirische Einstellungsforschung im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik arbeitet seit Jahrzehnten mit einem hierarchischen Modell der kognitiven Einstellungsbildung, das zwischen spezifischen *Sachfragenorientierungen* und abstrakten *Grundhaltungen* unterscheidet.¹³ Die Logik dieses theoretischen Modells ähnelt der Struktur eines Baumes: Die Sachfragenorientierungen werden gewissermaßen durch die Blätter und Äste des Baumes repräsentiert. So, wie diese Blätter und

Äste stark von ihrer Umwelt beeinflusst werden, reagieren die spezifischen Sachfragenorientierungen auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage. Der seit 2022 zu beobachtende sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungswandel in der deutschen Bevölkerung ist auf der Ebene der Sachfragenorientierungen zu verorten, geht es hier doch überwiegend um Detailfragen wie die Erhöhung der Verteidigungsausgaben von 2 auf 3,5 oder 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder die Beteiligung der Bundeswehr an bestimmten Nato-Missionen. Um einen tiefgreifenden Kulturwandel in der deutschen Bevölkerung zu konstatieren, müssen mögliche Veränderungen auf der Ebene der Grundhaltungen betrachtet werden. Diese Grundhaltungen bilden, wenn man im Bild bleiben will, den Stamm und die Wurzeln des Baumes. Sie zeichnen sich durch ein höheres Abstraktionsniveau und eine stärkere normative Aufladung aus als die Sachfragenorientierungen, weshalb sie weniger sensibel auf kurz- oder mittelfristige Veränderungen in der sicherheitspolitischen Lage reagieren – wenn überhaupt.

Die außen- und sicherheitspolitische Einstellungsforschung hat eine Reihe solcher Grundhaltungen identifiziert, etwa Pazifismus, Militarismus, Realismus und Isolationismus. Aggregiert man die persönlichen Grundhaltungen von Bürgerinnen und Bürgern, lässt sich hieraus die „strategische Kultur“ einer Bevölkerung ableiten. Der Begriff der strategischen Kultur bezeichnet „die ideellen Grundannahmen, die in einer Gesellschaft aufgrund ihrer historischen Erfahrung im Hinblick auf die Ausrichtung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorherrschen“.¹⁴

PAZIFISMUS ALS SICHERHEITSPOLITISCHE GRUNDHALTUNG

Pazifismus wird im Allgemeinen definiert als „politisch-moralische Überzeugung, die den Einsatz von Gewalt, insbesondere von militärischer Gewalt und von Kriegen als Mittel zur Durchsetzung von Interessen ablehnt und ausschließlich friedliche und gewaltfreie Aktivitäten duldet“.¹⁵ In der einschlägigen empirischen Forschungsli-

¹⁰ Vgl. Timo Graf, Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit, 25. 11. 2024, <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904>.

¹¹ Vgl. ders., Deutschland in der militärischen Führungsrolle?, 10. 9. 2025, <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/bevoelkerungsbefragung-2025-deutschland-fuehrungsrolle--5990790>.

¹² Vgl. Timo Graf/Markus Steinbrecher/Heiko Biehl, From Reluctance to Reassurance: Explaining the Shift in the Germans' NATO Alliance Solidarity Following Russia's Invasion of Ukraine, in: Contemporary Security Policy 2/2023, S. 298–330; Timo Graf, Die „Zeitenwende in den Köpfen“ als gesellschaftliche Reaktion auf die Bedrohung durch Russland, in: Ringo Wagner/Hans-Joachim Schaprian (Hrsg.), Operation Zeitenwende – eine Zwischenbilanz. Was Gesellschaft und Bundeswehr leisten müssen, Magdeburg 2024, S. 203–215.

¹³ Vgl. Jon Hurwitz/Mark A. Peffley, How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: American Political Science Review 4/1987, S. 1099–1119; Stanley Feldman, Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values, in: American Journal of Political Science 2/1988, S. 416–440.

¹⁴ Biehl et al. (Anm. 7), S. 10.

¹⁵ Klaus Schubert/Martina Klein, Das Politiklexikon, Bonn 2020, www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18001/pazifismus.

teratur zu den außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen der deutschen Bevölkerung wird eine pazifistische Einstellung üblicherweise jedoch nicht als eigenständige Haltung gemessen, sondern lediglich als Gegenpol zu einer „militaristischen“ Einstellung: „Pazifistisch orientierte Bürger lehnen den Einsatz militärischer Mittel kategorisch ab, während Militaristen diesem Instrument prinzipiell positiv gegenüberstehen.“¹⁶

Diese allein auf die Haltung zum Einsatz militärischer Mittel begrenzte Operationalisierung greift jedoch zu kurz, weil dem Pazifismus als politische Idee nicht nur die Überzeugung zugrunde liegt, dass militärische Mittel zur Konfliktbewältigung ineffektiv und deshalb abzulehnen sind, sondern vor allem, dass „gewaltlose Mittel die effektiveren Mittel der Herstellung und der Bewahrung des Friedens“ sind.¹⁷ Es ist also erforderlich, die Haltung zum Einsatz militärischer *und* ziviler Mittel zu erfassen.¹⁸ Dieser Ansatz ermöglicht zudem eine trennscharfe Abgrenzung des Pazifismus gegenüber anderen außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen wie dem Realismus, dem Isolationismus und dem Militarismus.

PRAGMATISMUS STATT IDEALISMUS: KEIN KULTURWANDEL TROTZ „ZEITENWENDE“

Seit 2016 enthält die Bevölkerungsbefragung des ZMSBw eine umfangreiche Fragebatterie, die die grundsätzlichen Einstellungen der Befragten zum Einsatz verschiedener ziviler und militärischer

Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erfasst.¹⁹ Diese Daten ermöglichen erstmalig eine trennscharfe Messung der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen in der deutschen Bevölkerung sowie eine Analyse der Verteilung der Grundhaltungen im Zeitverlauf.

In der Analyse werden die Einstellungen der Befragten zu den zivilen und militärischen Mitteln zunächst jeweils in einer Indexvariable „gebündelt“. Anschließend erfolgt eine Kategorisierung der Befragten anhand ihrer individuellen Mittelwerte auf den beiden Skalen ziviler und militärischer Mittel. Pazifisten befürworten demnach den Einsatz ziviler Mittel und lehnen den Einsatz militärischer Mittel ab; Militaristen befürworten den Einsatz militärischer Mittel und lehnen den Einsatz ziviler Mittel ab; Pragmatiker (Realisten) befürworten den Einsatz militärischer und ziviler Mittel; Isolationisten lehnen sowohl den Einsatz militärischer als auch ziviler Mittel ab.

Wird Pazifismus trennscharf als exklusive Mittel-Präferenz gemessen und diese Operationalisierung auf die vorliegenden repräsentativen Bevölkerungsbefragungsdaten übertragen, ergibt sich ein ganz anderes Bild als das tradierte. Die Betrachtung der Verteilung der außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen in der deutschen Bevölkerung im Zeitverlauf von 2016 bis 2025 offenbart, dass Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 in zweifacher Hinsicht *nicht* zu einer „Abkehr vom Pazifismus“ in der deutschen Bevölkerung geführt hat (*Abbildung*). Erstens waren die meisten Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Ukraine-Krieg keine Pazifisten, sondern Pragmatiker beziehungsweise Realisten, die sowohl militärische als auch zivile Mittel zur Konfliktlösung unterstützen. Zweitens ist der Anteil der Pazifisten in der deutschen Bevölkerung auch nicht erst infolge des Kriegsausbruchs 2022 zurückgegangen, sondern bereits seit 2018 rückläufig. Weiterführende Untersuchungen zeigen, dass der Realismus sogar die dominante „Denkrichtung“ in *allen* soziodemografischen

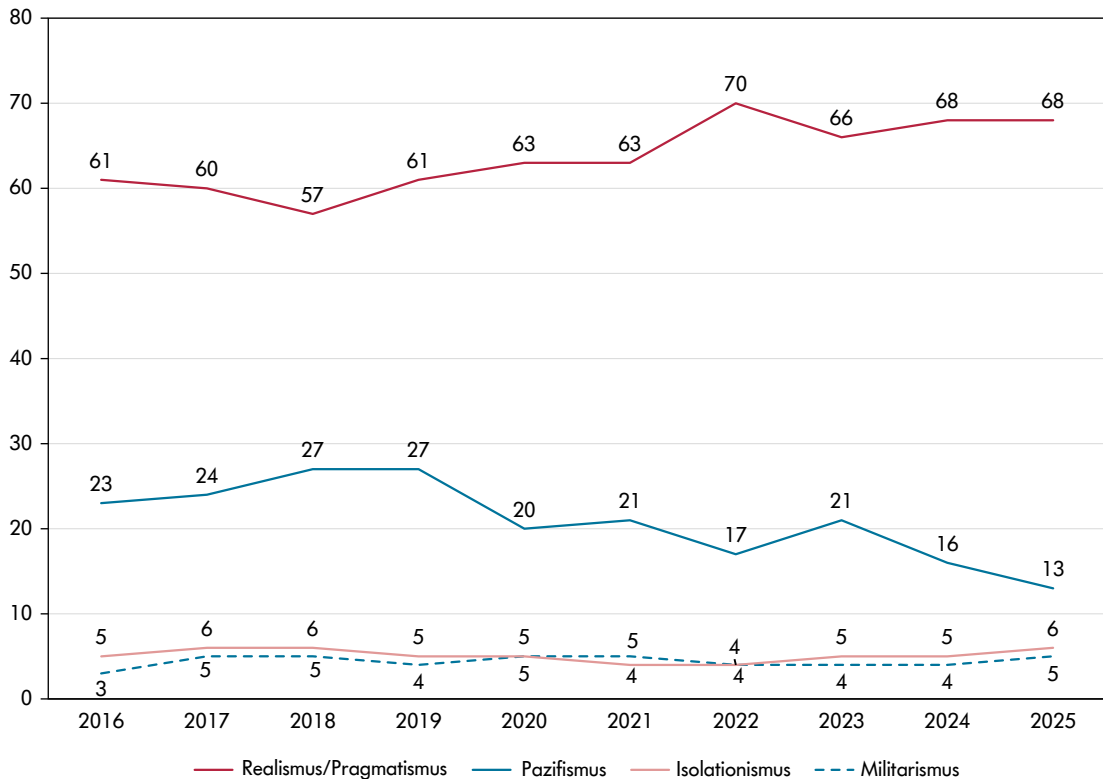
16 Mader (Anm. 7), S. 71. Vgl. auch Christopher Cohrs, Militarismus-Pazifismus als Einstellungsdimension, in: Gert Sommer/Albert Fuchs (Hrsg.), *Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie*, Weinheim 2004, S. 290–302; Kenneth E. Vail/Matt Motyl, Support for Diplomacy: Peacemaking and Militarism as a Unidimensional Correlate of Social, Environmental, and Political Attitudes, in: *Peace and Conflict* 1/2010, S. 29–57; Timothy B. Gravelle/Jason Reifler/Thomas J. Scotto, The Structure of Foreign Policy Attitudes in Transatlantic Perspective: Comparing the United States, United Kingdom, France and Germany, in: *European Journal of Political Research* 4/2017, S. 757–776.

17 Gertrud Brücher, *Pazifismus als Diskurs*, Wiesbaden 2008, S. 40.

18 Vgl. Boris Bizumic et al., On the (In)Compatibility of Attitudes Toward Peace and War, in: *Political Psychology* 5/2013, S. 673–693; Nicolas Van der Linden et al., Are Attitudes Toward Peace and War the Two Sides of the Same Coin? Evidence to the Contrary from a French Validation of the Attitudes Toward Peace and War Scale, in: *Plos One* 9/2017, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0184001>.

19 Frageformulierung: „Welche Mittel sollte Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen? Zivile Mittel: Aufnahme von Flüchtlingen, Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie, Rüstungskontrolle und Wirtschaftssanktionen. Militärische Mittel: Kampfeinsätze der Bundeswehr, Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr, Ausbildungseinsätze der Bundeswehr, Waffenlieferungen an befreundete Staaten und militärische Maßnahmen zum Schutz des Nato-Bündnisgebiets.“

Abbildung: Außen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen in der deutschen Bevölkerung, 2016–2025



Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da sich aufgrund fehlender Werte nicht alle Befragten eindeutig zuordnen lassen.

Quelle: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2025.

Gruppen und Wählerschaften in Deutschland ist – vor und nach Kriegsausbruch. Darüber hinaus gibt es auch keine empirische Evidenz für eine „Militarisierung im Denken“. Die Gruppe der Militaristen war bereits vor dem Krieg eine kleine Minderheit, die seit Kriegsausbruch zudem nicht größer geworden ist. Das Gleiche gilt für die Gruppe der Isolationisten.

FAZIT

Infolge von Russlands Völlinvasion der Ukraine hat sich das sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild stark gewandelt, nicht aber die strategische Kultur der deutschen Bevölkerung. Die Deutschen waren weder vor 2022 noch danach mehrheitlich Pazifisten, sondern Pragmatiker beziehungsweise Realisten – und zwar quer durch die Gesellschaft. Dementsprechend ist die „Zeitenwende in den Köpfen“ keine Abkehr vom Pazifismus, sondern die sicherheitspolitische Re-

aktion einer pragmatischen Mehrheit auf die sich dramatisch verschlechternde Sicherheitslage in Europa. Der große öffentliche Zuspruch zu einer Politik der Abrüstung nach dem Ende des Kalten Krieges war weniger Ausdruck eines überzeugten Pazifismus, sondern ebenfalls eine pragmatische – allerdings wenig vorausschauende – Reaktion auf den Umstand, dass man sich fortan „nur noch von Freunden umgeben“ wähnte.

Der Philosoph (und erklärte Pazifist) Olaf Müller kommt übrigens zu einer ähnlichen Einschätzung. In einem Interview im Dezember 2022 zeigte er sich wenig überrascht über den plötzlichen sicherheitspolitischen Einstellungswandel in der deutschen Gesellschaft: „Ich glaube nicht, dass unsere Gesellschaft zuvor pazifistisch gewesen ist“, so Müller. „Es herrschte lediglich ein weitgehender Konsens darüber, dass wir uns keine großen Sorgen um Krieg und Frieden in Europa zu machen brauchten. Aber das ist noch kein Pazifismus: Pazifismus ist keine Schönwetterveranstaltung, son-

dern eine Haltung, die wichtig wird, wenn es hart auf hart kommt.“²⁰ Mit Russlands Invasion der Ukraine kommt es „hart auf hart“. Im Angesicht der Bedrohung führt der in der Bevölkerung vorherrschende sicherheitspolitische Pragmatismus allerdings zum Wunsch nach einer Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit. Vor diesem Hintergrund sollte auch die historische Erfahrung des Kalten Krieges stärker reflektiert werden. Konfrontiert mit einer existenziellen militärischen Bedrohung unterstützte auch damals eine Bevölkerungsmehrheit eine Politik der militärischen Stärke.

Vor allem der Befund, dass die Mehrheit der Deutschen bereits vor Russlands Völlinvasion der Ukraine keine pazifistische Einstellung hatte, stellt den bisherigen Forschungskonsens zur pazifistischen Prägung der deutschen Bevölkerung

infrage. Dementsprechend ist die empirische Einstellungsforschung aufgefordert, den „Pazifismus der Deutschen“ in der aktuellen Lage neu zu vermessen. Darüber hinaus lassen die Befunde erkennen, dass die in Politik und Medien mitunter hitzig geführte Debatte über die „Abkehr vom Pazifismus“ eine Phantomdebatte ist, weil die ihr zugrundeliegende Annahme einer mehrheitlich pazifistischen deutschen Bevölkerung einer genauen empirischen Überprüfung nicht standhält. Da die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sicherheitspolitische Pragmatiker sind und den aktuellen Kurswechsel in der Verteidigungspolitik mittragen, erscheinen weiterführende Forderungen nach einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Mentalitätswandel gleichsam unnötig.²¹ Umgekehrt sollte die legitime Forderung der Bevölkerungsmehrheit nach einer Stärkung der Verteidigung nicht als „Militarisierung im Denken“ diskreditiert werden.

20 „Pazifismus ist keine Schönwetterveranstaltung“. Interview mit Olaf Müller, 16. 12. 2022, www.fluter.de/pazifismus-ukraine-philosophie-mueller.

21 Vgl. Timo Graf, Erkenntnisse der Umfrageforschung: Schluss mit den falschen Glaubenssätzen über das Verhältnis der Deutschen zum Militär, in: Uwe Hartmann/Reinhard Janke/Claus von Rosen (Hrsg.), Jahrbuch Innere Führung 2024/25: Wissenschaft und Bildung für gute Führung in einer kriegstüchtigen Bundeswehr, Berlin 2025, S. 201–218.

TIMO GRAF

ist promovierter Politikwissenschaftler und Wissenschaftlicher Oberrat im Forschungsbereich Militärsoziologie am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBw).

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. März 2026

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Leontien Potthoff (Volontärin)
Isabel Röder
Luise Römer
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
17/2026, 18. April 2026

DEMOGRAFIE



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz